



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Islamismus und seine Subkulturen in Österreich

Verfasser

Marco Schmied

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im März 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Matrikel-Nr.:

9332504

Betreuerin / Betreuer:

ao. Univ.-Prof. Dr. Walter Manoschek

*Allen, die leiden mussten, weil manche sich im Besitz der absoluten Wahrheit wähnten,
ungeachtet ihrer Ethnie, ihres Geschlechts,
ihrer Religion oder Weltanschauung.*

Inhaltsverzeichnis

1	EINFÜHRUNG UND METHODISCHE BEMERKUNGEN	7
1.1	METHODISCHE VORGANGSWEISE: AUFBAU DER ARBEIT UND ABGRENZUNGEN	9
2	DEFINITIONEN UND THEORETISCHE GRUNDLAGEN	13
2.1	DIE SUCHE NACH DEM ARBEITSBEGRIFF „ISLAMISMUS“	13
2.2	DER BEGRIFF ISLAMISMUS UND SEINE VERWENDUNG IN DIESER ARBEIT	18
2.3	ISLAMISMUS ALS EXTREMISTISCHE IDEOLOGIE UNTER SPEZIELLER BERÜCKSICHTIGUNG DES ANTISEMITISMUS	20
2.3.1	<i>Extremismus als Antithese zur Demokratie</i>	21
2.3.2	<i>Islamismus und Antisemitismus</i>	27
2.3.3	<i>Unterteilung des Islamismus nach dem Grad der Gewaltbefürwortung</i>	37
2.3.3.1	Politischer Islam und Gewaltbefürwortung	37
2.3.3.2	Salafismus als Ideologie	38
2.3.3.3	Missionarischer Salafismus	41
2.3.3.4	Propagandistischer Salafismus	42
2.3.3.5	Djihadistischer Salafismus	44
2.4	IDEOLOGISCHE WURZELN DES ISLAMISMUS	51
2.4.1	<i>Ibn Abd al- Wahhab</i>	52
2.4.2	<i>Gamal ad Din al- Afgani</i>	53
2.4.3	<i>Raschid Rida</i>	54
2.4.4	<i>Sayyid Qutb</i>	55
2.4.5	<i>Taqi ad-Din an- Nabhani</i>	56
2.4.6	<i>Necmetin Erbakan</i>	58
3	ISLAMISMUS IN ÖSTERREICH – EINE ANALYSE	61
3.1	POLITISCHER ISLAMISMUS IN ÖSTERREICH	62
3.1.1	<i>Die Muslimbruderschaft</i>	62
3.1.2	<i>Milli Görüs</i>	73
3.1.3	<i>Hizb ut-Tahrir</i>	85

3.2	SALAFISMUS IN ÖSTERREICH	92
3.2.1	<i>Missionarischer Salafismus</i>	92
3.2.2	<i>Propagandistischer Salafismus</i>	93
3.2.3	<i>Djihadistischer Salafismus</i>	100
4	ERGEBNISSE UND DISKUSSION	109
4.1	ERGEBNISSE.....	109
4.2	DISKUSSION	114
5	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	122
6	LITERATURVERZEICHNIS	124
7	ZUSAMMENFASSUNG – ABSTRACT	138
8	CURRICULUM.....	140

1 Einführung und methodische Bemerkungen

Seit dem Ende des Kalten Krieges glaubten WissenschaftlerInnen wie Charles Krauthammer (1991) und Thomas Donnelly (2003) an eine unipolare Weltordnung unter Federführung der USA. Das westliche Demokratieverständnis wurde von der westlichen Führungselite als universell angesehen, das es weltweit zu verbreiten galt. Huntington (1998) beschrieb in seinem Werk *Clash of Civilizations*, wie die universalistischen Ansprüche des Westens zunehmend in Konflikt mit anderen Kulturkreisen geraten. Am gravierendsten würden diese Konflikte der westlichen Welt mit dem Islam in Erscheinung treten. Als Ursache vermutet Huntington Interessensunterschiede. Neben den kulturellen Kontexten können auch ideologische Unterschiede oder religiöse Aspekte zu Konflikten führen, die unter Umständen mit Gewalt ausgetragen werden (vgl. Huntington 1998, S. 19). Nach den großen Anschlägen zu Beginn des 21. Jahrhunderts in den USA und Europa setzte eine wissenschaftliche Debatte über religiös legitimierte Gewalt ein. Speziell die Thematik rund um sogenannte Terroristen, die sich für den Islam opferten, war eine Grundlage für viele Diskussionen. Daraus entstanden auch zahlreiche wissenschaftliche Publikationen wie unter anderen von Guido Steinberg (2005) oder Rainer Galgow (2001), die sich mit dem Zusammenhang zwischen Islam und Terrorismus, aber auch mit dem Islamismus oder dem islamistischen Fundamentalismus beschäftigten. Gleichzeitig stellten WissenschaftlerInnen wie John Bunzl / Alexandra Senfft (2008) und Farid Hafez (2009), um nur einige österreichische zu nennen, fest, dass in den Medien und den öffentlichen Debatten die Islamophobie zunahm. Diesen islamophoben Stereotypen liegen oft populistische Vereinfachungen zugrunde, bei denen nur allzu leichtfertig mit dem Begriff Islamismus umgegangen und dadurch eine Personengruppe verunglimpft oder populistischer Hetze ausgesetzt wird. Aus dieser unreflektierten Haltung gegenüber dem Fremden heraus kann auch Gewalt entstehen, die auf reiner Islamophobie beruht. Islamophobe Akteure setzen oft Islamismus mit dem Islam gleich. Ebenso fehlt in manchen öffentlichen Debatten die Trennschärfe, was als die Religion (Islam) und was als Islamismus zu bezeichnen ist.

Was entspricht der Ideologie des Islamismus, wie kann diese Annahme begründet werden und existiert Islamismus auch in Österreich? Diesen Fragen auf den Grund zu gehen, ist Ziel dieser Arbeit. Dabei soll eine klarere Abgrenzung erarbeitet werden, um darzustellen,

was als Islamismus bezeichnet werden kann und warum? Die Debatte um Muslime in Deutschland und der Wiener Wahlkampf 2010, in dem eine Zuspitzung auf das Thema Islam und Islamismus durch eine Partei erfolgte, zeigen wie dieses Thema von manchen „Parteiideologen“ verwendet werden kann. Dadurch besteht die Gefahr, diese Vorurteile auf eine ganze Bevölkerungsgruppe zu übertragen, weil nicht exakt dargestellt wurde, was Islamismus ist und durch welche Handlungsmuster er sich darstellen lässt.

Die Unterscheidung von Islam und Islamismus wird in diesem Text herausgearbeitet. Diese Arbeit will zeigen, dass der Islamismus antidemokratisch ist und in seiner Extremform auch gewalttätig sein kann. Aus den Geschehnissen der Vergangenheit kann als bekannt vorausgesetzt werden, wie bestimmte Ideologien, beispielsweise der Nationalsozialismus oder Stalinismus, als Grundlage für Gewalttaten dienen können. Der Islamismus stellt nach Ansicht des Autors eine ähnliche Ideologie dar und wird daher als eine Herausforderung für einen demokratischen Staat wie Österreich betrachtet. Bisher wurde das Thema des Islamismus in Österreich in der wissenschaftlichen Literatur nur wenig behandelt. In Deutschland wurden dazu einschlägige Studien von WissenschaftlerInnen verschiedener staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen veröffentlicht, wie unter anderen von der Hanns-Seidel-Stiftung und dem Bundesministerium des Inneren sowie von verschiedenen Landesämtern für Verfassungsschutz.

In Österreich hingegen erschien unter dem wissenschaftlichen Aspekt bisher nur das von Thomas Schmidinger und Dunja Larise (2008) veröffentlichte *Handbuch des politischen Islam*. Institutionen wie das Bundesministerium für Inneres (BMI) veröffentlichten nur spärlich und auch schwer zugänglich ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse über dieses Problemfeld. Bei diesen Veröffentlichungen werden islamistische Tendenzen in Österreich und deren Manifestationen nur sehr oberflächlich behandelt, wie die ausgiebige Recherche ergab.

In der vorliegenden Arbeit wird der Autor versuchen, Islamismus in Österreich nachzuweisen und seine Erscheinungsformen zu beschreiben. Weiters werden daraus folgend, verschiedene Tendenzen des Islamismus in Österreich dargestellt. Dabei geht der Autor von der These aus, dass sich Merkmale des Extremismus auch auf den Islamismus anwenden lassen. Ein extremistisches Merkmal im Islamismus stellt der Antisemitismus

dar, weil er eine Bevölkerungsgruppe diskriminiert. Antisemitische Handlungsmuster sind eine Grundlage für islamistische Tendenzen und lassen sich auch in Österreich feststellen. Die Betrachtung des Autors basiert auf der Annahme, dass die Formen des Islamismus, die sich stark nach den Herkunftsländern unterscheiden, sich ebenso in den einzelnen islamistischen Subkulturen in Österreich wiederfinden.

1.1 Methodische Vorgangsweise: Aufbau der Arbeit und Abgrenzungen

Diese Arbeit gliedert sich in zwei Hauptteile. Im ersten Teil werden die theoretischen Grundlagen erörtert und im zweiten Teil wird das Vorhandensein des Islamismus in Österreich anhand dieser Grundlagen untersucht. Da es die unterschiedlichsten Interpretationen des Begriffes Islamismus gibt, wird im Kapitel „Definitionen und theoretische Grundlagen“ erörtert, wie dieser Begriff im Kontext dieser Arbeit verstanden werden soll. Dazu hat der Autor die Ideologie des Islamismus in zwei Hauptströmungen unterteilt und zwar in den politischen Islam bzw. politischen Islamismus und in den Salafismus mit seinen Unterformen. Im Zuge der Recherchen für diese Arbeit zeigte es sich, dass antisemitische Handlungsmuster im Islamismus eine Rolle spielen. Der Aspekt des Antisemitismus als eine ausgeprägte Spielart im Feld des Islamismus wird speziell herausgearbeitet und in einem eigenen Unterkapitel behandelt.

Um die Forschungsfrage zu beantworten, wird der Islamismus anhand der Extremismustheorie untersucht. Ziel dieser Untersuchung ist festzustellen, ob islamistische Tendenzen in Österreich als extremistisch gelten können. Die Ausführungen über den Extremismus beruhen im speziellen auf den Erläuterungen von Uwe Backes (2006). Sie dienen dazu, den Islamismus im Zusammenhang mit unseren demokratischen Werten als Antithese zur Demokratie oder zum Rechtsstaat zu verstehen. Die Theorie von Backes beschreibt den Islamismus als eine Form des Extremismus. Er definiert den politischen Extremismus anhand von speziellen Merkmalen, die er als Gegensätze zu den demokratischen und rechtsstaatlichen Merkmalen darstellt (vgl. Backes 2006, S. 13). Die Elemente, die dem Extremismus immanent sind und auch auf die Erscheinungsformen des Islamismus übertragen werden können, basieren auf einem wissenschaftlichen Beitrag von Eckhard Jesse (2004). Aus diesen Ansätzen heraus, die den Extremismus im Allgemeinen beschreiben, können verschiedene Extremismusmerkmale auf den Islamismus übertragen

werden, wodurch der Islamismus als eine Form des Extremismus dargestellt werden kann. In diesem Kontext werden Unterschiede im Feld des Islamismus nach dem Grad der Gewaltbereitschaft beschrieben, wie es beim Salafismus mit seinen Abstufungen deutlich wird (vgl. Wiktorowicz 2006, S. 206-239).

Anschließend werden im Kapitel ideologische Wurzeln des Islamismus ausschließlich Ideologen aus dem sunnitischen Spektrum dargestellt. Die Abgrenzung gegenüber weiteren islamischen Spektren in den Herkunftsregionen, wie z. B. der Schia oder den Aleviten beruht darauf, dass in Österreich das sunnitische Spektrum überwiegt. Um den Islamismus in Europa besser zu verstehen und die islamistischen Tendenzen differenzierter erfassen zu können, werden spezielle Ideologen mit ihrer historischen Einbettung behandelt. Diese Ideologen wirkten in der Entstehungsphase des Islamismus im 18., 19. und 20. Jahrhundert. Für diese Arbeit am wichtigsten erscheinen Ibn Abd al- Wahhab, Gamal ad Din al- Afgani, Raschid Rida und Sayyid Qutb, Taqi ad- Din an-Nabhani und Necmettin Erbakan. Diese Ideologen entwickelten ihre Ideologien in der Zeit des aufkeimenden Nationalismus und fanden auch durch den Hass der Bevölkerung auf den Kolonialismus vermehrt Zuspruch. Speziell Necmettin Erbakan ist für den Islamismus mit türkischen Wurzeln ein prägender Vordenker.

Mit diesen Grundlagen und den theoretischen Grundlagen der Extremismustheorie aus dem ersten Teil der Arbeit folgt im zweiten Teil der Arbeit (Analyseteil) eine Analyse der sunnitischen islamistischen Subkulturen in Österreich. Um die einzelnen Subkulturen zu untersuchen, wird eine hermeneutisch deskriptive Methode gewählt. Dazu werden neben wissenschaftlicher Literatur wie Diplomarbeiten auch Artikel aus Zeitschriften und Zeitungen, in denen Interviews enthalten sind, sowie Veröffentlichungen von staatlichen Einrichtungen herangezogen. Der Großteil der Zeitungsartikel stammt aus dem Zeitraum von 2000 bis 2010.

Um die Aufgabenstellung zu bewältigen, wird ein qualitativ orientierter Ansatz gewählt. Die Auswertaspekte für den Inhalt des Quellenkorpus orientierten sich an der qualitativen Inhaltsanalyse. Mayring (2000) schlägt für diese Art der Vorgehensweise eine induktive Kategorienentwicklung vor. Der Grundgedanke von Mayring ist dabei, aus der Fragestellung abgeleitete und theoretisch begründete Definitionskriterien festzulegen. Dadurch soll bestimmt werden, welche Aspekte in dem Quellenkorpus berücksichtigt

werden (vgl. Mayring 2000, S. 4). Dabei diente dem Autor das Material, das er im Zuge seiner Recherchen zu dieser Thematik sammelte, als Datenbasis. Dieses Basismaterial wurde in Form von thematisch aufgegliederter Literatur strukturiert und im nächsten Schritt mit weiteren Recherchen im Internet und in den Printmedien ergänzt. Hierzu erfolgte eine Auswahl des Materials nach dem Kriterium, ob islamistische Tendenzen in Österreich offensichtlich dargestellt wurden. Darauf folgend wurde das gesammelte Material unter den Gesichtspunkten der Islamismusdefinitionen in Überkategorien (politische Islamisten und Salafisten) unterteilt. Dabei wurde ebenso untersucht, ob in den einzelnen Strömungen des Islamismus auch ein spezifischer Antisemitismus vorzufinden ist. Das ermöglichte mir, die Erscheinungsformen zu unterteilen und somit verschiedene islamistische Subkulturen in Österreich zu erkennen. Wie bei Mayring führte diese Vorgehensweise zu weiteren Kategorien bzw. Unterkategorien, die auf die Subkulturen angewendet werden können (vgl. Mayring 2000, S. 4). Diese Kategorien sind dem missionarischen, dem propagandistischen und dem djihadistischen Salafismus zuzuordnen. Da speziell auf diesem Gebiet eine Reihe populistischer Artikel zu finden sind, werden die einzelnen Artikel nach dem Kriterium der Wissenschaftlichkeit kritisch hinterfragt.

In den Schlussbemerkungen hat der Autor die Ergebnisse der Recherche zusammengefasst und beschreibt, wo und wie Islamismus in Österreich nachzuweisen ist und welche Erscheinungsformen dabei auftreten. Anschließend werden die Ergebnisse diskutiert und es wird dargestellt, in welchen Teilen es problematisch war, die Untersuchungen durchzuführen. Weiterführende Aspekte und mögliche Vertiefungen in Fragen, die speziell die Integrationsdebatte betreffen, werden angedacht.

Bei der Wiedergabe arabischer Namen und Begriffe findet man in der Literatur und in den Medien verschiedene Schreibweisen. Einige zitierte AutorInnen haben die arabischen Begriffe und Namen eher frei transkribiert. Auch in den Veröffentlichungen der deutschen Behörden wurden unterschiedliche Schreibweisen festgestellt. In dieser Arbeit hält sich der Autor daher an die Schreibweise, wie sie in den Publikationen des Verfassungsschutzes Baden-Württemberg zu finden ist. Diese Publikationen wurden meist von WissenschaftlerInnen verfasst, die sich seit langem mit dieser Materie befassen. Auch arbeiteten sprachkundige WissenschaftlerInnen, wie z. B. Herbert Landolin Müller (2002), an diesen Publikationen mit. Daher werden diese Schreibweisen verwendet. Lediglich in

den Zitaten, die wörtlich übernommen wurden, wird die vorgefundene Schreibweise beibehalten.

2 Definitionen und theoretische Grundlagen

2.1 Die Suche nach dem Arbeitsbegriff „Islamismus“

Am Beginn der Arbeit muss dargestellt werden, warum der Begriff Islamismus als Überbegriff für eine religiös konnotierte Ideologie oder Geisteshaltung verwendet werden kann. Parallel dazu existieren im (populär-)wissenschaftlichen Sprachgebrauch Begriffe wie politischer Islam, islamischer Integralismus, Islamofaschismus und islamischer Fundamentalismus, die ein ähnliches Themenfeld beschreiben wollen, aber genau betrachtet doch unterschiedliche Ausprägungen haben. Es erscheint daher im Rahmen einer Begriffseingrenzung angebracht, zu erläutern, warum diese Begriffe für die vorliegende Arbeit als nicht zielführend erscheinen.

Um dem Vorwurf der Verwendung von negativen Bedeutungskonnotationen vorzubeugen, werden vom Autor Begriffe wie „Reislamisierung“ oder „islamisches Erwachen“ nicht verwendet. Der Begriff „Erwachen“ könnte in diesem Kontext fälschlicherweise so interpretiert werden, dass der Islam schlafe. Eine Verwendung dieser Bezeichnungen könnte somit als eine Unterstellung einer Schwäche dieser Religion und ihrer Gläubigen missinterpretiert werden. Interessanterweise lassen sich diese Begriffe aber gerade bei Selbstbezeichnungen von islamistischen Gruppen und in deren Texten finden. Als geeignetes Beispiel dient die tunesische Gruppe „*en nahda*“, die auch stark im europäischen Raum agiert. Mit diesen Bezeichnungen und Begriffen soll gezeigt werden, dass den Mitgliedern dieser Gruppen die Lebenseinstellung oder der Glaube anderer Muslime nicht islamisch genug ist (vgl. Innenministerium Baden-Württemberg 2007, S. 54). Deshalb werden in dieser Arbeit auch diese Begriffe wie „Reislamisierung“ oder „islamisches Erwachen“ nicht verwendet.¹

¹ Der Begriff „*shawa*“, der soviel bedeutet wie Erwachen, oder auch „*en nahda*“, was soviel wie Wiedergeburt oder Wiedererwachen heißt, findet sich auch in Bezeichnungen von Gruppen wieder. Laut Bibars (2006) wäre die Bezeichnung „Islamische Bewusstwerdung“ treffender. Diese Bewusstwerdung weist eine Prägung der jeweiligen Identität des Individuums selbst oder der Gruppe auf (vgl. Bibars 2001, S. 47). Bei diesen Bewusstwerdungen muss darauf hingewiesen werden, dass die Gelehrten oder Führungspersönlichkeiten die Verantwortung, dafür haben was in „das Bewusstsein“ hinein transportiert wird.

Zunächst soll dargestellt werden, warum der Begriff politischer Islam für diese Arbeit zu kurz greift. Die Bezeichnung *politischer Islam* wird für islamische Bewegungen verwendet, die durch politische Interpretationen des Islam verbunden sind, ideologisch jedoch heterogen sein können (vgl. Pentz et al. 2008, S. 16). Der Begriff des politischen Islam umfasst aber nur Teilaspekte der Handlungsmuster von islamistischen Bewegungen, denn er blendet die genuin religiösen Aspekte aus (vgl. Heine 2003, S. 7). Dieser Argumentation schließt sich auch Riedel an, indem er den politischen Islam vom rein religiösen Aktionsmuster abgrenzt. Diese Abgrenzung vollzieht er auf Basis der Frage, welche Akteure den politischen Islam schlussendlich vertreten – die religiösen oder die politischen Führungspersönlichkeiten? Beim politischen Islam werden meist Vertreter von politischen Bewegungen genannt. Im Fall der Türkei werden politische Programme nach religiösen Werten ausgerichtet, das politische Feld bleibt als Bühne erhalten, um wählbar zu bleiben und somit die eigene Machtbasis auszubauen. Auch die Muslimbruderschaft in Ägypten stellt sich offiziell zur Wahl in das Parlament. In diesen Fällen lässt sich nicht zwischen politischen und religiösen Bestrebungen unterscheiden, und man könnte generell annehmen, dass im Islam keine Trennung von Religion und Staat möglich ist (vgl. Riedel 2003, S. 16).

Im Rahmen dieser Arbeit sollen aber auch Gruppierungen behandelt werden, die sich demokratischer Strukturen nicht nur nicht bedienen, sondern diese sogar ablehnen, weshalb der Begriff politischer Islam als zu eng erachtet wird. Diese Unschärfe tritt bei der Betrachtung von salafistischen Ideologien oder sogenannten neo-salafistischen Bewegungen, die eine Rückbesinnung auf die „Lebensumstände der Altvorderen“ anstreben, in Erscheinung. In speziellen Gruppen, wie beispielsweise *Tabligh-i Jama'at* oder den Takfiristen², wird ein identitätsstiftendes Selbstverständnis einer Gruppe antizipiert, das dem zugehörigen Individuum eine ganzheitliche Weltsicht vermittelt. Dieses auf dem reinen Fundament der Religion basierende, identitätstiftende Selbstverständnis erlaubt es nicht, die aufgestellten Normen dieser Bezugsgruppe zu relativieren. Diese salafistischen Gruppierungen versuchen vielmehr in apodiktischer

² Die Beschreibung von *Tabligh-i Jama'at* und von den Takfir Gruppen erfolgt auf den Seiten: 36-37 im Kapitel Salafismus als Ideologie.

Weise ihre Wertevorstellungen in den bestehenden demokratischen Gesellschaftsordnungen zu implementieren. Dabei wird generell der politische Rahmen der Demokratie negiert und als nicht existent ausgeblendet (vgl. Roy 2006, S. 254).

Aus dem französischen Raum ist der Ausdruck *islamischer Integralismus* entliehen. Der Begriff stammt aus dem katholischen Kontext und bezeichnet eine politische und religiöse Strömung, die die Religion in alle Lebensbereiche integrieren will. Die französischen katholischen Integralisten (*catholiques integraux*) unterstützten den Kampf des Papsttums gegen die Moderne. Dabei muss beim Vergleich zwischen den französischen Integralisten und den „islamischen Integralisten“ der Unterschied beachtet werden, dass die französischen Integralisten die technische Moderne ablehnten, wohingegen „islamische Integralisten“ vor allem die technischen Elemente der Moderne selektiv übernahmen, aber kulturelle und politische Entwicklungen ablehnten (vgl. Pentz et al. 2008, S. 17).

Im Fall der Verwendung des Begriffes *Islamofaschismus* zeigt es sich, dass es sich dabei um eine Vermengung von kulturellen und regionalgesellschaftlichen Bedeutungen handelt. Inwieweit der Faschismus, der als europäisches Phänomen seinen Anfang nahm, auf eine (islamische) religiöse Bewusstwerdung anzuwenden ist, die ihren Anfang in afrikanischen und asiatischen Regionen fand, bleibt fraglich. Dennoch ist nach Paxton (2006) der Faschismus eine Form des politischen Verhaltens, das auf Bedürfnissen und Glaubensgrundsätzen, aber vor allem auf Gefühlen aufbaue. Dem Aufbauen auf Gefühlen und Glaubensgrundsätzen wohnt durchaus etwas Religiöses inne. Als Hauptaspekt des Faschismus kann nach Paxton jedoch die gewalttätige Neugründung der jeweiligen Volksgemeinschaft und die Weiterentwicklung der Nation gesehen werden. Die Nation war somit der Kern einer neu geschaffenen Herrschaftssphäre im klassischen Faschismuskontext (vgl. Paxton 2006, S. 321). Im Sinne der meisten „islamistischen Bewegungen“ wird der Ausdruck „Nation“ abgelehnt, da es keine von Menschen gelenkte Nation geben darf. Vielmehr verwendet man den Begriff der *umma*. Ursprünglich bezog sich dieser Begriff auf ein islamisches Gemeinwesen, das die Auswanderer aus Mekka und die Gastgeber in Medina zur Zeit des Wirkens des Propheten Mohammed umfasste. Dabei handelte es sich kurz gesprochen um die Urgemeinde der Muslime. In heutiger Zeit sprechen sich radikale Bewegungen gegen die Nation als Form demokratischer Wertevorstellungen aus. Sie streben die Errichtung der *umma* gemäß eigener

Wertevorstellungen an, die sich über die ganze Welt erstrecken soll und durch das „Wort Allahs“ geleitet wird. Daher greift die Verwendung des Begriffs Islamofaschismus nach Ansicht des Autors zu kurz.³

Auch Schmidinger und Larise lehnen die Verwendung des Begriffs Islamofaschismus ab:

„Der Begriff hat bislang jedoch kaum Eingang in die wissenschaftliche Debatte gefunden. Vielmehr wird er oft in einer propagandistischen Funktion gegen diese Bewegungen verwendet. Auch dort, wo er in den ideologischen und psychologischen Übereinstimmungen zwischen Faschismen und Islamismen begründet wird, bleibt das Problem, dass Bewegungen des politischen Islams grundsätzlich universalistisch, faschistische jedoch partikularistisch sind. Während der politische Islam grundsätzlich eine islamische Welt als Fernziel anstrebt und jedem den Beitritt zur Umma – der islamischen Gemeinschaft – ermöglicht, schließen faschistische Bewegungen „Beitritte“ zum eigenen Kollektiv grundsätzlich aus, [...]“ (Schmidinger / Larise 2008, S. 31)

Eine weitere Bezeichnung für islamistische Bestrebungen könnte der *haraka islamiya* sein, wobei dieser Begriff zu unpräzise ist. Als *haraka islamiya* bezeichnet man eine islamische Bewegung, die nicht auf einer Ideologie basiert, sondern als eine durch Allah legitimierte „Gesinnung der wahren Muslime“ verstanden wird. Das Ziel dieser Bewegung ist ihrem Selbstverständnis nach auch die Errichtung eines islamischen politischen Systems wie dem eines Gottesstaates (vgl. Pentz et al. 2008, S. 13).

Unter dem Begriff *Islamismus* werden Ideologeme von verschiedenen Gruppen subsumiert, unabhängig davon, welches Handlungsmuster sie aufweisen. Der Begriff Islamismus eignet sich nach Ansicht des Autors auch deshalb besser für die Verwendung innerhalb dieser Arbeit, da Kulturkontext und mentalitätsbedingte Verhaltensweisen

³ Um der Vollständigkeit Genüge zu tun, wird darauf hingewiesen, dass von manchen islamistischen Gruppen ein Kalifat angestrebt wird. Dabei handelt es sich um eine islamische Staatsform, die auf der *sharia* basiert und somit die ideale Staatform aus der Sicht dieser Gruppen darstellt.

ebenfalls miteinbezogen werden können.⁴ Dies kann anhand folgender Überlegung von Lenk gezeigt werden:

„Der instinktartig alogische Kern des Menschen garantiert eine gewisse Gleichförmigkeit des Verhaltens. [...] Gleichzeitig erhalten Residuen den sozialpsychologisch bestimmten Charakter milieubedingter seelischer Dispositionen, die Geiger als Mentalität bezeichnet. Durch seine an Max Weber orientierte Forderung der Wertfreiheit soziologischer Urteile kommt die Werturteilsdiskussion in eine enge Beziehung zum Ideologieproblem.“ (Lenk 1985, S. 350).

Generell beschreiben sogenannte Ismen gesellschaftliche Verhältnisse, Meinungen oder Ideen, aber auch Geisteshaltungen und Lebenseinstellungen. Sie können auch als Dogmen verstanden werden. Bestimmte Ideen werden im Verständniskontext eines Ismus auf verschiedene Lebensbereiche erweitert und es kann zu missionarischem und auch zu fanatischem Handeln kommen, um die jeweiligen Ideen durchzusetzen. Ähnlich den Begriffen Faschismus, Katholizismus, Protestantismus können sich die zugrunde liegenden Ideen auf rein politische oder auch auf religiöse Bereiche beziehen. Im Rahmen dieser Arbeit und des zu erörternden Problembereichs erscheint der Begriff Islamismus als geeignet. Dennoch sollte berücksichtigt werden, dass die Verwendung des Begriffs Islamismus auf alle Fälle nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Leider bestehen auch hier Unschärfen, die ein so vielschichtiges Themenfeld nicht exakt zu erfassen vermögen, vor allem unter Berücksichtigung des Herkunftskontextes und der Neuentwicklungen in der Diaspora im europäischen Raum.

„Ähnlich verhält es sich hinsichtlich des Islamismus, der trotz seiner regional höchst unterschiedlichen Ausprägungen manchmal Sichtweisen unterliegt, die die Komplexität seiner Erscheinungsformen nicht hinreichend berücksichtigen. Dabei widerspricht die verbreitete Wahrnehmung des Islamismus als ein homogenes Phänomen der empirischen Erkenntnis, dass beim Islamismus von seiner

⁴ Nach Meinung des Autors ist davon auszugehen, dass in der derzeitigen globalisierten Welt Kulturmerkmale und Mentalitäten ständig einer Veränderung unterliegen.

religionsgeschichtlichen Einordnung bis zu seiner politischen Bewertung fast alles umstritten ist.“ (Reissner 2002, S. 28)

Es ist nun deutlich geworden, warum im Rahmen dieser Arbeit der Begriff Islamismus als Überbegriff verwendet wird.

2.2 Der Begriff Islamismus und seine Verwendung in dieser Arbeit

In diesem Teil der Arbeit wird dargestellt, wie der gewählte Arbeitsbegriff Islamismus generell verwendet wird und welche Bedeutung ihm im Kontext dieser Arbeit zukommen wird. Dabei wird strikt zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als Ideologie unterschieden. Islamismus ist das Bestreben, den Islam zu politisieren und dieser Religion eine Transformation hin zu einer Ideologie aufzuzwingen. Ein wichtiges Kennzeichen islamistischer Ideologie ist der Anspruch, dass der Islam stets zugleich „Religion“ und „Politik“ bedeutet. Dieser Anspruch wird von Islamisten als eine „göttlich offenbarte Wahrheit“ allgemeingültig festgelegt. So stellt diese Wahrheit ein Ideologem dar, das als Ausdruck einer gesellschaftlichen Selbstfindung angesehen werden kann. Als Antwort auf den Bedeutungsverlust, den die islamische Religion in den muslimischen Regionen infolge der westlichen europäischen Kolonisierung im 19. und 20. Jahrhundert erlitten hatte, entwickelten religiöse Reformer für die Erneuerung von Religion und Gesellschaft neue Ideen. Die „Rückkehr zu den reinen Ursprüngen des Islam“, also auf die normativen Quellen des Korans, der *sunna* und den *hadit*⁵, zeigt eine absolute Rückbesinnung auf die sogenannten „frommen Altvorderen“ (*as-Salaf as-salih*)⁶, die als Basis für diese Reformer verstanden werden kann (vgl. Schulze 2003, S. 32).

Mit Blick auf die Forschungsfrage des Islamismus in Österreich scheint es hier ein wichtiger Punkt zu sein, dass das Gedankengut islamistischer Gruppen nicht mit der

⁵ Als *sunna* werden so genannte Einzelüberlieferungen aus dem Leben des Propheten oder seiner Handlungen bezeichnet. Die Aussprüche des Propheten nennt man *hadit* (vgl. Halm 2001, S.38).

⁶ Der abgeleitete Begriff „Salafiya“ bzw. „Salafisten“ hat heute eine mehrfache Bedeutung: Zum einen steht der Begriff für die islamischen Reformer des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts wie Jamal ad-Din al-Afghani (1839 - 1897) und Muhammad Abduh (1849 - 1905). Zum anderen findet diese Bezeichnung auch in der Namensgebung von Gewalt orientierten Gruppierungen wie z. B. bei der „Groupe Salafite pour la prédication et le combat“ Verwendung. Es muss aber betont werden, dass der Begriff Salafismus nicht automatisch die Anwendung von Gewalt mit einschließt (vgl. Dietl 2006, S.128-129).

demokratischen Grundordnung kompatibel ist. Laut Farschid (2003) ist der Islamismus nicht mit den in den Grundgesetzen feststehenden Prinzipien der Demokratie sowie einer Rechtsstaatlichkeit und einer auf der Menschenwürde basierenden politischen Ordnung vereinbar. Vor allem die Forderungen nach Errichtung eines religiösen Staates widersprechen der Moderne und der Aufklärung (vgl. Farschid 2003, S. 78-79).

Pentz et al. definieren, wie der Islamismus, den sie als politischen Islam⁷ bezeichnen, im Verhältnis zu unserer derzeitigen Gesellschaftsform in Österreich steht:

„Zunächst ist der politische Islam antifeministisch, homophob, antisemitisch und antidemokratisch. Dies bedeutet nicht, dass alle Strömungen des politischen Islam jede Form von Demokratie ablehnen würden. [...] Allerdings liegt die Souveränität letztlich nicht bei der Bevölkerung, sondern bei Gott. Wie sich die Souveränität Gottes ausdrücken mag, [...] ist dabei bei den verschiedensten Gruppierungen des politischen Islam umstritten. Einigkeit besteht jedoch in der beschränkten Souveränität des Menschen – genauer aller muslimischer Männer, nicht aber Frauen oder Nichtmuslime. [...] Liberalismus und Sozialismus sind geistige Strömungen der Aufklärung und deren Nachkommen. Mit ihrem Menschenbild, das den Menschen selbst zum Gestalter seiner Geschichte macht, stehen sie dem Bild eines Allmächtigen Gottes, der über eine teleologisch gedachte Geschichte wacht, entgegen.“ (Pentz et al. 2008, S. 20)

In diesem Kontext finden sich bei Richard Hrair Dekmejian (1985) wesentliche Inhalte, die den Islamismus prägen. So wird der Islam als allumfassendes System angesehen, in dem es keine Trennung von Staat und Religion gibt. Die Regierung oder eine Herrschaft kann nur vom Islam ausgehen. Die Gesetze werden aus Koran und *sunna* abgeleitet. In dieser göttlichen Offenbarung und in der Tradition des Propheten liegt die endgültige Wahrheit. Muslime sind Inhaber der göttlichen Wahrheit. Wer sich an diese hält, befindet sich auf dem geraden Weg. Oft wird der Begriff „der gerade Weg“ für, die Lebensweise der frommen Altvorderen benutzt. Das bedeutet, dass der fromme Muslim zu dieser

⁷ Pentz et al. benutzen in ihrem Text den Begriff des politischen Islam, der im Kontext dieser Arbeit als Islamismus bezeichnet wird.

Lebensweise zurückkehren muss. Sehr umstritten ist der Begriff des Dihad⁸, den Dekmeijan als weiteres Merkmal herausarbeitet. In seinem Sinn wollen manche Islamisten den Dihad als sechste Säule des Islam verstanden wissen. Grundsätzlich bedeutet er „Anstrengung“ oder „Bemühen“. Dabei soll der fromme Muslim sich für ein gottgefälliges Leben anstrengen und seine Kräfte dafür aufbringen, um die Errichtung einer islamischen Welt zu fördern. Herrscher oder Regierungen müssen ihre Legitimation basierend auf der *sharia* erhalten haben. Sie entspricht einer Gesetzgebung, die auf Analogieschlüssen beruht, und somit vielmehr einer Methode, die im Bedarfsfall ständig weiter entwickelt werden muss. Diese „optimale“ historische Herrschaftsform wird oft als die „Herrschaft der vier rechtgeleiteten Kalifen“ oder auch als das „Goldene Zeitalter“ verstanden. Oft wird auch die Wiedererrichtung dieses Kalifates gefordert (vgl. Dekmeijan 1985, S. 41-44).

Inwieweit daraus eine Gewaltbereitschaft abzuleiten ist, kann zu diesem Zeitpunkt nicht beantwortet werden. Es ist wichtig festzuhalten, dass der Islamismus nur in seiner extremen Ausformung gewaltbereit wird. Der islamistische Terrorismus (oder auch der Dihadismus) beschreibt lediglich eine Attitüde, um speziellen Forderungen gewaltsam Nachdruck zu verleihen. Dies wird zum Beispiel deutlich im Palästina-Israel Konflikt, wo sich im Laufe der letzten Dekaden der Wandel vom Separatismus als revolutionärem weltlichem Konflikt zum Kampf der Muslime gegen das Jüdisch-Israelische schlechthin vollzog. Darin zeigt sich eine Form des Antisemitismus, die von Islamisten betrieben wird. In Europa wirkt auch diese Form des Antisemitismus, der von manchen Muslimen getragen wird, verstärkend zum bereits bestehenden Antisemitismus aus anderen extremistischen Sektoren (vgl. Brettfeld 2007, S. 287).

2.3 Islamismus als extremistische Ideologie unter spezieller Berücksichtigung des Antisemitismus

Dieses Kapitel der Arbeit ist in drei Teile gegliedert. Als erstes wird anhand des theoretischen Ansatzes von Backes sowie eines weiteren Ansatzes von Jesse gezeigt, dass der Extremismus als Antithese zur Demokratie gesehen werden kann und dass der

⁸ Auf den Begriff Dihad wird im Kapitel 2.3.3.5 noch näher eingegangen.

Islamismus als eine Form des Extremismus gilt. In welcher Form der Antisemitismus im Islamismus eine relevante Rolle spielt und diese antisemitischen Stereotype aus den Herkunftsländern in Europa wirken, wird in diesem im zweiten Teil dieses Kapitels 2.3.2 behandelt. Diese Darstellung wird benötigt, um im Analyseteil der Arbeit den Antisemitismus unter islamistischen Aspekten in Österreich im Einzelfall theoriegeleitet darstellen zu können.

Im dritten Teil (Kapitel 2.3.3) werden diese theoretischen Ansätze auf den Salafismus angewendet, da dieser wiederum einen Großteil der islamistischen Gruppen umfasst. Der Salafismus lässt sich nach dem Grad der Gewaltbefürwortung bzw. nach seinen Erscheinungsformen unterteilen. So zeigt sich der Salafismus missionarisch, propagandistisch, sowie in seiner eindeutig gewaltbereiten Form als djihadistischer Salafismus (vgl. Wiktorowicz 2006, S. 206-239). Mit diesen Unterteilungen können die Subkulturen des Islamismus einerseits besser differenziert und andererseits auf die Situation in Österreich angewendet werden. Durch diese Unterteilung wird sichtbar, dass sich das weitaus größere Feld des Islamismus eindeutig vom „politischen Islam“ abhebt. Der Salafismus bedient sich keiner demokratischen Strukturen und Einrichtungen, um ein Gesellschaftssystem zu ändern. Bei manchen salafistischen Auslegungen in Europa wird zwar nicht direkt gegen die Teilnahme an demokratischen Wahlen argumentiert, aber ein Großteil der Salafisten lehnt diese demokratischen Mittel ab (vgl. Roy 2006, S. 254). Viele Salafisten sprechen sich auch direkt gegen Parteien und Wahlen aus, wohingegen Angehörige des „politischen Islam“ versuchen, in Parteien integriert zu werden, um so ihre Ziele verfolgen zu können (vgl. Riedel 2003, S. 16).

2.3.1 Extremismus als Antithese zur Demokratie

Extremistische Ideologien bedrohten bereits in der Vergangenheit demokratische, rechtsstaatliche Gesellschaftsformen oder führten zu deren Auflösung. Um eine Bedrohung, die auf einer Ideologie basiert, besser wahrzunehmen, ist es wichtig, deren Erscheinungsformen zu erkennen. Dazu ist der Begriff Extremismus ein brauchbares „Werkzeug“. Was also macht den Islamismus zu einem Extremismus, und welche Merkmale des Extremismus lassen sich auf islamistische Ideologien übertragen? Das Wort Extremismus bedeutet im Lateinischen „das Äußerste“. Extremismus richtet sich allgemein

gegen die Bewahrung der demokratischen Grundordnung und stellt sich dadurch als verfassungswidrig dar. Im extremistischen Feld werden neben den politischen auch religiöse Segmente mit eingeschlossen (vgl. Backes 2001, S. 24).

Um den Islamismus im Zusammenhang unserer demokratischen Werte als Antithese zur Demokratie oder zum Rechtsstaat zu verstehen, werden die Extremismuserklärungen von Backes herangezogen. Die gängige Rechts-Links-Dichotomie diene ihm als begriffsgeschichtliche Basis. So zeigt sich, dass der Extremismus im Widerspruch zu einer „Politischen Mitte“ steht, die durch eine Mischung von Verfassungselementen wie Gewaltsteuerung und sozialer Interessenausgleich gekennzeichnet ist (vgl. Backes 2006, S. 20). Im Allgemeinen besteht beim Extremismus der Drang zur Monokratie und zum Monismus. Es zeigt sich ein exklusiver Wahrheits- und Deutungsanspruch, der sich vor allem durch einen gesteigerten Gestaltungsanspruch, auch in Form von Gewaltanwendung, manifestieren kann. Unanfechtbare Autoritäten, die sich gegen jede Art von Kritik immunisieren, verbieten quasi dogmatisch jegliche Anerkennung fremder Entwürfe (vgl. Backes 2006, S. 22).

Unter diesen Aspekten zeigen extremistische Ideologien ein Uniformierungsprogramm und alles, was von den einzig wahren Ansichten abweicht, wird als negativ dargestellt und abgelehnt. In jeder Form von Extremismus wird nach Backes eine unbedingt anzustrebende Eintracht, Einheit und Harmonie erzwungen (vgl. Backes 2006, S. 22). Backes stützt sich auf Carl J. Friedrich, wenn er meint, dass die Entstehung des modernen Verfassungsstaates auf ein Zusammenwachsen von Demokratie und Konstitutionalismus zurückzuführen ist. So lassen sich die Dimensionen des Extremismus in den Dimensionen Antikonstitutionalismus und Antidemokratismus weiter unterteilen. Der Antikonstitutionalismus zeigt Teilbereiche wie Antiparlamentarismus, Antiliberalismus, sowie Antipluralismus. Der Antidemokratismus weist eine Diskriminierung von Bevölkerungsgruppen, also einen Antiegalitarismus im Hinblick auf die Freiheitsrechte auf (vgl. Backes 2006, S. 25).

„Eine Extremismusdefinition sollte in jedem Fall so gefasst sein, dass die Negation zumindest einer Dimension, ohne die der demokratische Verfassungsstaat seinen Namen nicht verdiente, zur Bedingung gemacht wird.“
(Backes 2006, S. 25)

Der Extremismus zeigt seine Besonderheiten vor allem unter politisch-religiösen Aspekten. Diese Besonderheiten sind an den Rändern der Weltreligionen zu finden, so auch im islamischen Kulturkreis. So präsentiert Backes, dass die Dimensionen Antidemokratismus und Antikonstitutionalismus nicht ausreichen, um das Phänomen des Islamismus unter den Aspekten der Extremismusforschung zu beleuchten. Aus diesem Grund sollte die Diskussion um eine Konfliktlinie erweitert werden. Diese Konfliktlinie liegt im Verhältnis zwischen Religion und Staat (vgl. Backes 2006, S. 26). Backes zeigt, dass herrschaftsstrukturell eine Theokratie einem religionsfeindlichen Totalitarismus umso näher kommt, je mehr sich der Anspruch auf Gottesherrschaft, beispielhaft bei den Taliban in Afghanistan, in die Tat umgesetzt hat (vgl. Backes 2006, S. 28).

Bezogen auf Österreich stellt der Extremismus mit seiner antidemokratischen und antikonstitutionalistischen Einstellung jedenfalls eine Ablehnung der in Österreich bestehenden gesellschaftlichen Ordnung dar, also eine Ablehnung unseres Staatsverständnisses schlechthin. In ähnlicher Weise beschreibt, dass sich im Extremismus Agitationsformen finden, die antidemokratische, antiegalitäre, fanatische und häufig rassistische Positionen einnehmen. Diese rassistischen Tendenzen zeigen sich auch durch antisemitische Agitationen aus dem islamistischen Spektrum. Ebenso gelten antipluralistische Einstellungen sowie die Ablehnung der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung als extremistisch (vgl. Nohlen, 2003, S. 125).

Fritsche differenziert den Extremismus in autochthone und in allochthone Erscheinungsformen (vgl. Fritsche 1993, S. 57). Zur allochthonen Form kann auch der Islamismus gezählt werden. Jesse verwendet in Broschüren der deutschsprachigen Verfassungsschutzbehörden den Begriff Ausländerextremismus als Synonym für den allochthonen Extremismus (vgl. Jesse 2004, S. 9). Dieser Versuch, die Begriffe allochthoner Extremismus oder Ausländerextremismus zu verwenden, greift nach Meinung des Autors etwas zu kurz, da ein leiser Ton von Xenophobie mitschwingt.

Unter Ausländerextremismus versteht man meist Phänomene mit separatistischen oder revolutionären Tendenzen, die ihre Bestrebungen im Kontext ihres Herkunftslandes aktivistisch thematisieren. Auch in Österreich stellt der Islamismus vor allem eine ideologische Haltung dar, die auf religiösen, aber ebenso auf kulturellen Fundamenten beruht. Nach Meinung des Autors ist noch weiterführend zu diskutieren, ob man Religion

und Kultur überhaupt trennen kann.⁹ Diese dennoch notwendige Diskussion würde aber den Rahmen der Arbeit übersteigen.

Ein demokratischer Staat mit verfassungsrechtlichen Grundlagen stellt den Antagonisten für eine extremistische Ideologie dar. Diese Staatsform fußt auf den Bestandteilen der demokratischen und der konstitutionellen Komponenten. Die demokratische Komponente beruht auf der Anerkennung des Prinzips der Volkssouveränität sowie auf dem Ethos der Menschengleichheit (vgl. Jesse 2004, S. 11). Die Komponente des Konstitutionellen zeigt sich speziell in den rechtsstaatlichen Prinzipien. Bestrebungen, die als extremistisch gelten können, lehnen zumindest eine dieser Komponenten des demokratischen Verfassungsstaates ab (vgl. Jesse 2004, S. 11). So sind in den Handlungen aus dem islamistischen Feld immer wieder frauenfeindliche Argumentationsmuster zu erkennen oder die demokratischen Werte der Volkssouveränität werden als verbotene *bida* („Neuerung“) bezeichnet. Weiters werden die Rechtsstaatlichkeit und „die von Menschenhand gemachten Gesetze“ abgelehnt. Die Personen, die eben diese Gesetze befolgen, werden mit dem Begriff *muschrik* („jene, die neben Allah noch etwas anders anbeten“) bezeichnet. Das Annehmen eines Rechtsstaates wird auch als Anbeten eines weiteren Gottes interpretiert. Dabei begibt sich der *muschrik* in eine der schlimmsten Sünden, da er das Manifest des Monotheismus, also die Sure 112 im Koran, verletzt.

„Bekenntnis zur Einheit Allahs (Al-Ichlas) *offenbart zu Mekka* [1] Im Namen Allahs, des Allbarmherzigen! [2] Sprich: „Allah ist der alleinige, einzige [3] und ewige Gott (der unwandelbare). [4] Er zeugt nicht und ist nicht gezeugt, [5] und kein Wesen ist ihm gleich.“ (Der Koran, Sure 112, Vers 1-5)

Als extremistisch erscheint es auch, jene Personen, die die Gesetzgebung durch den demokratischen Regelfluss entstehen lassen, als *taghut* („jemanden, der es wagt, neben Allah Gesetze zu entwerfen“) abzulehnen und zu verurteilen. Alle Menschen, die sich

⁹ Nach Meinung des Autors kann eine Religion kulturelle Eigenschaften auf ein Gesellschaftssystem übertragen oder eine Kultur kann auch Träger von Religionen per se sein oder diese hervorbringen.

demokratisch verhalten, werden nicht nur als dem *kufir*¹⁰ („Unglauben“) verfallen bezeichnet, sondern betreiben gemäß islamistischer Diktion auch das sündhafte Verhalten *schirk* („eine Gleichstellung mit dem Göttlichen“) und dienen somit nicht Allah alleine (vgl. Halm 2001, S. 60).

„Und niemandem wird wirklich klar werden, welche Tragweite diese Tatsache hat, so lange er nicht weiß, dass der Schirk nicht nur darin besteht, dass man sich vor jemand anderem niederwirft, zu ihm betet, für ihn Opfer erbringt... sondern, dass eine der gewaltigste [sic] Formen von Schirk darin besteht, dass man jemandem gehorcht oder folgt wenn er das Erlaubte verbietet oder das Verbotene erlaubt, wenn er dem Islam widersprechende Gesetze macht usw. egal ob es sich um Herrscher oder Gelehrte oder sonstige handelt. Nur wer dies weiß, erkennt klar, ohne Zweifel, dass diese so genannte islamische Umma von 1,5 Milliarden Menschen, zum überwiegenden Teil aus Leute [sic] besteht, die ihre Regenten, ihre Gelehrten, ihre Verfassungen, ihr Vaterland, ihre Freiheit, ihren Verstand, die Mehrheit der Menschen (Demokratie) usw. anbeten, indem sie diesen Dingen nämlich gehorchen und sie als legitim ansehen usw. [...] dass ein Muslim ein Mensch ist, der nur Allah alleine anbetet und ein Muschrik ein Mensch ist, der etwas anderes als Allah oder mit Allah gemeinsam anbetet.“ (al- Afghany 2007b, S. 7).

Aus den Predigten und Schriften von Abu Hamzah al- Afghany kann die direkte Ablehnung des Rechtsstaates abgeleitet werden. Seine Verlautbarungen werden im Internet

¹⁰ *Kufir* bedeutet: „Das komplette Zudecken und Verhüllen, Bedecken, Verschleiern und Verbergen, die Verleugnung und die Undankbarkeit gegenüber den Gaben und Wohltaten ALLAHs, die Lossagung und die Aberkennung. Islamologisch steht Kufir als Bezeichnung für alles Nicht-Islamische. Der Kafir/Die Kafira: Der/Die Kufir-Betreibende. Plural: Kafir (nach Zaidan). Kafir bezogen auf das Diesseits ist ein Sammelbegriff für Personen, die nach unserem menschlich eingeschränkten Wissen nicht in die Kategorie Muslim einzuordnen sind. Kafir bezogen auf das Jenseits ist ein Sammelbegriff für Menschen und Dschinn, die nach ALLAHs Allwissen definitiv als Nicht-Muslime gelten.“ (Islamologisches Institut 2009, S. 3) Die Präzisierung scheint an dieser Stelle sinnvoll, um den unpräzisen, aber gebräuchlichen Begriff Unglauben nicht alleine stehen zu lassen.

von Anhängern dieser Ideologie zur Indoktrinierung benutzt, weswegen sie hier als wichtig für die Forschungsfrage erwähnt werden¹¹.

„Was ist dann erst mit dem Taghut selbst, der neben Allah Gesetze entwirft?! Wie soll er sich vom Taghut abwenden?! (Macht er Kufr gegen sich selbst?!) Er hat sich doch selbst zum Angebeteten neben Allah gemacht, als er sich zu einem Herrn machte, dem Gehorsam anstelle Allahs entgegengebracht wird. Er ist daher tiefer im Kufr als der, der ihm folgt.“ (al- Afghany 2007a, S. 7)

Wie beispielhaft dargestellt wurde, wird unter einer bestimmten extremistischen Haltung der Verfassungsstaat direkt oder indirekt abgelehnt. Das bedeutet, dass extremistische Ideologien den Pluralismus verschiedener Interessen ablehnen und somit das Mehrparteiensystem einer Demokratie und vor allem das Recht auf Opposition negieren (vgl. Backes 1989, S. 305). Ein Fundamentalismus, der religiös, aber auch politisch motiviert ist, gilt als neue Spielart des Extremismus jenseits der alten Einteilungsschemata, die nur rechte und linke Formen kannten. So gelten vor allem islamistische Netzwerke, die in den westlichen Demokratien ein Feindbild sehen, derzeit als Extremismusform. Begriffe wie Radikalismus oder Fundamentalismus haben unter bestimmten Aspekten ihre Berechtigung, aber grundsätzlich kann anhand dieser Begriffe noch keine Gefährdung für den demokratischen Verfassungsstaat abgeleitet werden. Sie stellen aber zumindest Vorstufen dar, anhand derer sich Extremismen entwickeln können. Sie helfen bei der Erklärung von Hintergründen und der Prognose von Entwicklungen in diesem Kontext. Aber der Extremismusbegriff als solcher beschreibt am exaktesten die Spielarten von verschiedenen antidemokratischen Grundpositionen innerhalb eines Verfassungsstaates. Exakte Bestimmungen der unterschiedlichen Strömungen, die einem extremistischen Milieu angehören, sind auf Grund der „Grauzonen und Schattierungen“ schwer möglich. Daraus resultiert ein Abgrenzungsproblem. Eindeutig ist der extremistische Charakter hingegen bei jenen Kräften zu erkennen, die Gewalt propagieren oder anwenden (vgl. Jesse 2004, S. 19 u. 22).

¹¹ Abu Hamzah al- Afghany lebt in Österreich und predigt in einer Wiener Moschee. Er wird von einer Personengruppe aus Österreich und weiteren EU-Staaten als Repräsentant der wahren Lebensform und Glaubensform verehrt. (vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg 2010, S.1-2)

Nach Meinung des Autors kann der Antisemitismus, einerlei ob gewaltfrei oder unter Einbeziehung von Gewaltanwendung, generell als extremistisch gelten. Der Antisemitismus stellt sich nach den Extremismusdefinitionen ebenso als Extremismus dar, weil er absolut antidemokratisch ist. Der Antidemokratismus weist eine Diskriminierung von Bevölkerungsgruppen, also einen Antiegalitarismus im Hinblick auf die Freiheitsrechte auf (vgl. Backes 2006, S. 25). Das nächste Unterkapitel wird dieses Phänomen näher veranschaulichen und auch spezielle Aspekte wie den Antisemitismus innerhalb des Islamismus abhandeln. Diese theoretische Grundlage wird benötigt, um im Analyseteil der Arbeit darzustellen, wie der Antisemitismus im Islamismus eine relevante Rolle spielt und wie diese speziellen antisemitischen Stereotype auch in Österreich wirken. An dieser Stelle der Arbeit scheint es dem Autor wichtig zu bemerken, dass aus den selben Gründen, die Islamophobie oder anders ausgedrückt die Islamfeindlichkeit bzw. Antimuslimismus ebenso als extremistisch gelten können.¹²

2.3.2 Islamismus und Antisemitismus

In diesem Kapitel wird gezeigt, warum der Antisemitismus im Bezug auf den Islamismus nach Ansicht des Autors eine wichtige Rolle spielt. Dazu muss man die geschichtlichen Ursprünge des Antisemitismus im muslimischen Kulturkreis betrachten und diese in Bezug zu den gegenwärtigen Entwicklungen setzen. Nach dem Ende der „Naziherrschaft“ konnte viel wissenschaftliche Aufklärungsarbeit und die dadurch teilweise erfolgte Aufarbeitung der Vergangenheit den Antisemitismus in vielen Ländern Europas reduzieren. Betrachtet man aber die jüngsten Entwicklungen, so scheint es, dass durch den Antisemitismus, wie er speziell von Islamisten, aber auch von einigen wenigen nicht-islamistischen Muslimen getragen wird, die Judenfeindlichkeit mit all ihren Vorurteilen und Stereotypen in Europa wieder verstärkt wird. In diesem Teil der Arbeit sollen Unterschiede aber auch vergangene

¹² Weiter führende Literatur zu dieser Thematik findet sich bei: Bunzl, John / Senfft, Alexandra (Hrsg.) (2008) Zwischen Antisemitismus und Islamophobie. VSA Verlag, Hamburg, oder bei: Schiffer, Sabine / Wagner, Constantin (2009) Antisemitismus und Islamophobie – ein Vergleich. HWK Verlag, Wassertrüdingen.

und aktuelle Symbiosen zwischen dem islamistischen und dem rechtsextremistischen Antisemitismus dargestellt werden.

Ziel dabei ist es, einzelne Elemente des Antisemitismus sichtbar zu machen. Mangelndes Verständnis für den muslimischen Kulturkreis sowie etwaig vorhandene Sprachbarrieren verstellen oft die Sicht auf Handlungen und Aussagen, die im heutigen europäischen, politisch-rechtlichen Wertekontext absolut zu verurteilen sind. Aus diesem Grund scheint an dieser Stelle eine Dekonstruktion dieses Phänomens unerlässlich, um die verschiedenen Ausprägungen des Antisemitismus zu demaskieren. Diese Grundlagen dienen dazu, im „Kapitel 3: Islamismus in Österreich“ jene islamistischen Handlungsmuster, die antisemitische Ausprägungen beinhalten, zu erkennen und zu analysieren.

In Veröffentlichungen des deutschen Bundesamts für Verfassungsschutz erarbeiteten die WissenschaftlerInnen dieser Institution eine Einteilung des Antisemitismus in religiösen, politischen, rassistischen, antizionistischen und sekundären Antisemitismus. Diese Unterteilung lässt sich gut auf den rechtsextremistischen und ebenso auf den islamistischen Antisemitismus anwenden (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2005, S. 7). Der Begriff Antisemitismus soll vom deutschen Journalisten und Schriftsteller Wilhelm Marr definiert worden sein. Er wollte ihn als Selbstbezeichnung der Judenfeinde verstanden wissen (vgl. Waldenegg 2001, S. 108-126). Wenn im Folgenden der Begriff Antisemitismus verwendet wird, so ist er als Überbegriff für die hassvolle Ablehnung alles Jüdischen gemeint, auch wenn es um die Ablehnung des israelischen Staates geht.

Aus der öffentlichen Berichterstattung über die Hassreden des iranischen schiitischen Präsidenten Ahmadinedschad geht hervor, dass nach Medienmeinung der Iran durch sein Mullahregime für einen großen Teil des Antisemitismus in der islamischen Welt verantwortlich ist. Um in der Arbeit eine Stringenz beizubehalten, wird auch in diesem Kapitel der Fokus weiterhin auf das sunnitische Spektrum des Islam gelegt.

Grundsätzlich kann der in der muslimischen Welt vorherrschende Antisemitismus als Export aus Europa in die muslimische Welt gesehen werden. Diese Entwicklung verstärkte sich ab dem Ende des 19. Jahrhundert immer mehr. So lag es auch im politischen Interesse der Kolonialmächte, aber auch später im Interesse des Naziregimes, den Judenhass in die arabische Welt zu tragen. Der Hauptkatalysator für den muslimischen Antisemitismus im

20. Jahrhundert war der aufkommende arabische Nationalismus, der als Kind der Moderne gesehen werden kann und ebenfalls wie der Nationalsozialismus seinen Ursprung in Europa hatte (vgl. Wind 2005, S. 20-25).

„Berücksichtigt man nun den traditionell im Islam verankerten Antijudaismus, so wird schnell klar, dass die von den Europäern eingebrachten Antisemitismen bei den unter Kolonialherrschaft stehenden Muslimen im Wandel ihrer gesellschaftlichen Ordnung auf ein System trafen, das im Stande war, die neu vermittelte Ideologie nur zu gerne in dieses einzubetten.“ (Wind 2005, S. 24)

Der arabische Nationalismus richtete sich in erster Linie gegen die Juden und in weiterer Folge gegen Israel im Palästinakonflikt.

„Die so genannte „Damaskusaffäre“ 1840, in deren Verlauf zahlreiche Juden denunziert, verhaftet und gefoltert wurden, gilt als Initialzündung für die bis heute feststellbare Verbreitung des für den vormodernen Antisemitismus typischen Ritualmordvorwurfs. Sie war der vehementen Intervention des für seinen Antisemitismus bekannten damaligen französischen Konsuls Ratti-Menton geschuldet, [...] Bis in die 90er-Jahre des 19. Jahrhunderts war der vormoderne Antisemitismus ein im Wesentlichen auf die christlichen Bevölkerungsteile beschränktes Phänomen.“ (Puschnerat 2006, S. 48)

Der europäische Antisemitismus entwickelte sich im Kontext mit dem Naziregime zu einer von ihm propagierten „Rassenfrage“. Aber es gab durchaus religiöse Komponenten, indem argumentiert wurde, die Juden hätten den Sohn Gottes umgebracht. Speziell wird dies deutlich bei folgendem Bibeltext, der auch antisemitisch interpretiert wurde: „Ihr habt den Teufel zum Vater und wollt die Begierden eures Vaters erfüllen. Er war ein Menschenmörder von Anfang an und steht nicht in der Wahrheit.“ (Die Bibel, Johannes 8, 44) Der religiöse Aspekt kommt in diesem Fall aus christlicher Sicht zum Vorschein. Unter Hitler entwickelte sich eine Art Religiosität, die nach Ansicht des Autors wenig beachtet wird. Es ist die mystisch-religiöse Legitimation des NS-Regimes, welche durch Hitler kommuniziert und so zum Programm wurde. Der Nationalismus kann als Mystik des einfachen Mannes betrachtet werden, mittels derer man sich auf althergebrachte Werte besinnen und dadurch leicht ein Feindbild entwickeln konnte und kann – ausgelöst durch

natürliche Veränderungen oder durch das Fremde schlechthin. Der „Jude“ wurde zum Grund allen Übels in der Welt stilisiert und diente als nach innen einendes Feindbild. Ein gemeinsames Feindbild ist für die Homogenität einer Gruppe immer von Nutzen, vor allem wenn eine Autorität behauptet: „Gott will es so.“ Am Rande erwähnt, bildete sich eine mögliche religiöse Rechtfertigungsgrundlage aus „Hitlers Theologie“ heraus, wie von Rainer Bucher (2008) beschrieben wird (vgl. Bucher 2008, S. 30). Dies ist wichtig für das Verständnis einer möglichen religiösen Legitimation des Antisemitismus durch das Naziregime. Hier kann man nach Ansicht des Autors Parallelen zum Islamismus ziehen.

Bucher beschreibt, wie Zeitgenossen den Nationalsozialismus als „Politische Religion“ begriffen. Der erste, der diesen Ansatz wählte, war Eric Voegelin. Gemäß Bucher vertrat Voegelin die These, dass moderne Totalitarismen säkulare Formen ehemals absoluter kirchlich-religiöser Gewissheit darstellen. Der Zerfall der klassischen kirchlichen Autorität in der Moderne habe zum Entstehen „innerweltlicher Religionen“ geführt, die immanente „Phänomene“ an die Stelle eines transzendenten Gottes setzen. Diese besitzen für die Anhänger der politischen Religionen nun aber jenen religiösen Stellenwert, der damals den kirchlichen Glaubensinhalten zukam (vgl. Bucher 2008, S. 30). Buchers These über die Theologie Hitlers lautet:

„Sie motiviert und rechtfertigt den Massenmord an den europäischen Juden und verleiht ihm Unbedingtheit, die dazu führte, dass die Mordmaschinerie weiter betrieben wurde, als selbst für Hitler der eigene Untergang absehbar war.“
(Bucher 2008, S. 111)

So erscheint die Wirkung des Ausspruchs von Hitler in „Mein Kampf“ klarer, wenn er schreibt: „So glaube ich heute im Sinne des allmächtigen Schöpfers zu handeln: Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herren.“ (Hitler 1925, S. 69) Weiters zeigte sich der religiöse Fanatismus Hitlers in seiner Rede vom 3. Februar 1945, also zu einer Zeit, in der das Kriegsende sehr vielen schon offenbar war:

„Ich habe gegen die Juden mit offenem Visier gekämpft. Ich habe ihnen bei Kriegsausbruch eine letzte Warnung zukommen lassen, daß sie, sollten sie die Welt von neuem in den Krieg stürzen, diesmal nicht verschont würden – dass das Ungeziefer in Europa endgültig ausgerottet werde.“ (Trevor-Roper 1981, S. 69)

Die religiöse Legitimation der Judenvernichtung geht somit über das Kultische hinaus und begründet eine NS-Mystik, die sich auf okkulte Weise sozusagen in den Willen Gottes stellt und dadurch eine religiöse Basis schafft, die auch heute noch in ähnlicher Form andere religiöse Extremisten und Terroristen antreibt.

„Denn böses Handeln kommt erst mit der Religion zu seiner letzten und intimsten Qualität. Erst mit einer religiösen Komponente, erst mit dem Bezug zu einem „Heiligen“ erreicht es jene gleichzeitige Intimität und Universalität, die es unausweichlich und unentrinnbar und eminent werden lässt.“ (Bucher 2008, S. 111)

Ähnliche Argumentationsmuster findet man auch im arabischen Raum, wo einzelne Persönlichkeiten im Laufe des 20. Jahrhunderts immer wieder auf Hitler Bezug nahmen. Im Folgenden seien einige beispielhaft angeführt:

Unter dem Einfluss des seit 1921 amtierenden Muftis von Jerusalem, Amin al- Hussaini, begann die Phase der arabisch-nationalsozialistischen Bündnispolitik. Amin al -Hussaini suchte verstärkt den Schulterschluss mit dem nationalsozialistischen Deutschland und arbeitete seit 1935 auch eng mit der ägyptischen Muslimbruderschaft, einer der ersten und bis heute einflussreichsten islamistischen Organisationen, zusammen (vgl. Puschnerat 2006, S. 49). Sami al-Jundi, Führer der syrischen Baath-Partei, beschreibt die antisemitische Haltung in der Region in den 30er-Jahren: „Wir waren Rassisten, wir bewunderten den Nationalsozialismus, lasen seine Bücher und die Quellen seiner Ideen.“ (Lewis 1987, S. 77).

Die im Jahr 1926 in Kairo entstandene Landesgruppe Ägypten der NSDAP/AO hatte bereits im Jahr 1933 Überlegungen darüber angestellt wie „antijüdische“ Aktivitäten und die Stimmung unter der arabischen Bevölkerung gegen die Juden forciert werden könne. Diese Personengruppe war zu dem Schluss gekommen, dass man an jenem Punkt anzusetzen habe, an dem wirkliche Interessengegensätze zwischen Arabern und Juden bestehen - bei Palästina. Der dortige Konflikt zwischen Arabern und Juden sollte gemäß der NSDAP/AO nach Ägypten hinein verpflanzt werden (vgl. Puschnerat 2006, S. 50). Küntzel zeigt, dass man im Jahr 1929 antisemitische Flugblätter finden konnte:

„Oh Araber! Vergesst nicht, dass der Jude euer schlimmster Feind ist und von jeher der Feind eurer Vorfahren war. [...] Lass Dich nicht von ihren Tricks in die Irre führen, weil sie es sind, die Jesus folterten – Friede sei mit ihm – und Mohammed vergifteten – Friede und Seligkeit für ihn. Es sind die Juden, die sich jetzt anschicken, Dich abzuschlachten, wie sie es gestern mit Deinen Vorfahren taten.“ (Küntzel 2003a, S. 36).

Es wurden zahlreiche arabische Übersetzungen von Hitlers „Mein Kampf“ verbreitet und von großen Teilen der Bevölkerung im arabischen Raum mit Wohlwollen angenommen. Der Mufti von Jerusalem war auch Mitverantwortlicher für die Aufstellung einer Waffen SS-Gebirgsdivision mit dem Namen „*Handschar*“, die aus der muslimischen Bevölkerung Bosniens rekrutiert wurde und sich auch maßgeblich an der Vernichtung der Juden am Balkan beteiligte. Bekannt geworden ist das Foto von Adolf Hitler mit dem Mufti vom 9.12.1941, das beide bei einem Gespräch in Deutschland zeigt. Die Unterstützung durch das NS- Regime war eine wichtige Basis für den Kampf des Muftis gegen die Kolonialmächte, aber vor allem gegen die Juden. Diese Hilfe zeigte sich sowohl durch finanzielle als auch durch ideologische Unterstützung. Die Kurzwellensender Berlin und Zessen wurden in der Zeit von 1938 bis 1945 eingerichtet und sendeten täglich Koranzitate, arabische Musik und antisemitische Hetzereien (vgl. Lewis 1987, S. 171).

Maßgeblich waren es Hauptakteure aus der Muslimbruderschaft, die Stereotype des europäischen Antisemitismus übernahmen. Diese wurden schlussendlich auch von Sayyid Qutb in sein Dihadkonzept übernommen. In Qutbs Text *Our Struggle against the Jews* zeigte sich der Antisemitismus überdeutlich. So wurde ab den 50er-Jahren Sayyid Qutbs Variante der antisemitischen Agitationen vor allem nach dem Sechstagekrieg von 1967 populär. Mit diesen Schriften wurden Teile der Muslime durch dieses so konstruierte Feindbild noch stärker fanatisiert.

„Qutbs Schriften machten aus frommen Moslems selbstbewusste Soldaten, die freudig den Krieg gegen die Feinde des Islam zu ihrer Lebensaufgabe machten.“
(Küntzel 2003b)

Im Jahr 1970 wurde Qutbs Konzept von der saudischen Regierung nachgedruckt und in einem Großteil der islamischen Welt verbreitet. Qutb schaffte es in dieser vordergründig

„rein islamisch“ – also religiös – argumentierenden Schrift, den europäischen Antisemitismusimport inklusive seiner Verschwörungstheorien mit dem islamistischen Antisemitismus zu synthetisieren. Es entstand das Bild des „ewigen Juden“ in seiner islamistischen Interpretation (vgl. Puschnerat 2006, S. 53). Diese islamistisch antisemitischen Stereotype wurden durch die Verlautbarungen und Ergebnisse der 4. Konferenz der al- Azhar-Akademie für Islamforschung im Sommer 1967 bestätigt. Auf der Konferenz der Religionsführer aus 33 Ländern kam man in Kairo zur Übereinkunft, die Juden als „Feinde Gottes“ und als „Feinde der Menschlichkeit“ zu kennzeichnen.¹³ Heute noch soll nach Solnick gemäß dem Middle East Media Research Institute in vielen Predigten von Imamen der antisemitische Juden Hass gefördert werden. So bezeichnete der Großscheich der al- Azhar Universität Muhammad Sayyid Tantawi in einer Freitagspredigt 2002 die Juden als Nachkommen von Affen und Schweinen (vgl. Solnick 2002, S. 3).

Die Muslimbruderschaft war und ist in den religiösen Instituten im arabischen Raum stark vertreten. In der Vergangenheit zeigte es sich, dass sie eine Synthese des Antisemitismus mit dem Antikolonialismus erreichten. Die Stereotype der Antisemitismen sowohl aus den Koraninterpretationen als auch aus dem Einfluss des christlichen Juden Hasses, wie ihn das NS-Regime verbreitete, wurden ebenso übernommen.

„Sie legten damit nachhaltig den ideologischen Grundstein für die moderne, islamistische Sichtweise innerhalb der arabischen Welt, welche von da an maßgeblich die Beziehungen zu den Juden bzw. dem Staat Israel prägen sollte.“
(Wind 2005, S. 37)

Von Puschnerat wurde noch ein weiteres Detail herausgearbeitet, anhand dessen die Symbiose zwischen nationalsozialistisch rechtsextremistischem und islamistischem Antisemitismus zu erkennen ist:

„Die massenwirksame und nachhaltige Indoktrination der arabischen Gesellschaften seit den 50er-Jahren – die auch bis in die Türkei wirkte und dort

¹³ Tania Puschnerat stellt dieses Phänomen sehr klar umrissen dar und bezieht sich dabei auf D.F. Green 1976., Arab Theologians on Jews and Israel: Extracts from the Proceedings of the Fourth Conference of the Academy of Islamic Research,

den türkischen Rechtsextremismus und Islamismus beeinflusste – vollzog sich drittens mit aktiver Unterstützung ehemaliger deutscher NS-Propagandisten, die, wie etwa der ehemalige Hauptschriftleiter der NS-Zeitschrift *Wille und Weg* Johann von Leers, in Ägypten Unterschlupf fanden und, teilweise als Berater der ägyptischen Regierung für antijüdische Propaganda, die Adaption des nationalsozialistischen Antisemitismus nicht nur in Ägypten förderten.“ (Puschnerat 2006, S. 53)

Ein Aspekt von vielen antisemitischen Behauptungen gegen das Judentum ist die Erzählung des Ritualmordes, bei dem die Juden das Blut von muslimischen Kindern unter ihr Brot mischen und essen sollen. Entstanden soll diese Unterstellung aus einer bewussten Fehlinterpretation des Talmuds durch Johann Andreas Eisenmenger sein, der seine vermeintlich gewonnenen Erkenntnisse im Jahr 1711 in dem Buch *Entdecktes Judentum* veröffentlichte. Bekannt wurden die Theorien Eisenmengers im muslimischen Gesellschaftsraum letztlich durch die Verbreitung antisemitischer Literatur durch die kolonialen Herrschaftsbemühungen der Briten und vor allem der Franzosen (vgl. Wind 2005, S. 44). Das bekannteste Werk *Der Talmudjude*, das bereits im Jahr 1899 erstmals in arabischer Sprache veröffentlichte wurde, stammte von August Rohling. Auch heute sind ähnliche Theorien weit verbreitet, wie ein Interview der syrischen Zeitung *al-Ahram* vom 28. Oktober 2000 mit dem syrischen Verteidigungsminister Mustafa Talass zeigt, der behauptete, dass die Vorwürfe über die Ritualmorde der Wahrheit entsprechen. Zu diesem Thema gab es auch ein Radiointerview des arabischen Senders *al-Jazeera* mit dem Mufti der „Palestinian Liberation Armee“, in dem dieser ausführte, dass es keinen Frieden mit den Juden geben dürfe, weil die Juden zu den Festen Purim und Pessach das Blut von Arabern trinken (vgl. Wind 2005, S. 44).

Ein weiterer Aspekt des Antisemitismus ist der Revisionismus hinsichtlich der Relativierung des Holocausts. Dabei werden gleiche Denkmuster verfolgt, wie sie im westlichen Kulturraum bei Rechtsextremen zu Tage treten. Dies belegt folgende Aussage in einer palästinensischen Zeitschrift *Al Hayat Al Jadidah* vom 02. 07. 1998:

„Die Wahrheit aber ist, dass die Verfolgung der Juden ein Mythos ist, den die Juden Holocaust genannt haben, um ihn auszubeuten und so Sympathie zu gewinnen.“ (Von der Osten-Sacken 2001, S. 134)

Der Holocaust wird auch in einer weiteren Form relativiert, indem der Genozid an den Juden durch das NS-Regime mit dem Vorgehen des Staates Israel gegen die Palästinenser verglichen wird (vgl. Wind 2005, S. 51). In der Zeitung Syrian Times stand am 04. 11. 1997: „Was in israelischen Gefängnissen passiert, ist vergleichbar mit den Verbrechen der Nazis gegen die Menschheit.“ (Von Osten-Sacken 2001, S. 134) Den Staat Israel mit dem NS-Regime gleichzusetzen, ist ein weiteres antisemitisches Argument, vor allem unter der Berücksichtigung, dass der systematische Massenmord des NS-Regimes an Menschen bestimmter Herkunft in dieser Form bis dato einzigartig war.

„Zudem kann diese Art der Gleichsetzungen aber auch zwei weitere Funktionen erfüllen. Einmal dienen sie dem Zweck, die Juden als abgrundtief böse darzustellen, andererseits bringt es die Araber dazu, sich in der Opferrolle zu sehen, wonach sie sich mittels des Djihads zu verteidigen haben. So gesehen, ist die Äußerung des syrischen Regierungschefs Bashar Assad auf einer Konferenz der arabischen Regierungschefs in Jordanien als durchaus nachvollziehbar zu bezeichnen, als er die israelische Gesellschaft als rassistischer, als es die Nazis je waren, bezeichnete und dafür Applaus bekam. Es ist schlussendlich festzuhalten, dass hier in merkwürdiger Art und Weise die geistige Volte vollbracht wird, einerseits den Holocaust zu leugnen und trotzdem die Methoden der Nationalsozialisten anzuprangern, indem man den Israelis in ihrem Handeln eben dieses vorwirft.“ (Wind 2005, S. 51)

Da sich Islamisten in erster Linie mit ihren Ideologien an Muslime wenden, ist es wichtig den Antisemitismus in muslimischen Migrationsgruppen zu beleuchten. Das deutsche Bundesministerium für Inneres gab im Jahr 2007 eine Studie in Auftrag, die sich mit der religiösen Intoleranz in Deutschland beschäftigte. Eine Gegenüberstellung von jungen Muslimen, jungen Nichtmuslimen mit Migrationshintergrund und deutschen Jugendlichen ohne Migrationshintergrund ergab, dass junge Muslime mit 15,7 % eine deutlich höhere Zustimmung auf antisemitische Vorurteilsbekundungen („Menschen jüdischen Glaubens sind überheblich und geldgierig“) bemerkten ließen als Nichtmuslime mit Migrationshintergrund (7,4 %) und deutsche Jugendliche ohne Migrationshintergrund (5,4 %) (vgl. Brettfeld 2007, S. 275). Zusätzliche Erhebungen zu Themen wie Todesstrafe, Pressefreiheit und demokratische Werte zeigten keine großen Unterschiede. Das zentrale

Moment, das Muslime von Nichtmuslimen im Rahmen dieser Analyse unterschied, war in erster Linie die Rate des Antisemitismus (vgl. Brettfeld 2007, S. 278). Hinsichtlich der Vergleiche zwischen antisemitischen und antichristlichen Einstellungen zeigte die Studie, dass der Antisemitismus wesentlich stärker als die antichristlich ausgeprägten Einstellungen war:

„Neben den Einstellungen zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wurden auch religiöse Vorurteile und Intoleranz untersucht. Es zeigt sich, dass Demokratiedistanz und religiöse Intoleranz zwar korreliert sind, multivariat aber gleichwohl als zwei Subdimensionen von Autoritarismus, die nicht deckungsgleich sind, getrennt betrachtet werden können. Auffallend ist, dass unter Muslimen erheblich höhere Raten von antisemitischen Haltungen zu finden sind als unter nichtmuslimischen Migranten oder einheimischen Nichtmuslimen. Bei den beiden letztgenannten Gruppen findet sich indessen ein hohes Maß an auf den Islam bezogenen Vorurteilen, während antichristliche Vorurteile bei Muslimen demgegenüber deutlich weniger verbreitet sind.“ (Brettfeld 2007, S. 307)

Religiöse Legitimation, einerlei von welcher Religion ausgehend, zur Herabwürdigung einer so bezeichneten „anderen Rasse“ ist Teil einer Weltanschauung, die in einer Demokratie keinen Platz haben darf. Somit haben diese Aspekte des Antisemitismus, wie er im islamistischen Argumentationsmuster benutzt wird, eine negative Auswirkung auch auf die nicht islamistisch eingestellten Muslime im europäischen Raum, die bei weitem die Mehrheit sind. Denn den Muslimen verallgemeinernd Judenhass zu unterstellen, wäre ein unzulässiges Vorurteil. Islamisten beeinflussen mit ihren Handlungsmustern in erster Linie Muslime selbst, um ihnen vorzugeben, was gut und böse ist und wer Freund oder Feind ist. Oft wird durch Islamisten vor allem alles Jüdische als Feindbild transportiert.

In diesem Kontext muss ebenso erwähnt werden, dass islamophobe Handlungsmuster für populistische Zwecke in Österreich merklich zunehmen (vgl. Hafez 2009, S. 181).

2.3.3 Unterteilung des Islamismus nach dem Grad der Gewaltbefürwortung

Der Islamismus stellt ein breites Themenfeld mit zahlreichen Gruppen und Ideologien dar, deren Beschreibung den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Dabei sind die Grenzen zwischen den einzelnen Gruppen und ihren Ideologien teilweise verschwommen. Diese Gegebenheiten stellen den Forschenden vor die Herausforderung, eine Differenzierung dieser Strömungen anhand der politischen Agenden und Ideologien einschließlich einer möglichen Gewaltbereitschaft zu versuchen. Ebenso ist es schwierig, bei den unterschiedlichen Strömungen die extremistischen Elemente zu identifizieren. An dieser Stelle der Arbeit werden die Hauptformen des Islamismus kurz umrissen und nach ihrer Gewaltbefürwortung unterschieden. Diese beiden Hauptformen sind der „politische Islam“, der von „politischen Islamisten“ betrieben wird, sowie der Salafismus mit seinen drei Unterkategorien, dem missionarischen, dem propagandistischen und dem djihadistischen Salafismus, in dem Politik im klassischen Sinn nur eine geringe Rolle spielt.

2.3.3.1 Politischer Islam und Gewaltbefürwortung

Der politische Islam nimmt nur ein kleineres, aber dennoch wichtiges Segment innerhalb des Islamismus ein. Er zeigt sich vor allem durch Handlungsweisen seiner Angehörigen innerhalb von politisch-demokratischen Strukturen, so sie im jeweiligen Staatsgebilde aufzufinden sind. Die Angehörigen dieser Strömung wollen eine Gesellschaftsutopie entstehen lassen, die die Errichtung einer „islamischen Ordnung“ bedeutet. In Ländern wie unter anderen in Ägypten streben diese Gruppen den „Marsch durch die Institutionen“ an. Eine dieser Gruppierungen ist die Muslimbruderschaft, die innerhalb Ägyptens das städtische Kleinbürgertum und die Mittelschicht vertritt – oft als Interessensvertreter sozial tätiger Gruppen. In Europa liegt das Bestreben des „politischen Islam“ darin, muslimische Migranten in ihrem Sinne so zu beeinflussen, dass gegenüber der nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaft eine Entfremdung stattfindet. Das führt innerhalb der Muslime in Europa zu einer Differenzierung, die zur Abgrenzung führen kann. Gleichzeitig versuchen „politische Islamisten“ sich gegenüber dem Staat und anderen konfessionellen Institutionen als alleinige Vertreter der hier lebenden Muslime zu etablieren. Meist manifestieren sich diese Aktivitäten in Form einer Gründung von islamischen Glaubensgemeinschaften in europäischen Staaten. Oft zeigt es sich, dass ein Großteil der

Muslime sich durch diese Organisationen gar nicht vertreten fühlt (vgl. Farschid 2005, S. 21).

Hier spielt die türkische IGMG (Islamische Glaubensgemeinschaft Milli Görüs) eine bedeutende Rolle. Die politischen Absichten sind klar erkennbar, indem Mitglieder von islamischen Glaubensgemeinden oder aus deren Umfeld in bestehenden Parteien des jeweiligen Staates agieren oder eigene Listen für Regionalwahlen entwickeln. Spezielle Wohltätigkeitsveranstaltungen, die durch Vertreter des politischen Islam organisiert werden, stehen immer wieder im Verdacht, auf Umwegen Bestrebungen von gewaltbereiten Gruppen zu unterstützen. Einzelne Vertreter dieser Organisationen wurden bereits mit extremistischen Tendenzen in Verbindung gebracht, sei es nun in Form von Volksverhetzung oder von Antisemitismus (vgl. Innenministerium Nordrhein Westfalen 2002, S. 32). Dennoch scheint in dieser Erscheinungsform des Islamismus die Gewaltbefürwortung nicht als immanent.

2.3.3.2 Salafismus als Ideologie

Das salafistische Spektrum wird in dieser Arbeit als weiteres und auch als Hauptspektrum des Islamismus beschrieben. In öffentlich zugänglichen Schriften von deutschsprachigen Verfassungsschutzbehörden werden Begriffe wie Wahhabismus oder Salafismus in letzter Zeit vermehrt an Stelle des undifferenzierten Begriffs Islamismus verwendet, möglicherweise, um extremistische Bestrebungen besser und differenzierter zu erfassen und somit zu bemerken.

Das religiöse ideologische Feld der Salafisten teilt sich in Pietisten und in Aktivisten. Erstere ziehen sich aus der *jahiliyya* („Zustand der Unwissenheit“) zurück und lehnen in Stille die moderne gesellschaftliche Entwicklung ab. Die Aktivisten hingegen versuchen, gegen die bestehende „gottlose“ Gesellschaftsform zu handeln. Diese Handlungsmuster der aktivistischen Salafisten decken das gewaltfreie wie auch das Gewalt anwendende Spektrum ab. Der Salafismus galt als Grundlage für die Identitätsfrage der Muslime. Er

entwickelte sich hauptsächlich in Ägypten und ist ein Kind der Moderne.¹⁴ Hauptbestrebung der klassischen Salafis war eine friedliche Erneuerung der Gesellschaft aus eigener Kraft der Muslime heraus. Diese Konzepte der Wiederbelebung von Traditionen im Kontext von Religion können als Gegenbewegung zum europäischen Kolonialismus gesehen werden. Der Ursprung dieser Bewegung findet sich in Zentralarabien oder in Britisch-Indien und Afrika im 18. und 19. Jahrhundert. Die Strömungen, die auf Denker wie al- Whab und Deoband zurückzuführen sind, können als Beispiel dienen (vgl. Steinberg 2005, S. 17).

Die Stärke der klassischen Salafia nahm Ende der 20er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts ab. Die Auseinandersetzung um den Diskurs über die islamische Frühzeit und die Moderne verebte. Durch die ideologischen Verhärtungen der islamischen Intellektuellen und durch den Einfluss von in sich geschlossenen Ideologien wie des Nationalismus und des Sozialismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde dem Salafismus die Kraft genommen. Diese neuen „europäischen“ Ideologiekonzepte prägten die in sich zersplitterte islamische Welt stärker als die elitäre Salafia (vgl. Schulze 2003, S. 119). Die islamistischen Gruppen erkannten die Schwächen der bestehenden Konzepte ihrer Vorgänger. So entwickelten sich islamistische politische Gruppen, die ihre religiösen Werte gegen den Willen der Regierungen als Gesellschaftskonzept etablieren wollten. Dazu zählte vor allem die Muslimbruderschaft, die eine gewalttätige Vergangenheit nicht leugnen kann. Eine starke Wiederbelebung der Salafiakonzepte konnte in den 90er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts festgestellt werden. Die Abhängigkeit des Westens von Bodenschätzen wie Öl aus islamischen Ländern einerseits und die Identitätssuche der muslimischen Diaspora in Europa sowie die Auswirkungen des Bosnienkonfliktes andererseits können als Gründe für die Wiederbelebung des Salafiakonzeptes angenommen werden. Der Salafismus heutiger Prägung hat sich von den klassischen Konzepten aus der Zeit um 1920 stark entfernt (vgl. Steinberg 2005, S. 21).

¹⁴ Detaillierter wird auf den reformistischeren Salafismus, aus dem auch die Muslimbruderschaft und weitere islamistische Gruppen hervorgegangen sind, im Kapitel 2.4 Ideologische Wurzeln des Islamismus) eingegangen.

Diese moderne Salafia versucht, global die verloren gegangenen ursprünglichen Werte wiederzubeleben, weil diese in der Vergangenheit eine zivilisatorische Vorreiterrolle ermöglichten. Diese Vorreiterrolle des Muslimischen soll wieder erschaffen werden. Dabei handelt es sich um eine entterritorialisierte Bewegung, die losgelöst von jeder politischen und kulturellen Verunreinigung die einzig wahre Religion praktizieren und als Gesellschaftskonzept etablieren will (vgl. Roy 2006, S. 254).

Als Wegbereiter dieser neuen Form des Salafismus kann der Gelehrte Muhammad Nasiruddin al Din al- Albani (1914-1999) gelten. Dabei werden auch Handlungsformen aus dem siebten Jahrhundert wie Kleidungs Vorschriften, Umgang mit Frauen und Zahnputztechniken übernommen. Im Vordergrund stehen die Verbreitung des Islam und die Festigung des *tauhids*¹⁵ im Bewusstsein der Muslime, aber nicht der politische Gestaltungsanspruch (vgl. Steinberg 2005, S. 133-134).

Das Spektrum vom verkündenden Salafismus bis hin zum eindeutig als extremistisch, djihadistisch-militant einzustufenden Salafismus ist ein weites Feld, in dem die Grenzen verschwimmen. Als mögliche Abgrenzung aus der Sicht der Gewaltbereitschaft wurden für diese Arbeit die Begriffe missionarischer Salafismus, propagandistischer Salafismus und djihadistischer Salafismus gewählt. Um der Vollständigkeit Rechnung zu tragen, muss erwähnt werden, dass eine Unterteilung des Salafismus in drei Spektren keine Neuigkeit ist. Die Differenzierung des salafistischen Spektrums in verschiedene Strömungen unternahm bereits Wiktorowicz, der aber mit etwas anderen Begrifflichkeiten und Bedeutungsinhalten arbeitete. Er bezeichnet sie als puristische, politische und djihadistische Salafisten (vgl. Wiktorowicz 2006, S. 208).

Das Agieren der reformistischen Salafisten oder Neo-Salafisten, wie etwa der Vordenker Gamal ad Din al- Afgani (1838-1897) und Raschid Rida (1856-1935), unterscheidet sich stark vom Agieren der heutigen politischen Islamisten. In dieser Arbeit werden die politischen Islamisten mit ihrem politischen Handeln unter Ausnutzung der rechtstaatlichen und demokratischen Möglichkeiten von den Salafisten entkoppelt und

¹⁵ Dieser Begriff steht für die Einheit und Unteilbarkeit Allahs, selten wird dieser Begriff auch für die Einheit der Muslime verwendet.

separat betrachtet. Diese gewählte Unterscheidung ist für die Differenzierung nach dem Ausmaß der Gewaltbefürwortung nach Meinung des Autors besser geeignet. Der Versuch einer Differenzierung verschiedener Spielarten des Salafismus soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der Realität eine „unbenannte“, weitaus vielfältigere Landschaft vorherrscht, in der es unmöglich scheint, die schnellen gruppenspezifischen Entwicklungen begrifflich zu erfassen. Als Beispiel dafür dienen etwa takfiristische Strömungen innerhalb des Salafismus. Es ist schwierig, die Gewaltbereitschaft der Takfiristen zu beurteilen, da sie dazu neigen, kleine Gruppen zu gründen und sich nach außen hin extrem abzuschotten. Sie gehen davon aus, dass nur sie den wahren Islam praktizieren und bezichtigen jeden nicht zu ihrer Gruppe gehörenden als Ungläubigen. Das kann zu einer von außen unbemerkbaren Selbstradikalisierung der Gruppe führen (vgl. Steinberg 2005, S. 113).

2.3.3.3 Missionarischer Salafismus

Meist wohnt diesen Bewegungen eine puristische quietistische Lebenseinstellung inne. Ein Beispiel für diesen missionarischen Salafismus ist die Bewegung der *Tabligh-i Jama'at*. Die *Tabligh-i Jama'at* stellt im ureigensten Sinn eine unpolitische Bewegung dar, die 1927 von Mawlana Muhammad Ilyas gegründet wurde und die sich mittlerweile zu einer weltweit aktiven Massenbewegung entwickelt hat. Sie orientiert sich strikt am Urislam sowie an der Schule von Deoband und versucht im Zuge von Missionsreisen für ihre Islaminterpretationen in Form der *dawa* zu werben (vgl. Bundesministerium für Inneres Österreich 2006, S. 61). Das *dawa* Konzept beruht darauf, dass der Islam grundsätzlich jedem Muslim die Missionierung auferlegt. Es steht die Vorstellung im Mittelpunkt, dass jeder Mensch zum Islam gehören kann – man muss ihn nur darin erinnern. Der Begriff *dawa* stammt aus dem Arabischen und bedeutet so viel wie Einladung.¹⁶ Eine weitere Bedeutung, die aber ähnliches meint, ist die Einladung zum Islam mit einem guten Wort und einem guten Vorbild (vgl. Masud 2000, S. 93).

¹⁶ In der wissenschaftlichen Literatur wird der Begriff der *dawa* auch als das Verbreiten des Glaubens verstanden. Oft wird auch von *dawa*-Arbeit gesprochen.

„Es ergaben sich immer wieder Verdachtsmomente, dass sie als Abdeckung für Rekrutierungen zum Terrorismus fungiert. So wandten sich mehrere westliche Konvertiten nach ihrem Übertritt zum Islam über die *Tabligh-i Jama'at* kurz danach dem islamischen Extremismus und Terrorismus zu. Die in drei Fraktionen gespaltene Jamiat ul-Ulema-i Islam (JUI) ist als Partei im pakistanischen Parlament vertreten. Dies trifft auch für die Sipah-i Sahaba-i Pakistan (SSP) zu. Diese ist für zahlreiche Massaker an Schiiten in Pakistan verantwortlich. Nach einem Verbot in Pakistan wurde die SSP in Millat-e Islami umbenannt. Die JUI und die SSP spielten eine wichtige Rolle bei der Gründung der afghanischen Taliban, die ebenfalls zur Deobanditendenz gehören. Daraus resultieren zahlreiche Querverbindungen zu den Taliban und zur Al Qaida.“
(Bundesministerium für Inneres Österreich 2006, S. 61)

In Europa ist diese Bewegung am stärksten in Großbritannien vertreten. Dort hat sie in Dewsbury und Yorkshire seit 1978 ein Zentrum. Daraus entwickelte sich die Europazentrale der *Tablighis*. Die Organisation soll in der Nähe von Rawind in Pakistan ein weiteres Zentrum besitzen. Als deutsches Zentrum gilt Friedrichsdorf bei Frankfurt am Main (vgl. Reetz 2007, S.117-136). In österreichischen Zeitungen war im Jahr 2005 zu lesen, dass sich eine Gruppe der *Tablighis* in Linz befinden soll. Es gebe Warnungen von deutschen Verfassungsschützern, dass diese Organisation Gläubige und vor allem Konvertiten zum Dihad inspiriere (vgl. News 2005). Grundsätzlich könnte man mit einer konsequenten Missionierung durch die *Tablighis* rechnen und es ist zu erwarten, dass sich weitere Aktivitäten dieser Gruppierung in regelmäßigen Abständen in Österreich zeigen werden. Der Grund dafür könnte darin liegen, dass in den anderen Ländern diese Gruppe eher unter Beobachtung steht als in Österreich. Dieses Bild spiegelt der Vergleich von österreichischen und deutschen Verfassungsschutzberichten wider.

2.3.3.4 Propagandistischer Salafismus

Um sich dem Begriff des propagandistischen Salafismus nähern zu können, werden die Aktivitäten von Gruppen und Personen betrachtet, die eine missionarische Bestrebung an den Tag legen, die aber speziell einen Propagandaaktionismus aufweisen. Die Propagandaaktivitäten zeigen sich durch Live-Showauftritte oder Videos im Internet. Ein gutes Beispiel, wie dieser Aktionismus zu Tage tritt, ist die öffentliche Zurschaustellung

von Konvertierungen. Zu diesem gewählten Segment des propagandistischen Salafismus zählt auch der in Österreich bekannte deutsche Konvertit und Starprediger Pierre Vogel. In den letzten Jahren besuchte er unter anderen auch Städte in Österreich, bei denen er seinen Zuhörern „das wahre Islamverständnis“ vermittelte. In diesem Segment werden vor allem Internetvideos, Schulungen und Diskussionsforen angeboten. Dabei wird oft gezeigt, wie eine Person zum Islam konvertiert und diese Konvertierung gibt dem Prediger noch mehr Autorität und Anerkennung. Diese Handlung wird bei Pierre Vogel speziell in Form einer Konvertierung per Telefon gezeigt (vgl. Vogel 2007).

Als Kernpunkt dieser Lehren wird vor allem der *tauhid* (die Einheit) beschworen und diese gilt es vor allem in Europa voranzutreiben sowie zu stärken und zu festigen. Auch besuchen einige dieser Salafisten Ausbildungsstätten in Jemen, Ägypten und Pakistan. Im propagandistischen Salafismus bildet die *dawa*-Arbeit mit Hilfe von Medien wie dem Internet den Schwerpunkt der Aktivität. Dennoch entwickelten sich vereinzelte Verknüpfungen mit dem gewaltbereiten djihadistischen Salafismus. Diese propagandistischen Bestrebungen können als „Einstiegsdroge“ für Sinnsuchende dienen, die sich im Laufe der Zeit immer mehr radikalieren und ihre „neu gefundene Gläubigkeit“ teils sehr fanatisch ausleben. Bei diesen Fanatikern können sich bereits extremistische Tendenzen zeigen. Auffallend ist eine besondere Lehrer-Schülerbeziehung, die in der Welt dieser Salafisten vorherrscht. Diese Abhängigkeit zeigt sich auch dann, wenn die Schüler eine Bestätigung oder ein Empfehlungsschreiben benötigen, um islamische Bildungseinrichtungen (Koranschulen oder Sprachschulen) in Saudi Arabien oder anderen Ländern zu besuchen. Oft kommen diese Personen von diesen Schulaufenthalten indoktriniert zurück als sie fortgefahren sind und zeigen ein extremistisches Verhalten. Eine Person, die für vereinzelte Verknüpfungen des propagandistischen Salafismus mit dem islamistischen Extremismus dienen kann, ist ein in der Öffentlichkeit bekannter Prediger. Bei dieser umstrittenen Persönlichkeit handelt es sich um den in Leipzig ansässigen Imam Hassan Dabbagh, der als typischer propagandistischer Salafist auch im Fernsehen auftritt (vgl. Ramelsberger 2008, S. 111-122).

Als Imam der Leipziger Al Rahman Moschee hält Dabbagh die Integration von Muslimen für fehlgeschlagen. Der syrische Vorbeter der seit zwölf Jahren mit seiner Familie in

Deutschland lebt, vertritt die Meinung, dass die Medien ein Feindbild schüren, das sich gegen den Islam richte. Er habe hierzulande noch nie ein gutes Wort über Muslime gehört. „Die Deutschen wollen keine Integration, sie wollen, dass wir unsere Kultur abgeben.“ (Dabbagh, 2006)

„In einem vertraulichen Bericht des Landeskriminalamts werde Dabbagh zudem als ‚Kontaktperson für islamische Extremisten und djihad-bereite Kämpfer‘ bezeichnet, hieß es weiter. Den LKA-Ermittlern zufolge soll der Imam von Personen, die dem Umfeld von El Kaida zugerechnet werden, Geld überwiesen bekommen und zudem Kontakt zu Hintermännern der Attentate des 11. September 2001 gehabt haben. [...] Bereits im vergangenen Herbst hatte der sächsische Verfassungsschutz vor den so genannten Salafisten gewarnt, weil sie in ganz Deutschland vor allem jugendliche Moslems radikalieren wollten. Dabbaghs Zielgruppen waren nach damaligen Angaben des Verfassungsschutzes Muslime, Andersgläubige und Atheisten. Zwar seien ihm keine Aufrufe zur Gewalt nachzuweisen. Dennoch könne nicht ausgeschlossen werden, dass das von den Salafisten vertretene Weltbild der Nährboden für Radikalisierung und Rekrutierung sein kann.“ (Berger 2009)

In Österreich finden sich auch Personen, die diesem Spektrum des propagandistischen Salafismus angehören und ähnlich wie Dabbagh als Katalysator für extremistische Handlungen dienen oder sie auch ausführen.

2.3.3.5 Djihadistischer Salafismus

Eine weitere Variante des Islamismus ist der gewaltbreitere djihadistische Salafismus. Dieser strebt die Verwirklichung des *dar al- islam* (Haus des Islams – Gebiete in denen der Islam herrscht) durch den Kampf mit militärischen Mitteln an. Die Gewalt richtet sich gegen so genannte Ungläubige, vor allem gegen Juden und Christen (Kreuzfahrer), aber auch gegen als illegitim betrachtete politische Herrscher und Aggressoren in speziellen Ländern. Im Fall Bosniens kann diese Bestrebung, die bereits aus der Geschichte dieses Landes ersichtlich dargestellt werden. Aber auch heute noch wollen Islamisten in Europa ein Haus des Islam zu errichten (vgl. Farschid 2005, S. 23). Bei dem Begriff Djihad darf das Argument der Verteidigung nicht außer Acht gelassen werden, vor allem wenn man die

Entwicklung des Djihadismus im Kontext des Afghanistan- und Bosnienkonfliktes betrachtet. Um ein besseres Verständnis vom djihadistischen Salafismus zu erlangen, muss der Djihadbegriff auch im historischen Entwicklungskontext behandelt und hinterfragt werden.

Es ist möglicherweise kein arabisches Wort in den Köpfen der Europäer evidentener als der Begriff Djihad. Oft wird dieser Begriff mit der Bedeutung „Heiliger Krieg“ übersetzt. Der Begriff Djihad entwickelte sich in erster Linie aus dem Wort *jahada*, das soviel bedeutet wie sich bemühen oder anstrengen bzw. den Einsatz aller Kräfte bedeuten kann. Auch leitet sich der Begriff vom verwandten Verbum *gahada* ab, was soviel bedeutet wie sich für etwas einsetzen (vgl. Halm, 2001, S. 87). Dabei wird zwischen dem großen oder inneren Djihad und dem kleinen oder äußeren Djihad unterschieden. Im Islam wird der Djihad als ein grundlegendes Glaubenselement betrachtet. Er zählt jedoch nicht zu den „Fünf Säulen“ des Islams: Glaubensbekenntnis (*sahada*), Gebet (*salat*), Fasten (*saum*), Almosen (*zakat*), Pilgerfahrt (*hagg*) (vgl. Halm 2001, S. 87).

Der große Djihad bedeutet auch Kampf gegen das eigene Ego oder die Anstrengung, besonders gute Ergebnisse zu erzielen, oder auch „Kampf“ gegen die Armut. Der kleine Djihad, der durch militärische Mittel, also durch Gewalt geführt wird, stellt in seiner Urform das Verteidigungskonzept des Islams dar oder kann auch als Verteidigungslegitimation kleiner Gruppen dienen. Die Interpretationen des Djihads, die in den letzten Jahren zu Gewaltanwendungen führten, zeigen, wie diese Gewaltanwendungen durch den Missbrauch der Religion legitimiert wurden. Vor allem kleinere militante Gruppen, die den djihadistischen Salafismus als Hauptagitationsform wählen, glauben oft, dass der Islam und somit auch sie von „außen“ bedroht werden (vgl. Halm 2001, S. 87-89).

Um diese Interpretationen besser zu verstehen, wird kurz der historische Kontext zu Djihad und Verteidigung umrissen. Als die islamische Welt um die Mitte des 13. Jahrhunderts durch den Einfall der Mongolen schwer erschüttert wurde, musste vor allem auch ein Verteidigungskonzept, das auf religiöser Basis fußte, entwickelt werden. Diese religiöse Legitimation sollte die Menschen einen. Ebenso wie im Europa des Mittelalters galt auch bei den christlichen Kreuzzügen eine religiöse Legitimation, die zur Gewaltanwendung führte. Wenn man den djihadistischen Salafismus betrachtet, sieht man, dass der Koran damals wie heute kompromisslos ausgelegt wurde. Wichtig dabei ist, dass der Prophet mit

seinen Gefährten militärische Siege davontrug und die anderen arabischen (ungläubigen) Stämme unterwarf. Also wendete bereits der Religionsgründer erfolgreich Gewalt an, um seinen Glauben zu verbreiten.¹⁷ Dabei scheint es plausibel, dass Mohammed so agierte, um die Macht zu erhalten. Er trat den Ungläubigen wehrhaft entgegen oder bedrohte sie auch mit dem Tod, sei es aus religiösen Gründen oder um seinen Einfluss zu sichern. Es ist anzunehmen, dass die Religion Mohammed auch bei einer Art „Staatsgründung“ diente und als gruppenspezifisches Bindemittel funktionierte (vgl. Galgow 2001, S. 38-42).

„Der Stifter des Islam, der in Medina 622 den ersten islamisch-theokratischen Staat, die *umma islamiya* als ‚Kampfsgemeinschaft der Gläubigen‘ begründete, war zugleich Staatsoberhaupt und oberster Feldherr. [...] der Endsieg des neuen Glaubens über die Heiden, der Einzug an der Spitze des siegreichen Heeres der Muslime in Mekka, gehören zur geheiligten Tradition des Islam. So wurde der Islam von Beginn an zu einer ‚Religion des Kampfes‘ (Imam Khomeini). Der Koran verkündet den Gläubigen das Ideal, "auszuwandern auf dem Wege Allahs" (Koran, 8 Verse 73; 75; 4, Vers 91): ‚Die Gläubigen bilden mithin eine Kampfsgemeinschaft – der Krieg, um der Sache Gottes zum Triumph zu verhelfen, ist der eigentliche Zweck des ‚Auswanderns‘. Die Auswanderung, die *Hidschra*, ist bis heute das Vorbild des Kampfes für den Islam, die ‚Auswanderer‘ (*Muhadschirun*) erfüllen ein islamisches Ideal.“ (Galgow 2001, S. 41)

Daher erscheint die gewaltsame Interpretation der Worte des Propheten durch die djihadistischen Salafisten plausibel. Denn gemäß ihrer geistigen Haltung führte diese Gewaltanwendung durch den Propheten Mohammed zur damaligen Zeit zu einer prosperierenden und expandierenden Gesellschaftsform. Ein weiterer historischer Kontext, der für die Djihadideologie relevant ist, zeigt sich im Verteidigungsanspruch der *umma*. Um das muslimische Gebiet gegen Eindringlinge und Feinde zu schützen, muss es auch verteidigt werden.

Manche Muslime glauben, dass der Islam ständig bedroht wurde und wird, egal, ob es die Bedrohung durch die Geschehnisse in der Kolonialzeit war oder durch die Ereignisse nach

¹⁷ Das bedeutet nicht, dass der Autor der Meinung ist, dass der Islam gewalttätig ist.

dem 11. September 2001. So ist man aus der Sicht der djihadistischen Salafisten der Meinung, dass die islamische Welt ständig ökonomisch, kulturell und militärisch vom Westen angegriffen wird und man sich dagegen verteidigen muss. Dabei wirkt ein gemeinsames Feindbild und das daraus resultierende Engagement der Djihadisten für eine unterdrückte und ungerecht behandelte Gemeinschaft extrem identitätsstiftend.

Bei der Identitätssuche darf auch der Wunsch des „Heilfindens“ nicht unbeachtet bleiben. Dabei bedeutet der Djihad für einzelne Muslime, die sich sozusagen auf dem „Weg Allahs“ befinden, die Möglichkeit, Allah zu gefallen. Somit erreicht der Djihadist alles, was ein Mensch jemals im Jenseitigen erreichen kann. Durch dieses Verheißen eines eschatologischen Gewinnes rückt die Gewaltanwendung gegen die Ungläubigen in das Bewusstsein des Einzelnen. Im islamischen Sinn gilt der Djihad als verdienstvolles Werk, für das der Lohn im Jenseits erwartet wird. Dieser Lohn ist die Vergebung der Sünden und der gesicherte Zutritt zum Paradies (vgl. Galgow 2001, S. 53). Galgow exzerpierte dazu folgende Textstellen aus dem Koran, die für diese Argumentation als Untermauerung betrachtet werden können:

„Dazu heißt es im Koran 9, Verse 20-21: ‚Diejenigen, die geglaubt haben und ausgewandert sind und unter Einsatz ihrer Güter und ihres Lebens für die Sache Gottes gekämpft haben, nehmen vor Gott die höchste Stufe ein, sie sind die Glückseligen. Ihr Herr verkündet ihnen Barmherzigkeit seinerseits und Wohlgefallen, und die Gärten sind ihrer, in denen beständige Wonne herrscht.‘ Und 4, 76: ‚Für Gottes Sache sollen kämpfen Diejenigen, die das diesseitige für das jenseitige Leben verkaufen wollen; und wer für die Sache Gottes kämpft, falle er oder siege er, dem werden wir gewaltigen Lohn geben.‘ Der höchste Lohn wird also auch Demjenigen zugesagt, der den Dschihad siegreich besteht und nicht im Kampfe fällt. Derjenige Muslim, der allerdings im Djihad das Leben verliert, wird Glaubenszeuge, Märtyrer (arab. *schahid*), d. h. Nutznießer der höchsten Lohnstufe im Jenseits überhaupt. Der Tod im Djihad garantiert den Gläubigen den unmittelbaren Zugang zum Paradies ohne Grabespein und Jüngstes Gericht. Der normale Gläubige, der diszipliniert und sorgsam die Riten (die fünf Grundpflichten des Islam) erfüllt, hat im Gegensatz zum Märtyrer keineswegs die absolut sichere Gewissheit, das Jüngste Gericht erfolgreich zu bestehen. Daraus

ergibt sich bereits der hohe religiöse Stellenwert des Dihad. Die Belohnung für die Teilnahme bedeutet naturgemäß einen hohen Anreiz für den Glaubenskämpfer (*Mudschahed*).“ (Galgow 2001, S. 53)

Im Fall der fanatischen Auslegung des Dihadbegriffes, wie dies auch die Taliban in Afghanistan oder islamistische Terroristen tun, scheint die Koransure 9, Vers 5 die Legitimierung für ihr Handeln zu sein.

„Sind aber die heiligen Monate, in welchen jeder Kampf verboten ist, verflossen, dann tötet die Götzendiener, wo ihr sie auch finden mögt; [...] Bereuen (bekehren) sie sich dann, laßt sie frei ausgehen; denn Allah ist verzeihend und barmherzig.“ (Der Koran, Sure 9, Vers 5)

Der große „Erfolg“ des Dihad zeigte sich im Kampf der muslimischen Kämpfer in Afghanistan. Die UdSSR war damals der große Feind, der 1979 „heiligen Boden“ betrat. Kein anderer Konflikt war so ausschlaggebend für den Terrorismus von extremistisch islamistischen Gruppen. Von überall aus der islamischen Welt strömten die Mudjahedin nach Afghanistan, um für ihre islamischen Brüder auch mittels terroristischer Taktiken zu kämpfen. Zentralfiguren für die Koordination waren Abd Allah Azzam und Osama bin Ladin. Erst gegen 1995 gewann die Bewegung der Taliban in Afghanistan an Bedeutung. Auch galten die Texte von Abdussalam Farq, der den Dihad als vergessene Pflicht und wie andere Denker auch als 6. Säule des Islams sah, als wegweisend für den djihadistischen Salafismus unserer Zeit. Islamistische Subkulturen, die auch in Europa zu finden sind, können sich bis hin zur Gewaltanwendung für ihre Ideologie einsetzen. Sie stärken, je fanatischer sie sind, die Basis der Mudjahedin-Netzwerke (vgl. Steinberg 2005, S. 31-48).

„Die Ausübung des Jihad, der über die Lebenszeit des Einzelnen hinaus sinnstiftend wirkt, stellt für Anhänger der „Mujahidin-Netzwerke“ den vorrangigen Daseinsgrund dar und bestimmt in erheblichem Maße ihre Islamität (ihr „Islamisch-Sein“). Hierzu gehört vor allem die von prominenten Jihad-Apologeten wie Abd Allah Azzam (1941 - 1989) bereits in den 80er-Jahren vertretene Auffassung, dass die vermeintliche Pflicht zum Jihad höherwertiger sei als die Pflicht zum täglichen Gebet. Diese neue Form des Islamismus kommt

darüber hinaus in dem Anspruch zum Ausdruck, ‚den Islam‘ zu verwirklichen. Insofern verstehen Jihadisten sich ausdrücklich als Exekutive eines vermeintlichen ‚islamischen Willens‘, den sie wiederum selbst existenziell verkörpern.“ (Farschid 2005, S. 22)

Abd Allah Azzam bediente sich insbesondere des Konzepts der Avantgarde. Dieses Avantgardekonzept diente bereits anderen politischen Ideologien, aus denen eine Gewaltanwendung resultierte, als Basis. Er beschreibt die Notwendigkeit dieser Avantgarde damit, dass jedes Prinzip seine Vorhut braucht, die schwierige Aufgaben löst und die eigene Ideologie vorantreibt. Diese Vorhut bildet ein Fundament oder eine Basis (*al- qaeda al- sul bah*) für eine Gesellschaft, auf die die Gläubigen sehnsüchtig warten. Diese Auffassungen und auch die von Sayyid Qutb bilden das Grundgerüst für die Gewaltanwendung. Wer in Grundzügen diese Ideologie versteht, kann sich vorstellen, was Menschen dazu bewegt, Gewalt mit den Rechtfertigungen islamistischer Prägung anzuwenden (vgl. Dietl 2006, S. 134).

Ein weiteres Argument, den Djihad gewaltsam zu führen, stellt eine islamistische Interpretation der Weltaufteilung dar. Die Einteilung der Welt in Gebiete, die islamisch geprägt sind, und in solche, die noch islamisch geprägt werden müssen, ist eine Schwarz-Weiß-Malerei von Islamisten. In dieser Vorstellung fristen die „Ungläubigen“ nur als *dhimis*, also als Unterworfenen oder, angenehmer formuliert, als Schutzbefohlene, eine Daseinsberechtigung mit ungleichen Rechten gegenüber den Muslimen.¹⁸ Das Haus des Islam bezeichnet ein Gebiet, in dem die Muslime ihren Gottesstaat errichten konnten. Das Haus des Krieges bezeichnet das Gebiet, in dem die Ungläubigen in ihrer gottlosen Gesellschaftsform leben. Der Frieden mit dem Haus des Krieges kann nur ein kurzfristiger Zustand sein. Der Krieg ist nach diesen Ansichten bis zum vollständigen Sieg des Islam permanent zu führen und notwendig. Dieser Art von religiösen Kriegsgründen wohnt neben den islamistischen Aspekten auch ein untrennbar miteinander verwobenes

¹⁸ Näheres zu dem Begriff *dhimis* kann bei Binswanger Karl (1997): *Untersuchungen zum Status der Nichtmuslime im Osmanischen Reich des 16. Jahrhunderts mit einer Neudefinition des Begriffes "Dimma"*, Univ. München, Dissertation, nachgelesen werden.

geschichtliches und machtpolitisches Moment inne, das bei den Eroberungszügen des Osmanischen Reiches zutage trat (Anderson 1979, S. 10-520).

Nach den Auffassungen der djihadistischen Salafisten bedeutet es somit, dass der Dihad nur ein „gerechter Krieg“ sein kann. Ziel ist die Verwirklichung des idealen Endzustandes für die beste Gemeinschaft Allahs auf Erden. Nur diese Gemeinschaft hat zu gebieten, was Recht ist. So ist ein Frieden nur unter der Universalherrschaft des Islams möglich und nur dann, wenn die Durchsetzung der absoluten Souveränität Allahs auf Erden erreicht ist (vgl. Galgow 2001, S. 48). Die Aussage des Mörders von Theo van Gogh zeigt, welche Bedeutung der Begriff Salafismus für die Gewaltbereitschaft unter speziellen Umständen haben kann. Der Mörder bezeichnete sich selbst als Salafist und rechtfertigte damit den Mord an dem niederländischen Künstler (vgl. Primor 2008, S. 36).

Trotz aller Legitimationen und Begründungen für den ständigen Krieg gegen die Ungläubigen können auch Lösungen gefunden werden, die ebenso religiös fundiert sind und eine friedliche Lösung beinhalten. So gibt es neben den Konzepten „spezieller islamischer“ Auffassung, in der die Welt in zwei Gebiete, in das *dar al- Islam* (Haus des Islam). und in das *dar al- harb* (Haus des Krieges), eingeteilt wird, noch ein weiteres Konzept. Wie Kompromisse möglich sind, zeigt die geschichtliche Entwicklung. Im Zuge der Kriege der Osmanen gegen das Habsburgerreich wurden Koalitionen der Osmanen mit den Franzosen geschlossen. Dabei mussten Wege gefunden werden, wie man auf dem islamischen Recht basierend begründet, dass diese Kooperation mit Christen erlaubt ist. So entwickelten einige *ulama* (Gelehrte oder präziser die *al- fuqaha* die Rechtsgelehrten) das Konzept des *dar al- had*. Dabei entstand eine Definition, die ein Gebiet beschrieb, in dem die Muslime ohne Behinderung ihren Glauben leben konnten, obwohl sie nicht die dominierende Religionsgewalt innehatten (vgl. Heine 2004, S. 25).

Das wäre ein durchaus versöhnliches Angebot, das den Frieden sichern könnte und ein gutes Argument gegen djihadistische Bestrebungen in der EU darstellt.¹⁹

¹⁹ Inwieweit dieses Haus der Übereinkunft oder des Kompromisses (*dar al- ahad*) nur kurzfristig oder wie auch beschrieben nur vorübergehend bestehen darf, sollte in erster Linie von islamischen Gelehrten diskutiert werden. Man sollte dazu einen innerislamischen Diskurs anregen ohne Einmischung von außen. Nur so kann

2.4 Ideologische Wurzeln des Islamismus

Die Anschläge von Madrid und London zeigen einen Modus Operandi von gewaltbereiten Islamisten, der Europa die nächsten Jahre beschäftigen könnte. Die Gemeinsamkeit bzw. Basis dieser Akteure ist eine islamistische extremistische Ideologie (vgl. Blume 2006, S. 4). Oft werden die Gewalttäter in ihren europäischen Wohnorten indoktriniert, die stärkste Beeinflussung findet aber bei Besuchen in den jeweiligen Herkunftsländern dieser Personen statt. Deshalb ist es an dieser Stelle der Arbeit wichtig, das Phänomen des Islamismus anhand von Ideologen in den Herkunftsregionen zu beschreiben. Dabei wird speziell auf die Entwicklung unterschiedlicher Spielarten des Islamismus eingegangen, um die ideologischen Aspekte einzelner Gruppen besser zu verstehen. Die Betrachtung verschiedener Rechtsschulen, die sich in den vergangenen Jahrhunderten bildeten und je nach geographischer Region heute noch vorherrschend sind, zeigt, wie vielfältig der Islam als Religion ausgelegt werden kann.

Vorweg sollen die Rechtsschulen der Sunniten betrachtet werden. Rechtsschulen (*mezhep* oder *madhhab*) sind eine heute noch existierende Form der Rechtsauslegung im sunnitischen Islam, die sich im 8. Jahrhundert aus lokalen Juristenkreisen heraus entwickelte und als *madhhab* bezeichnet wurde. Das bedeutet so viel wie „den Weg nehmen“ und bezieht sich auf die Aussagen von muslimischen Rechtsgelehrten hinsichtlich der Auslegung der religiösen Quellen (Koran und *sunna*). Im sunnitischen Islam gibt es heute vier Rechtsschulen, die hanafitische, malikitische, schafiitische und hanbalitische, die nach ihren Vordenkern benannt sind. Das Osmanische Reich favorisierte die hanafitische Rechtsschule, weshalb die meisten Türken zu den Hanafiten gezählt werden können. In Europa dominieren die hanafitische und die schafiitische Rechtsschule. Anhänger der hanbalitischen Rechtsschule finden sich mehrheitlich in Saudi Arabien (vgl. Halm 2001, S. 42-45). Die hanafitische Rechtsschule wurde nach den Grundsätzen des Abu Hanifa, der bis zum Jahr 767 in Bagdad wirkte, etabliert. Nach seinem Enkelschüler Malik Sahnun (767-854) wurde die malikitische Rechtsschule benannt. Sie ist vorwiegend in Tunesien und in weiteren nordafrikanischen Ländern sowie im heutigen Westafrika

ohne ein Gefühl der Bedrohung agiert werden und eine moderne Lösung für ein plurales Europa von den MuslimInnen selbst erzielt werden.

verbreitet. Damals wurde diese Ausprägung des Islams auch in Spanien des Mittelalters (*al- Andalus*) gelehrt. Muhammad Ibn Idris as Shafi gilt als weiterer Begründer einer Rechtsschule. Er war in Medina ein Schüler von Malik. As Shafi stammte aus Palästina und entwickelte die schafitische Rechtsschule (vgl. Halm 2001, S.42-45). Er entwickelte Analogieschlüsse aus der bereits geltenden Rechtsordnung, um eine neue Auslegung zu erhalten und dadurch Fragen zu klären. Weiters strebte er einen Gesamtkonsens der islamischen Gemeinde (der *umma*) an. Seine Lehren verbreiteten sich über Ägypten und Syrien. Heute ist diese Rechtsschule in Ostafrika und in Indien sowie im indonesischen Raum verbreitet. Als weitere Rechtsschule etablierte sich die Ausprägung des Gelehrten Ahmad Ibn Hanbal (gestorben 885). Er entwickelte die hanbalitische Rechtsschule, die sich auf der arabischen Halbinsel verbreitete. Diese Rechtsschule diente der wahhabitischen Bewegung im 18. Jahrhundert, die sich in der saudischen Monarchie verbreitete, als Basis. Obwohl all diese Rechtsschulen unterschiedlichen Auslegungen des sunnitischen Islam folgen, anerkennen und respektieren sich die vier Rechtsschulen untereinander (vgl. Halm 2001, S. 42-45).

Viele Islamisten lehnen aber die Unterteilung in Rechtsschulen ab und erkennen nur einen Islam mit einer Auslegung an. Um den Islamismus in Europa besser zu verstehen und die islamistischen Tendenzen differenzierter erfassen zu können, werden an dieser Stelle der Arbeit die wichtigsten Ideologen behandelt. Diese Ideologen wirkten in der Entstehungsphase des Islamismus im 18., 19. und 20. Jahrhundert. Für diese Arbeit am wichtigsten erscheinen die Ideologen Ibn Abd al- Wahhab, Gamal ad Din al- Afgani, Raschid Rida, Sayyid Qutb und Taqi ad- Din an- Nabhani. Diese Ideologen entwickelten ihre Anschauungen in der Zeit des aufkeimenden Nationalismus und fanden auch durch die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegenüber dem Kolonialismus vermehrt Zuspruch.

2.4.1 Ibn Abd al- Wahhab

Al- Wahhab lebte von 1703 bis 1792 als Sohn eines Juristen und Theologen und studierte in Mekka und Medina. Al- Wahhab wandte sich ausschließlich der strengen hanbalitischen Rechtsschule zu. Er wollte den Islam auf seine reine Urform zurückführen. Seine Ideen wurden in der Bevölkerung vor allem von den Machteliten angenommen und führten zu einem strengen Puritanismus, der eine Anpassung an die gegenwärtigen modernen

Verhältnisse ablehnte (vgl. Küng 2004, S. 531). Eines der entscheidendsten Ereignisse für die Ideologie von al- Wahhab und diese Ausprägung des Islamismus war die Verbindung von al- Wahhab mit dem Stammesoberhaupt Muhammad Ibn Saud. Auf der Basis dieser stammesübergreifenden Religionsauslegung die zur Ideologie wurde, gelang es der Familie Saud, einen Großteil der arabischen Halbinsel zu unterwerfen. So wurde die Restaurationsbewegung, der Wahhabismus, geboren, der vor allem heute durch den Erdölhunger der Welt und mit Hilfe von zielgerichteten Spenden großen Einfluss auf die islamistischen Strömungen hat (vgl. Küng 2004, S. 532).

2.4.2 Gamal ad Din al- Afgani

Al- Afgani lebte in Ägypten, das von den Europäern im 19. Jahrhundert kolonialisiert wurde. Ägypten suchte ebenso wie die europäischen Länder seinen Weg in die Moderne, wobei sich die Bevölkerung eine Partizipation an der Moderne erhoffte. Auch schon zu dieser Zeit stellten sich die Europäer ähnliche Fragen über die „islamische Identität“, wie wir sie uns heute im Hinblick auf den islamistischen Terrorismus stellen. So monierte schon der Philosoph Ernest Renan (1823–1892), dass der Islam daran schuld sei, dass die Muslime keinen Fortschrittsbegriff entwickeln konnten, und fand mit dieser Begründung eine sehr arrogante eurozentristische Erklärung (vgl. Schulze 2003, S. 31-32). Dies zeigt, dass die islamische Welt von vielen Europäern als eine zurückgebliebene Kultur ohne Maschinenwesen herabgestuft wurde. Mit dieser „westlichen“ Anklage konfrontiert, dass der fundamentalistische Islam eine gleichberechtigte Teilhabe der Muslime an der Moderne verhindere, begannen die Intellektuellen aus der islamischen Welt ihre Partizipation an der Moderne und somit ihre Identität neu zu definieren. Einer der ersten, der diese Identitätssuche unternahm, war Gamal ad Din al- Afgani. Er vertrat die Meinung, dass ein Verderbnis der „Schwachheit“ über die islamische Welt gekommen war, weil man den reinen und ursprünglichen Islam mit allerlei Fremdem verwässert und verdünnt habe (vgl. Schulze 2003, S. 31-32). Seine Herkunft und sein Geburtsdatum sind bis dato noch nicht ausreichend geklärt. So wird vermutet, er sei Afghane, eventuell Perser. Er setzte sich, um eine Einheit der *umma* zu erreichen, über einige ideologische Spaltungen hinweg. Deshalb behaupten einige, dass er auch als Initiator der panislamischen Bewegung gelten kann (vgl. Ramadan 2002, S. 51).

Al- Afgani verfolgte die politischen Gegebenheiten genau und war auch über den Zuwachs der Einflussnahme der kolonialen Großmächte in der islamischen Welt besorgt. Als eines der wichtigsten Anzeichen für diese Einflussnahme bestimmte al- Afgani den Verlust der religiösen Hingabe bei den Muslimen. Nur wenn die Muslime zu den richtigen Werten zurückkehren würden, könnten sie sich gegen die europäische Fremdherrschaft zur Wehr setzen (vgl. Sonnleitner 2004, S. 19). Somit wurde vor allem durch al- Afgani definiert, dass der Weg in die Moderne nur über die Religion zu finden sei. Zur Umsetzung seines Vorschlages musste al- Afgani auch politisches Engagement zeigen. Zu seinen Schülern zählte Muhammad Abduh. Die von seinen Schülern getragene Ideologie führte einige Jahre später zu revolutionären, gewalttätigen Auseinandersetzungen. 1879 musste al- Afgani auf Befehl der britischen Verwaltung Ägypten verlassen. Von Paris aus wurde ab 1883 von al- Afgani und Abduh eine arabische Zeitung herausgegeben, die den Namen *Das stärkste Band* trug. Auch gründete al- Afgani eine geheime Verbindung, die denselben Namen trug und es sich zum Ziel setzte, islamische Reformdenker in den islamischen Ländern und Europa zu vereinigen. Es wurde ihm immer wieder vorgeworfen, die religiösen Werte des Islams für politische Machtkämpfe zu missbrauchen. Der Einfluss von al- Afgani auf den Salafismus oder auf den Islamismus allgemein sollte nicht überhöht werden, dennoch wurden seine Ideen von Muhammad Abduh, und dem damaligen Hauptakteur der Muslimbruderschaft Hassan al- Banna weiter getragen (vgl. Sonnleitner 2004, S. 21).

2.4.3 Raschid Rida

Raschid Rida (1865-1935) gründete die Zeitschrift *al- manara* (der Leuchtturm), die unter der Ägide des Mitbegründers der Muslimbruderschaft Hassan al- Banna nach dem Tod von Rida weitergeführt wurde. Wie den zuvor beschriebenen Ideologen waren ihm die Kolonialmächte ein Dorn im Auge. Er setzte moderne Mittel ein, um die muslimische Bevölkerung mit seinen Ideen zu erreichen. Eines dieser Mittel war die Errichtung einer Art Zentrum bzw. eines Propagandazentrums, das mittels Funk und Presse seine Ideologie verbreitet hat (vgl. Sonnleitner 2004, S24). Bezeichnend für die salafistische Grundhaltung von Rida war, dass er sich für die Wiedererrichtung des Kalifats einsetzte. Er wollte dezidiert eine politische Partei gründen, um die Situation in seiner Heimat zu beeinflussen. Doch die Gründung einer Partei konnte erst durch seinen Schüler Hassan al- Banna

gelingen. Mit der Muslimbruderschaft entstand um 1928 eine Organisation, die heute noch ein politisches Gewicht im ägyptischen Parlament darstellt (vgl. Küng 2004, S. 539). Rida war es zu verdanken, dass sich die ägyptische Salafia mit der saudischen *wahhabiya*, die bereits durch das Haus Saud zur Staatsreligion erhoben war, verband. Das bedeutete zwar nicht die vollständige Verschmelzung der einzelnen Auslegungen, aber dem saudischen Herrscher Ibn Saud kam die Unterstützung durch die Salafia in der arabischen Einflussphäre sehr gelegen (vgl. Schulze 2003, S. 96-97).

2.4.4 Sayyid Qutb

Sayyid Qutb Ibrahim Husain Shadhili wurde im September 1906 in Musha bei Assiut in Mittelägypten geboren und starb 1966. Qutb studierte an der Pädagogischen Hochschule in Kairo und erhielt 1933 das Lehrerdiplom. Er arbeitete als Lehrer sowie als Journalist und als Autor. Im Jahr 1951 wandte er sich nach einem längeren Aufenthalt in den USA der Muslimbruderschaft zu. Bereits 1952 wurde er Mitglied im Führungsbüro und Leiter der Propagandaabteilung (vgl. Hein 1997, S. 34). Im Zuge der Aufklärung des Attentats auf Gamal Abdel Nasser im Oktober 1954 wurde *Qutb* nach einem manipulierten Prozess am 13. Juli 1955 zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Seine Strafe, die er erst im Arbeitslager von Tura, dann im angeschlossenen Gefängnis Krankenhaus verbrachte, erlaubten es Qutb seinen „ideologischen Beitrag“ *Fi Zilal al Quran* (Im Schatten des Koran) und andere Werke zu schreiben und sie sogar in Kairo zu veröffentlichen (vgl. Kepel 2004, S. 42). Qutbs bekanntestes Werk *Zeichen auf dem Weg* oder *Wegzeichen*, (in englischer Sprache mit dem Titel *Milestones*) das in späteren Jahren unter anderen auch in die Sprachen Englisch, Türkisch, Urdu, Malaysisch und Persisch übersetzt wurde, ist heute eines der bedeutendsten Werke islamistischer Bewegungen.

Laut Qutb gibt es keine islamische Gesellschaft mehr, und es wäre vergebens in einer Welt nach den Spuren des Islam zu suchen, die den wahren Glauben längst verworfen hat. Die Welt ist nur noch *jahiliyya*. Als *jahiliyya* wird das Stadium der Unwissenheit vor dem Wirken des Propheten Mohammeds bezeichnet. Laut Qutb muss der wahrhafte Muslim deswegen erkennen, dass er als Konsequenz die in der *jahiliyya* lebende Gesellschaft verachten muss und mit ihr zu brechen hat. Eine Veränderung in der Gesellschaft kann laut Qutb nur durch eine starke Bewegung bewirkt werden. Qutbs Argumentationen waren

teilweise auch traditionalistisch, dennoch waren seine Positionen keineswegs nur rückwärtsgewandt. Er hob auch seine Befürwortung des materiellen Fortschritts hervor (vgl. Heine 2004, S. 99-104). Qutb kann durchaus als der Vordenker einer Vereinigung der islamischen Welt, aber auch als „Inspirator“ für den militanten Islamismus bezeichnet werden. Sein Werk *Wegzeichen* wurde zwar in Ägypten verboten, ist aber in Europa in jeder besser sortierten Moscheebibliothek erhältlich (vgl. Lachman 2004, S. 85). Im Jahr 1966 wird Qutb von der ägyptischen Regierung hingerichtet, wodurch er für manche zum Märtyrer wurde (vgl. Mubarak 1998, S. 8-21). Qutbs radikaler Weg besagte, dass man sich in die Wüste zurück ziehen sollte, um eine Art Gegengesellschaft zu erwirken. Das schließt eine geistige Zurückhaltung bzw. Distanzierung mit ein (vgl. Kepel 2004, S. 43). In den 70er-Jahren waren in Kairo und in Mittelägypten kleine islamistische Gruppen aktiv, die sich auf Sayyid Qutbs *jahiliyya*-Konzept beriefen. Diese Gruppen („Qutbtisten“) bestanden vorwiegend aus Studenten und wollten das Regime in Ägypten, das ihrer Ansicht nach absolut der *Jahiliyya* entsprach, auch mit Waffengewalt vertreiben (vgl. Bergmann 1998, S. 32-33).

2.4.5 Taqi ad-Din an- Nabhani

Die Ideologie von an- Nabhani ist im Kontext dieser Arbeit von Bedeutung, weil sie als Beispiel dient, warum man den Islamismus als Überbegriff für salafistische und politische Bestrebungen verwenden kann. So zeigt sich bei an-Nabhani eine gut ausgeprägte politische Komponente, die den reinen Salafi-Konzepten eher fremd ist. An- Nabhani lebte von 1909 bis 1977 und gründete 1952 die *Hizb ut-Tahrir*, was so viel bedeutet wie Islamische Befreiungspartei (vgl. Schulze 2003, S. 179). Das zeigt genau, dass diese Organisation nicht als Bruderschaft oder religiöse-intellektueller Zirkel gegründet wurde, um die Verhältnisse zu verändern, sondern explizit als Partei. An- Nabhani studierte Rechtswissenschaften an der Azhar-Universität, wo er sich auch der Muslimbruderschaft angeschlossen hatte.

„Auch kam er mit der Muslimbruderschaft zusammen und diskutierte mit Sayyid Qutb Wege aus der Krise der Muslime nach der Zerstörung des Kalifats. Taqiyy-ud-Din An-Nabhani war pausenlos damit beschäftigt, sich an politischen Diskussionsrunden und islamischen Lehrkreisen zu beteiligen, wie

seine einstigen Studienfreunde von al- Azhar später berichteten. Sie alle waren Zeugen von zahlreichen politischen Diskussionen, in denen Taqiyy-ud-Din die desolate Lage im Osmanischen Staat kritisierte und sie für den politischen und intellektuellen Niedergang der Muslime und des Kalifats verantwortlich machte. Er wendete sich auch an die Gelehrten von al- Azhar und forderte sie auf, ihre teilnahmslose Haltung gegenüber der Umma aufzugeben und sich auf die beste Art und Weise für die Angelegenheiten der Umma und eine Wiederbelebung des Islam einzusetzen.“ (Islam-projekte 2009)

Er war bereits aus der Muslimbruderschaft ausgetreten, als er die *Hizb ut-Tahrir* gründete. Er kritisierte die Muslimbruderschaft als zu nationalistisch und borniert und forderte im Gegensatz zur damaligen Muslimbruderschaft eine vollkommenere Ideologie. Diese neue Ideologie sollte als Grundlage für ein Gesellschafts- und Rechtssystem eines islamischen Staates dienen, der weite Gebiete der Welt einschließen sollte und als Kalifat strukturiert wäre. Er betonte, dass alle anderen Ideologien überflüssig wären, weil der Islam diese in sich aufgenommen hätte (vgl. Schulze 2003, S. 179). Es gelang an- Nabhani, genügend Mitstreiter für seine politische Bewegung zu finden. Im Milieu der Studenten begriffen viele sein islamrechtlich definiertes verpflichtendes Erfordernis, eine Partei zu gründen. Die Wiederaufnahme der islamischen Lebensweise und dadurch eine Vereinigung der *umma* in einem einheitlichen Staat war das Ziel. Denn nur durch die vollständige Anwendung der islamischen Gesetze können die Probleme der *umma* gelöst werden. Anschließend können die geeinten Muslime zur weltweiten *dawa* weiterschreiten (vgl. Islam-projekte 2009).

An- Nabhani legt in seiner Schrift *Nafahim Hizb ut-Tahrir (Konzeptionen der Hizb ut-Tahrir)* klar dar, dass die *dawa* im Zweifel auch mit Gewalt zu verbreiten ist. An dieser Stelle der Arbeit ist es für das Verständnis hinsichtlich einer subtilen Gewaltbefürwortung dieser Gruppe wertvoll, einen Teil des Textes von An- Nabhani anzuführen:

„Die Muslime insbesondere die Gebildeten unter ihnen, nahmen einen Standpunkt ein, der schwach war gegen die Anschuldigungen des Westens. So nahmen sie es hin, dass der Islam an den Pranger gestellt wurde, und begannen ihn dadurch zu verteidigen, indem sie ihn umzuinterpretieren versuchten. Beispielsweise legten sie den Dihad so aus, als ob es sich bei diesem um einen

bloßen Verteidigungskrieg handeln würde und keinesfalls um einen Angriffskrieg. Sie widersprachen damit der Wahrheit des Djihad. Denn der Djihad ist ein Krieg gegen alle, die der Da'wa für den Islam im Wege stehen, unabhängig davon, ob diejenigen den Islam angreifen oder sich passiv gegenüber diesem verhalten. Mit anderen Worten der Djihad stellt die Beseitigung aller Hindernisse dar, die sich der islamischen Da'wa entgegenstellen.“ (An- Nabhani 1953, S. 14-15)

Der Verfassungsschutz in Deutschland geht davon aus, dass die Zentrale der *Hizb ut-Tahrir* derzeit in London beheimatet ist. Die Anhänger verhalten sich streng konspirativ. Mitglieder werden bevorzugt unter Studierenden geworben. Der Djihad nimmt in der Rhetorik der Partei einen bedeutenden Stellenwert ein, jedoch wird oft argumentiert, dass ein umfassender Djihad vor der Wiedereinführung des Kalifats als nicht sinnvoll gilt (vgl. Innenministerium Nordrhein-Westfalen 2002, S. 56). Selbst das ehemalige *Hizb ut-Tahrir*-Mitglied Ed Husain beschreibt in seinem Buch, wie er durch diese Organisation zum Extremisten wurde. Er zeigt, wie das antisemitische, faschistische Agitieren dieser Gruppe die Mitglieder zu einem Hass auf alles Westliche treibt. Einer der bedeutendsten Angehörigen der *Hizb ut-Tahrir* war Omar Bakri, der bis 2005 in London wirkte. Danach wurde ihm die Einreise nach England verweigert. Ed Husain selbst hörte viele Reden Bakris, deren Inhalt er in seinem Buch teilweise wiedergibt (vgl. Husain 2007, S. 110).

“At one stage Omar Bakri was delivering as many as twenty-nine lectures a week, both in private and in public. While the British state fed Omar, he sowed the seeds of terror in British Muslim minds. [...] Long before the War on Terror the Hizb openly declared ideological war.” (Husain 2007, S. 100-111)

Wie sich die Ideologie dieser Gruppierung in Österreich darstellt und welche Bedeutung sie für den Islamismus hat, wird im Kapitel 3.1.3 genauer behandelt.

2.4.6 Necmetin Erbakan

Necmettin Erbakan gilt als einer der bedeutendsten Ideologen für den türkisch geprägten Islamismus. Er wurde am 29. Oktober 1926 in Sinop in der Türkei geboren. Er war auf Grund seines politischen Engagements und seiner islamistischen Ausrichtung stets

umstritten, dennoch gelang es ihm in verschiedenen Regierungskonstellationen mehrfach stellvertretender Ministerpräsident der Türkei zu werden. Vom 28. Juni 1996 bis 20. Juni 1997 amtierte er kurz als Ministerpräsident der Türkei. Neben seiner technischen Ausbildung in Deutschland und seiner Tätigkeit als Spezialist für Motoren entwickelte er auch Theorien für ein islamisches Staatsgebilde und für eine islamische Gesellschaftsordnung (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 28. 10. 2006, S. 5).

Erbakan sieht den Islam als einzige Lösung für alle Probleme der Menschheit. Der Islam ist somit für Erbakan die einzige Rettungsmöglichkeit der Menschen und aus diesem Gedankenmuster entwickelte er seine ideologischen Konzepte. Auf ihn lassen sich die ideologischen Schlüsselbegriffe wie *Milli Görüş* (Nationale Sicht oder auch Nationale Weltsicht) und die von ihm entwickelte *adil düzen* (Gerechte Ordnung) zurückführen. Mit diesen ideologischen Ansätzen wünscht sich Erbakan alle Türken unter einem Dach aus türkischem Nationalismus und Islamismus vereinigt. Erbakan greift das europäische westliche Demokratieverständnis an und sieht es als nichtige Ordnung, die es zu bekämpfen gilt (vgl. Innenministerium des Landes Berlin 2006, S. 238).

Immer wieder beruft er sich auf antisemitische Verschwörungstheorien. Dabei behauptet er, dass die westlichen Demokratien von einem rassistischen Imperialismus getrieben sind, hinter dem der jüdische Zionismus steht (vgl. Islaminstitut 2006). Die erste islamistische Partei (MNP) der Türkei gilt als Kind Erbakans. Diese Partei setzte sich aus Händlern und Kleinproduzenten sowie aus Beamten und Religionsgelehrten zusammen. Diese Partei galt als Vertreterin der ökonomisch vernachlässigten Gebiete von Zentral- und Ostanatolien. Noch bedeutender für die Ideologeme dieser Weltanschauung war, dass diese Partei sich als Hüterin der konservativen traditionellen islamischen Moralvorstellungen fühlte (vgl. Seufert 2002, S. 9).

Erbakans politischer Werdegang war nicht immer von Erfolg gekrönt, er wurde inhaftiert und seine Parteien, die er fünfmal neu gründete, wurden verboten, daher folgten ständige Umbenennungen. Aus der MNP (*Mili Nizam Partisi*) wurde die MSP (*Mili Selamet Partisi*). Nach einem Militärputsch und einem zehnjährigen Politikverbot, das gegen ihn verhängt wurde, schaffte er es, den Vorsitz der RP (*Refa Partisi*) für sich zu beanspruchen. Aus dieser RP wurde die FP (*Fazilet Partisi*) gegründet, daraus ging die SP (*Saadet Partisi*) hervor. Von dieser SP spaltete der jetzige Ministerpräsident Erdogan im Jahr 2001

die AKP (*Adalet ve Kalkınma Partisi*) ab (vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen 2006). Die erstmalige Gründung einer Partei, die für den politischen Islamismus steht, läutete eine neue Zeit in der türkischen Parteienlandschaft ein. Die Partei Erbakans setzte sich das Ziel, eine islamische Ordnung herzustellen. Diese Ideen für Erbakans Ordnung wurden stark von der Gedankenwelt des Naksibendi-Sheyhs Mehmet Zahit Kotku beeinflusst, der als religiöse Instanz galt (vgl. Schönbohm 2003).

Für den Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen gilt Erbakan als der Gründer der Milli Görüs-Bewegung. Seine ideologischen Schriften und Reden wurden auch ins Deutsche übersetzt. Neben seinem Werk *adil düzen* dienen auch übersetzte Reden wie „Grundlagen des Djihads“ als Basis der Indoktrinierung. Die Milli Görüs zählt ca. 27.000 Mitglieder in Deutschland (vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen 2006).

Welche Bedeutung die Ideologie von Erbakan und seinen Anhängern, die ihm großteils bedingungslos folgen, für Europa und ebenso für Österreich haben kann, zeigen seine Äußerungen bei einschlägigen Versammlungen in den letzten Jahren. So verlautbarte Erbakan bei der Generalversammlung der Milli Görüs, dass seiner Ansicht nach die Islamisierung Europas durch die muslimische Immigration zunehmen werde, weil Allah diesen Plan so verfolge (vgl. Innenministerium des Landes Bayern 2002, S. 147). Außerdem behauptet er, dass die *Milli Görüs* an die Macht kommen werde. Ob das mit Blutvergießen geschehen wird oder ohne, sieht Erbakan als offene Frage. Auf Grund dieser Aussagen befand die Konrad-Adenauer-Stiftung, dass das Weltbild Erbakans und seiner Anhänger eindeutig als nationalistisch und islamistisch einzustufen ist (vgl. Schönbohm 2003).

3 Islamismus in Österreich – eine Analyse

In diesem Teil der Arbeit werden aus den Veröffentlichungen die Textteile untersucht, die Aussagen über Islamismus in Österreich enthalten. Der theoretische Rahmen, der sich aus dem ersten Teil der Arbeit ergibt, wird hier im Analyseteil angewendet. Dabei werden die Begrifflichkeiten, die Extremismustheorie ebenso wie antisemitische Handlungsmuster und die Unterteilung der Szene nach dem Grad der Gewaltbefürwortung herangezogen. Damit wird der Datenkorpus daraufhin untersucht, in welcher Weise die Kategorien des Theorieteils mit den Aussagen und den dargestellten Handlungsmustern in den Veröffentlichungen übereinstimmen. Dazu werden neben wissenschaftlicher Literatur wie Diplomarbeiten auch Artikel aus Zeitschriften und Zeitungen, in denen Interviews enthalten sind, sowie Veröffentlichungen von staatlichen Einrichtungen herangezogen. Populistische Veröffentlichungen von Hofbauer (2009) und Ulfkotte (2003) lieferten auch einige Anhaltspunkte für Islamismus in Österreich. Die Autoren behaupten, Zugang zu Information aus Polizei und Nachrichtendienstkreisen zu haben. Obwohl Hofbauer und Ulfkotte den Anschein erwecken, äußerst verallgemeinernd zu formulieren, wurden diese Veröffentlichungen vom Autor dennoch herangezogen, wobei darauf geachtet wurde, ob deren Behauptungen durch anderen Veröffentlichungen gestützt werden können.

Der folgende Teil dieser Arbeit analysiert nun islamistische Handlungsmuster in Österreich, und der Autor ordnete diese Handlungsmuster den bereits im Theorieteil erklärten Subkulturen zu. Diese Subkulturen sind der politische Islamismus mit der Muslimbruderschaft und der *Milli Görüs*, die *Hizb ut-Tahrir* sowie aus dem salafistischen Spektrum der propagandistische Salafismus und schließlich der djihadistische Salafismus. Dabei war es generell eine Herausforderung herauszufinden, ob es die eine oder andere spezielle Subkultur in Österreich überhaupt gibt. Bei manchen dieser Subkulturen wie der Muslimbruderschaft konnte nur schwer in den Veröffentlichungen der österreichischen Behörden ein Hinweis auf ihre Existenz in Österreich gefunden werden. Für andere wie der *Milli Görüs* fand sich kein einziger Beleg in diesen Publikationen.

3.1 Politischer Islamismus in Österreich

3.1.1 Die Muslimbruderschaft

In den vorhergehenden Kapiteln wurden der historische Kontext und die ideologischen Grundlagen der Muslimbruderschaft dargestellt. Als nächster Schritt wird in diesem Abschnitt der Arbeit die Frage behandelt, ob die Muslimbruderschaft auch in Österreich feststellbar ist. Dies ist insofern schwierig, als sich im Datenkorpus niemand öffentlich zu dieser Gruppe bekennt. Von den österreichischen Behörden wird ebenfalls niemand öffentlich als Angehöriger der Muslimbruderschaft genannt bzw. nie einer Organisation Nähe zur Muslimbruderschaft nachgesagt. In Deutschland hingegen zeigt z.B. der Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2006 Handlungsmuster der Muslimbruderschaft auf und nennt Institutionen, die von ihren Angehörigen betrieben werden. Dabei wird explizit die Person Issam el- Attar genannt. Die Bilal-Moschee in Aachen wird ebenso als ein Sitz der Muslimbruderschaft in Deutschland erwähnt (vgl. Innenministerium Nordrhein-Westfalen 2007, S. 202).

Die Frage ist jedoch, ob es in Österreich indirekt Quellen oder Indizien gibt, um einzelne Organisationen oder Personen dieser islamistischen Gruppierung zuzuordnen. Um das festzustellen, wird im Rahmen dieser Arbeit folgender Weg gewählt: Wenn eine Person, der in Deutschland oder einem anderen Land islamistisches Agieren mit einem Nahbezug zur Muslimbruderschaft angelastet wird, nach Österreich kommt und hier ein ähnliches Vorgehen feststellbar ist, wird das in dieser Arbeit als Indiz für das Auftreten der Muslimbruderschaft in Österreich gewertet.

Die Muslimbruderschaft hat ihren Betätigungsschwerpunkt im institutionellen Bereich. Dort versucht sie auf politischer Ebene ihre Interessen durchzusetzen, indem sie als Vermittler zwischen den MuslimInnen und dem Staat auftritt. Eines ihrer wichtigsten Instrumente ist die Ausbildung und die Lehre des „richtigen“ Islam. Dabei hat es den Anschein, dass sich die Muslimbruderschaft mit der Ausbildung von Imamen für öffentliche Schulen engagiert. Dadurch können diese Schulen als Basis dienen, um an der Meinungsbildung der Jugendlichen mitzuwirken (vgl. Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport 2005, S. 26). Man kann dieses Vorgehen als typisches Handlungsmuster der Muslimbruderschaft sehen, wenngleich auch andere muslimische bzw. islamische

Organisationen in diesem Bereich tätig sind. Ein weiterer Ansatz ist es nun zu vergleichen, welche Institutionen oder Vereine in Österreich ein ähnliches Vorgehen wählen. Diese Indizien können mit Beiträgen von WissenschaftlerInnen und JournalistInnen verglichen werden. Daneben werden auch Texte von (populistischen) BuchautorInnen, die beweisen wollen, dass es die Muslimbruderschaft in Österreich gibt, ausgewertet. Um zuerst die Frage zu klären, ob es die Muslimbruderschaft in Österreich gibt, wird eine Passage aus dem österreichischen Staatsschutzbericht aus dem Jahr 1998 herangezogen, in der erklärt wird, dass die Terrorgruppe *al- Gama'a al- Islamiya* ihr terroristisches Unwesen in Ägypten trieb, was auch viele Todesopfer forderte. Sie kooperierte mit Kämpfern aus dem Afghanistankrieg. In Ägypten werden viele dieser Aktivisten stark bekämpft. Ebenso werden Aktivisten anderer Terrororganisationen, die sich wie die *al- Gama'a al- Islamiya* und der *al- Jihad* aus der Muslimbruderschaft entwickelten, bekämpft. Aus diesem Grund gingen viele Aktivisten ins Exil (vgl. Bundesministerium für Inneres Österreich 1999, S. 63). Weiters wird explizit darauf hingewiesen, dass aktive Mitglieder dieser Terroristen auch in Österreich zu finden sind:

„In den letzten Jahren gelangten einige Mitglieder dieser Organisation unerkannt nach Österreich. Diese Aktivisten, die auf eine bestehende Infrastruktur der Muslimbruderschaft in Österreich zurückgreifen konnten, sind mittlerweile eigenständig organisiert. Sie sind hauptsächlich in Wien, aber auch in einigen Bundesländern vertreten, unterhalten Verbindungen in die gesamte islamische Welt, beschäftigen sich mit Problemen der moslemischen Minderheiten in verschiedenen Ländern und geben finanzielle Hilfe.“ (Bundesministerium für Inneres Österreich 1999, S. 63 - 64)

Es ist somit von behördlicher Seite dargestellt worden, dass es die Muslimbruderschaft in Österreich gibt und dass sie mithilft, Terroristen in Österreich Unterschlupf zu geben. Mit Ausnahme des österreichischen Verfassungsschutzberichtes aus dem Jahr 2005 wird die Muslimbruderschaft in den Veröffentlichungen des BMI nur mehr allgemein erwähnt, indem zwar dargestellt wird, dass es sie gibt und wie sie in anderen Ländern agiert, aber nicht, wie sie in Österreich genauer in Erscheinung tritt. Im aktuellen Verfassungsschutzbericht aus dem Jahr 2010 wird sie nicht einmal erwähnt. Wie sich die

Muslimbruderschaft in Österreich organisiert, ist in Ansätzen dem österreichischen Verfassungsschutzbericht 2005 zu entnehmen.

„Die Muslimbruderschaft ist in Österreich, wie in ganz Europa, stark vertreten. Sie verfügt im Bundesgebiet über keine deklarierten Organisation, doch finden sich ihre Anhänger in zahlreichen Moscheen, islamischen Vereinen und Organisationen.“ (Bundesministerium für Inneres Österreich 2006, S. 62)

Daraus kann abgeleitet werden, dass es die Muslimbruderschaft in Österreich gibt und sie auch stark vertreten ist. Um im nächsten Schritt vielleicht eine Person auszumachen, die der Ideologie der Muslimbruderschaft nahesteht, kann ein Zeitungsartikel herangezogen werden, in dem Stefan Apfl darstellt, dass eine laut deutschem Verfassungsschutz als extremistisch eingestufte Person ihren Wohnsitz von Deutschland nach Österreich verlegte, um ihre „Arbeit“ hier fortzusetzen. Bei dieser Person handelt es sich um den aus Syrien stammenden Religionsgelehrten Amir Zaidan. Im folgenden Teil werden die islamistischen Handlungsmuster von Zaidan gemäß den Darstellungen von Apfl und weiteren Hinweisen zu Zaidan aus dem Ausland dargestellt.

Die deutsche CDU behauptete im Jahr 2003 in einer Bundestagsanfrage, dass Amir Zaidan ein „Islamist und Muslimbruder“ sei. Nach den Ausführungen von Herbert Müller, Leiter der Kompetenzgruppe Islamismus beim Verfassungsschutz Baden-Württemberg, ist Zaidan ein ultraorthodoxer Muslim. Zaidan gründete die Islamische Religionsgemeinde Hessen (IRH). In einem hessischen Verfassungsschutzbericht wird auf die verfassungsfeindlichen Ziele dieser Organisation hingewiesen. Auch richtete sich die IRH massiv gegen Freiheits- und Grundrechte von Frauen. Dieser Vorwurf wird damit begründet, dass die von den deutschen Medien veröffentlichte Kamel-Fatwa, ein islamisches Rechtsgutachten, das im Jahr 1998 erstellt wurde, die Unterschrift Zaidans trägt. Diese Fatwa besagt, dass eine mehrtägige Reise für muslimische Frauen ohne die Begleitung eines männlichen Verwandten nicht erlaubt werden kann. Laut Zaidan dürfen Frauen sich nicht weiter als 81 Kilometer von der elterlichen oder ehelichen Wohnung entfernen. Diese Strecke entspricht einer Distanz, die eine Kamelkarawane von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang zurücklegt. Weiters stellt der Verfassungsschutz im Bericht fest, dass das einst von Zaidan herausgegebene Freitagsblatt durch den Hessischen Verfassungsschutz eingestellt wurde. In dieser Schrift wurden immer wieder Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen

gefunden. Der Antrag der IRH, die Organisation des Religionsunterrichts in Hessen zu koordinieren, wurde 2001 aus ähnlichen Gründen abgelehnt. Dem Syrer Zaidan wurde gemäß den Recherchen von Apfl nach der öffentlichen Aufmerksamkeit rund um die Kamel-Fatwa und das Freitagsblatt „die Luft in Deutschland zu dünn“. Die Medien waren auf Zaidan aufmerksam geworden und er stand als Vorsitzender einer extremistischen Organisation unter genauer Beobachtung, teilte ein Sprecher des Hessischen Verfassungsschutzes mit. Im Interview mit Apfl sagte Zaidan, dass seine Arbeit in Deutschland keinen Sinn mehr macht, dass er aber in Österreich mit seinen Leuten wunderbare Pionierarbeit für Europa leisten kann (vgl. Apfl 2006). Gemäß den beschriebenen Recherchen von Apfl kann das bedeuten, dass Zaidan nicht alleine in Österreich arbeitet und er sich eines Umfeldes von Gleichgesinnten bedient.

Wie nahe Zaidan der Muslimbruderschaft steht, kann man einem Asylantragsverfahren aus Deutschland entnehmen. In dem Text des Verwaltungsgerichtes Wiesbaden ist Zaidan als „A.“ angeführt, aber durch die weiteren dargestellten Sachverhalte eindeutig als Amir Zaidan zu identifizieren. Der Text ist seit einiger Zeit offline. Das Dokument wurde von Abdelkarim eingesehen, der die Aussage Zaidans darstellt (vgl. Schmidinger / Larise 2008, S. 317).

„Ich bin offiziell kein Mitglied der Muslimbruderschaft, aber ich vertrete das Gedankengut der Muslimbruderschaft. [...] Ich bin kein Muslimbruder, aber ich habe viele enge Kontakte zu Muslimbrüdern sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern und zwar insbesondere Kontakte zu führenden Leuten in der Muslimbruderschaft.“ (Abdelkarim 2008, S. 277)²⁰

Zaidan kam auf Einladung der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ), deren Präsident der ebenfalls aus Syrien stammende Anas Schakfeh ist, nach Österreich. Schakfeh lobte Zaidan als erstklassigen Wissenschaftler und als gemäßigten Muslimen. Seit 2003 sofort nach dessen Gründung leitet Zaidan das Islamische

²⁰ Abdelkarim bezieht sich auf ein Dokument des Verwaltungsgerichtes Wiesbaden mit der Aktenzahl 6E2129/04.

Religionspädagogische Institut (IRPI).²¹ Das IRPI war in dieser Zeit für die Weiterbildung von mehr als 300 islamischen Religionslehrern in Österreich verantwortlich. Die meisten davon unterrichten an öffentlichen Schulen (vgl. Apfl 2006).

In diesem Zusammenhang kann ein Beispiel gut zeigen, dass sich manche österreichische Behörden nicht der Tatsache bewusst sind, welchen Hintergrund Zaidan hat. Die österreichische Botschaft in Berlin veranstaltete eine Diskussion zum Thema Islam in Europa. Zu dieser Veranstaltung war als österreichischer Teilnehmer Amir Zaidan geladen. Die deutsche Islamwissenschaftlerin und Teilnehmerin Dantschke äußerte sich verwundert und geschockt über Zaidans Teilnahme. Sie habe, so Apfl, lange aufgezeigt, wer Zaidan wirklich ist, bis er nach Österreich auswanderte und dann kommt er wieder und wurde den deutschen als seriöser Mensch präsentiert, beklagte sich Dantschke (vgl. Apfl 2006).

Das IRPI bietet Kurse für die Weiterbildung in religiösen Fragen für islamische Religionslehrer an. Um auch Islamlehrer in Deutschland zu erreichen, wurde die ATP-Stiftung gegründet, die dieselbe Adresse wie das IRPI aufweist (vgl. Abdelkarim 2008, S. 278).

Bisher schmetterte Zaidan alle Vorwürfe mit dem Hinweis ab, dass die Argumente gegen ihn und sein Umfeld als Hetze gegen die Muslime und als Islamophobie gelten können. Aus diesem Grund kann das von ihm gegründete Internetportal (www.islamophobia.at) als Instrument gegen die Kritik an dieser Szene gesehen werden. Abdelkarim zeigt, dass die spezielle Argumentationslinie in diesem Forum ein wichtiges Instrument ist, um Personen, die diese islamistische Ideologie kritisieren, mundtot zu machen. So wird auch deutlich dargestellt, dass der Islamophobie-Vorwurf auf der Relativierung des Antisemitismus beruht. Das ist gut an der speziellen Wortwahl erkennbar. Auch zeigte ein bereits im Herbst 2007 entfernter Link, der auf eine Website mit einer rechtsextremen Publikation verwies, wie die Gedankenwelt dieses Umfeldes von Zaidan strukturiert ist. Der Titel

²¹ Das IRPI, das „Islamische Institut“, wurde im Jahr 2003 gegründet. Es ist für die Fortbildung der Religionslehrer zuständig. Die IRPA ,die „Islamische Religionspädagogische Akademie“, wurde im Jahr 1998 gegründet. Sie war für die pädagogische „Grundausbildung“ der Religionslehrer zuständig. Im Jahr 2007 wurde die IRPA aufgelöst.

lautet: „Das Lexikon der antideutschen Fälschung. Lügen über die Deutsche Wehrmacht. Fehler und Fälschungen in deutschen Schulbüchern“ (vgl. Abdelkarim 2008, S. 280).

Wie die Muslimbruderschaft mit dem Thema Antisemitismus umgeht, wurde bereits im Theorieteil dargestellt. Dass Rechtsextreme und Islamisten ähnliche Agitationsmuster im Spektrum des Antisemitismus zeigen und sich ergänzen, wird gemäß diesen Recherchen sichtbar. Im Zuge der Recherchen zu diesem Thema wurde diese Internetseite vom Autor aufgerufen und es wurde versucht nachzuvollziehen, ob Zaidan noch immer als Betreiber dieser Seite aufscheint. Diese Website wird seit einiger Zeit nicht mehr nachweisbar von Zaidan betreut und es sind derzeit andere Personen als Betreiber dieser Internetseite angegeben (vgl. Islamophobia 2010). Das IRPI, in dem das Umfeld Zaidans wirken kann, widmet sich der Aufgabe der ständigen Fortbildung der islamischen Religionslehrer. Dieser Personenkreis arbeitet unter Aufsicht der IGGiÖ und ist mit der Weiterbildung der islamischen Religionslehrer betraut. Anhand der obigen Darstellungen können Zaidan und sein Umfeld durchaus als islamistisch beschrieben werden. Weiters erlauben diese Beschreibungen die Vermutung, dass die IGGiÖ-Führung und ihr Präsident der Gesinnung der Muslimbruderschaft nahestehen oder teilweise mit ihr kooperieren.

Die Bildungseinrichtungen der IGGiÖ für die islamischen Religionslehrer wurden in den Medien den im Jahr 2009 stark kritisiert. Grund dafür war ein durchaus beachtlicher Prozentsatz von islamischen Religionslehrern, die ihre bedenkliche Gesinnung im Zuge einer Studie von Mouhanad Khorchide (2009) zeigten. Khorchide erstellte für seine Studie Fragebögen, die durch das Lehrpersonal, welches an öffentlichen Schulen Kinder unterrichtet, beantwortet wurden. Das Ergebnis zeigt, dass ein Fünftel aller Befragten als Extremisten gelten können, wenn man die Definitionen aus dem Theorieteil dieser Diplomarbeit zur Anwendung bringt. Khorchide befragte 250 islamische Religionslehrer (RL), die von der IGGiÖ für den islamischen Religionsunterricht (RU) eingesetzt wurden. Von den Fragebögen konnten nur 199 als verwertbar betrachtet werden (vgl. Khorchide 2009, S. 63).

Vorweg erklärt Khorchide den Rahmen seiner Arbeit. Seine Studie untersucht die Vorstellungen der islamischen Religionslehrer von der Rolle des islamischen Religionsunterrichts sowie ihre Einstellungen zur Rechtsstaatlichkeit, zu religiösem

Fanatismus sowie zu religiös motivierter Gewalt. Abschließend werden die Geschlechterrollen untersucht (vgl. Khorchide 2009, S. 17).

Folgende Punkte aus der Studie werden direkt zitiert, um darzustellen, dass der Prozentsatz der islamischen Religionslehrer, der eine extremistisch-islamistische Einstellung aufweist, beachtlich ist.

- „43,7% der muslimischen RL betrachten die Vermittlung von Differenzen und Überlegenheitsgefühlen als vorrangige Aufgabe des islamischen RUs.“ (Khorchide 2009, S. 107)
- „Überraschend hoch ist unter den muslimischen RL die Ablehnung der Demokratie, weil sie in ihr einen Widerspruch zum Islam sehen. 21,9% lehnen Demokratie ab und weitere 14,8% erkennen sie nur unter Vorbehalt an. [...] Über ein Viertel der RL (28,4%) erkennen im Muslim sein und Europäer sein einen Widerspruch.“ (Khorchide 2009, S. 140)
- „Islamischer Fanatismus und Fundamentalismus zeichnen sich durch eine kompromisslose Auslegung des Islams aus. Fanatische Muslime sehen sich als die einzigen ‚wahren‘ Gläubigen. [...] 18,2% der RL haben Verständnis für die Todesstrafe für Apostasie. 19,7% legen die Religion sehr kompromisslos aus, sie sehen Muslime, die die Pflichtgebete nicht einhalten, nicht mehr als Muslime an.“ (Khorchide 2009, S. 147)
- „Demnach stimmen 15,5% der RL religiös motivierter Gewalt zu bzw. lehnen diese nicht vorbehaltlos ab, und 84,5% lehnen religiös motivierte Gewalt vorbehaltlos ab.“ (Khorchide 2009, S. 153)

Khorchide zeigt in seiner Arbeit, dass die IGGiÖ im österreichischen Modell eine hohe Autonomie besitzt. Diese autonome Verwaltung bedeutet mehr Gestaltungsfreiheit für die IGGiÖ, aber zugleich auch mehr Raum für den Missbrauch (vgl. Khorchide 2009, S. 17). Inwieweit sich ein islamischer Religionslehrer zur Verhetzung hinreißen ließ oder er missinterpretiert wurde, zeigt eine Pressemitteilung aus dem Raum Graz, die einen Religionslehrer aus Graz, Mohamed H., zitiert, der in einer Moschee eine Hasspredigt hielt.

„Ihr lebt in einem Land, dass nicht an Gott glaubt. Wie ist das möglich, dass die Nachfahren von Affen und Schweinen die Muslime erniedrigen? [...] Wären wir stark, hätten wir diese Leute geschlagen und hätten jetzt keine Schmerzen.“ (Kleine Zeitung 2009)

Der Hinweis auf den Hassprediger kam von einer Person, die selber Muslim ist (vgl. Kleine Zeitung 2009). Die Kronen Zeitung, die manchmal überzeichnete und populistische Artikel beinhaltet, gibt weitere Hinweise auf diese Gegebenheiten. Bei dem Lehrer handle es sich um Mohamed H. aus Graz. Der Staatsanwalt Hansjörg Bacher lässt gegen Herrn H. ermitteln. Mohamed H. behauptet, dass es keine Genehmigung für den Videomitschnitt seiner Reden gegeben hätte (vgl. Brandl 2009, S. 22).

Im islamischen Religionsunterricht in Österreich ist auch Antisemitismus zu bemerken. So soll am 15. Jänner 2009 ein islamischer Religionslehrer seine Schüler in der Mittelschule Brüßlgasse in Wien Ottakring mit Flugblättern aufgefordert haben, die darauf abgebildeten Firmen zu boykottieren, weil diese jüdisch seien und Muslime so handeln müssten (vgl. Wetz 2009). Wichtig ist dabei zu bemerken, dass dieser Hinweis ebenso wie im vorhergehenden Beispiel aus Graz auch von Muslimen kam, indem die Eltern eines Kindes der Schule sofort Alarm schlugen (vgl. Wetz 2009). Dieses Handlungsmuster des Religionslehrers, wie es von Wetz dargestellt wird, ist antisemitisch.²² In dieser Quelle begründete der Religionslehrer sein Vorgehen gegenüber seinen Schülern damit, dass diese Unternehmen jüdisch und daher von Muslimen zu boykottieren sind. In diesem Zusammenhang kann dieses Agieren als ein antisemitisches Handlungsmuster mit islamistischem Hintergrund identifiziert werden, weil bewusst die Vorgabe, wie sich MuslimInnen zu verhalten habe, in den Raum gestellt wurde.

Peter Lingens (2009) recherchierte in diesem Kontext, wie auf diese Herausforderungen seitens der Verantwortlichen reagiert wird. Gemeinsam mit der zuständigen Ministerin Claudia Schmied habe Anas Schakfeh Maßnahmen ausgearbeitet, die SchülerInnen vor ungenügend ausgebildeten IslamlehrerInnen schützen sollen. Lingens präzisiert, dass „ungenügend ausgebildet“ das Problem der betreffenden ReligionslehrerInnen, mit der

²² Welche Handlungsmuster als antisemitisch gelten können, wird im Theorieteil im Kapitel 2.3 behandelt.

„Demokratie“ oder den Menschenrechten „nobel“ umschreibe. Bei gut einem Viertel der islamischen ReligionslehrerInnen ist das gemäß der Studie von Khorchide der Fall. Lingens führte zu diesem Thema mit dem islamischen Religionspädagogen Ednan Aslan ein Interview, in dem dieser meinte, dass in Zukunft die islamischen ReligionslehrerInnen Deutsch können müssen. Aslan selbst bezweifelt, dass das ausreichen wird, weil sich in der Praxis niemand daran halten wird und man nur abwarten kann, bis bestimmte KollegInnen aufhören zu arbeiten (vgl. Lingens 2009).

Wie die Verbesserung der Umstände durch die IGGiÖ nicht unbedingt vorangetrieben wird, zeigt ein Artikel der Zeitung Der Standard aus dem Jahr 2009. Ein liberaler islamischer Religionslehrer, der der IGGiÖ vorwarf, die Integration von jungen MuslimInnen zu vernachlässigen, wurde sofort von Anas Schakfeh, dem Präsidenten der IGGiÖ, von seinem Lehramt entlassen. Weißensteiner berichtet von dem Lehrer El Ghoubashy. Er hatte in seinem Interview kritisiert, dass der „Islamunterricht ein Ghettodasein“ der jungen Muslime forcieren. Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich hat Lehrer mit Lehrbehelfen und FachinspektorInnen in die Schulen geschickt, die nicht geeignet sind. Die Islamische Glaubensgemeinschaft scheint unfähig für eine ausreichende Koordination zu sein. Die Krise, die jetzt vorherrscht, hat sie selbst durch ihr Handeln hervorgerufen (vgl. Weißensteiner 2009, S. 6).

Entgegnungen im Bezug auf die Khorchide-Studie seitens der Lehrkräfte der IGGiÖ beinhalteten, dass die islamischen Religionslehrer die Sprache nicht genügend beherrschten bzw. die Fragen missinterpretierten (vgl. Apfl 2009). Doch das bedeutet auch, dass solche Lehrer durch ihr sprachliches Manko die Fragen ihrer SchülerInnen missinterpretieren könnten und so einer extremistischen Ideologie Nachschub leisten würden. Egal warum, die Wirkung bliebe dieselbe, nämlich die Verbreitung einer extremistisch islamistischen Ideologie unter den Kindern, die in österreichischen Schulen zu einem positiven Miteinander angehalten werden sollen.

Um einen weiteren Berührungspunkt eines islamischen Umfeldes in Österreich mit der Muslimbruderschaft darzustellen, kann ein Artikel in der Wiener Zeitung herangezogen werden. Im Jahr 2007 wurde eine der führenden Personen der Muslimbruderschaft in Ägypten, Mohammad Saad Alkatatny, von der Wiener Zeitung interviewt (vgl. Schmidinger 2007). Weiters wird gezeigt, dass Mohammad Saad Alkatatny auf Einladung

der Islamischen Liga nach Wien kam und dass Aiman Morad (Repräsentant der Islamischen Liga Kultur in Wien) als sein Dolmetscher fungierte (vgl. Beig 2007).

„In Wien hielt er auf Einladung der ‚Islamischen Liga der Kultur‘ einen Vortrag. Deren Vorstandsmitglied, der syrische Muslim-Bruder Aiman Morad, ist zugleich Finanzdirektor der Islamischen Religionspädagogischen Akademie (IRPA), der Ausbildungsstätte islamischer Religionslehrer der offiziellen Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ).“
(Schmidinger 2007, S.1)

Es ist an dieser Stelle der Arbeit zielführend, das Umfeld der Islamischen Liga der Kultur darzustellen. Der öffentliche und wissenschaftliche Diskurs zeigt, dass dieses Umfeld als islamistisch betrachtet werden könnte. Ein Handlungsmuster der Muslimbruderschaft in vielen Ländern ist die Betonung und Förderung des Kampfes der Palästinenser unter ständigen Hinweisen auf die Unterdrückung der so genannten arabischen Brüder durch den als teuflisch bezeichneten Feind Israel. Bei einer universitären Veranstaltung soll der Muslimbruder Kamal Helbawy verkündet haben, dass der palästinensische Rechtsstreit nicht nur ein Konflikt über Grenzen und Land ist, sondern vor allem ein absoluter Kampf der Religionen und somit ein Kampf zwischen Wahrheit und Falschheit sowie zwischen zwei Führungen, einer von Helbawy bezeichneten satanischen, geleitet von den Juden und ihren Mitverschwörern, und einer religiösen, getragen von der Hamas (vgl. Polterer, 2008). Polterer stützt sich dabei auf einen Beitrag der Wiener Zeitung. Die IGGiÖ zeigte ebenso ihr Engagement, als sie zusammen mit anderen Gruppen zugunsten der Hamas in Österreich demonstrierte. Diese Demonstrationen wurden von Mouddhar Khouja, einer der wichtigsten Personen der IGGiÖ, und unter Mithilfe von Jamal Morad und Aiman Morad (Mitglied der Islamischen Liga der Kultur) organisiert (vgl. Polterer 2008).

Oft wird die Bedeutung oder der Einfluss der Muslimbruderschaft von ihren Angehörigen sehr positiv beschrieben. So sagte der Finanzdirektor der Islamischen Religionspädagogischen Akademie, Aiman Morad, bei einem Treffen der Islamischen Liga der Kultur, dass die Muslimbruderschaft eine friedliche und gemäßigte Vereinigung sei. Sadat, der frühere Präsident Ägyptens, sei auch nicht von einem Mitglied der Muslimbruderschaft ermordet worden (vgl. Polterer 2008).

Dass die Muslimbruderschaft in Österreich gut vernetzt ist zeigt sich daran, dass der Moslembruder Saad Alkatatny, der in Wien bei Aiman Morad zu Gast war, auch von Kamel Mahmoud nach Graz geholt wurde, wo Kamel Mahmoud (Repräsentant der Liga Kultur in Graz) die Vortragsreihe „Der Islam in Österreich und Europa“ koordinierte (vgl. Schmidinger 2007, S. 1). Vereinsregisterabfragen, die die personelle Struktur jener Organisationen belegen, die sich um das Anliegen der Muslime in Österreich kümmern, werden vom Autorenteam um Thomas Schmidinger übernommen, da sie aus dem Jahr 2008 stammend noch immer als aktuell genug erscheinen, um die Vernetzungen spezieller Organisationen im Kontext dieser Arbeit darzustellen. Das strukturierte Vernetzen stellt ein Grundmuster im Vorgehen der Muslimbruderschaft dar.

In diesem Zusammenhang erscheint es interessant, dass Mouddhar Khouja, der persönliche Referent des Präsidenten der IGGiÖ Anas Schakfeh, ebenso eine führende Kraft im Verein Initiative muslimischer ÖsterreicherInnen ist. Diese Organisation setzt sich stark für die islamische Identität der Muslime in Österreich ein und wird durch die Recherchen von Wittek in das Umfeld der Muslimbruderschaft gerückt. Kamel Mahmoud stellte eine der Führungspersonen der Liga Kultur Verein für multikulturellen Brückenbau in Graz dar. Der in Graz als islamischer Religionslehrer arbeitende Muhamed Hikal fungierte zumindest bis 2008 als Schriftführer der Liga Kultur Graz und als ihr Öffentlichkeitsbeauftragter. Aus dem Datenkorpus ist nicht ersichtlich, ob es sich bei Muhamed Hikal um den islamischen Religionslehrer Muhamad oder Mohamed H. handelt, der wegen Verhetzung angezeigt wurde.²³ Jamal Morad, ein Verwandter von Aiman Morad, ist einer der Repräsentanten der Islamischen Vereinigung in Österreich. Er war auch Präsident oder ehemaliger Vorsitzender der Liga Kultur in Wien. Ein weiteres mögliches Strukturmerkmal zeigt sich, indem die Liga Kultur in Wien und die Liga Kultur in Graz das gleiche Gründungsjahr (1998) haben und fast dieselben Namen aufweisen (vgl. Wittek 2008, S. 104-122).

Beide Personen Jamal Morad und Kamel Mahmoud sind Mitglieder des Schurarats der IGGiÖ (vgl. Wittek 2008, S. 114-115). Im Schurarat finden Beratungen statt und es werden Entscheidungen getroffen. Somit stellt der Schurarat eines der wichtigsten Gremien der IGGiÖ dar (vgl. IGGiÖ 2009). Auch zeigt sich hier die Vernetzung in das politische Feld.

²³ Siehe dazu S. 62

So ist Moutaz al- Shakaki, der im Jahr 2008 als Obmann der Liga Kultur Wien fungierte, mit dem Bündnis Mosaik vernetzt. Das Bündnis Mosaik trat bei der Arbeiterkammerwahl 2000 an und stellte mit der Liste Öztürk eine islamische Arbeiterkammerfraktion dar, der im Jahr 2000 auch Moutaz al- Shakaki angehörte (vgl. Wittek 2008, S. 114-115).

Wie tief die islamistische Handlungsmuster der Muslimbruderschaft in die Parteienlandschaft oder in Institutionen Österreichs hinein reichen, kann zum jetzigen Wissensstand nicht dargestellt werden. In wie weit Politiker in kommunal-, landes oder bundespolitischen Funktionen diese Ideologie vertreten und sie fördern, bedarf einer eigenständigen Untersuchung.

3.1.2 Milli Görüs

Die *Milli Görüs* (MG) kann ebenso wie die Muslimbruderschaft innerhalb des Islamismus dem politischen Spektrum zugeordnet werden. Vorweg muss festgehalten werden, was der Begriff *Milli Görüs* bedeutet. Meistens wird dieser türkische Begriff als „Nationale Sicht“ in die deutsche Sprache übersetzt (vgl. Innenministerium des Landes Berlin 2006, S. 238). In der Literatur und den Medien wird die MG hauptsächlich im Zusammenhang mit Deutschland erwähnt. Die MG nennt sich in Deutschland Islamische Gemeinschaft *Milli Görüs* (IGMG). Dort wird in den Verfassungsschutzberichten und in Publikationen von öffentlichen Einrichtungen oftmals erwähnt und ausführlich beschrieben, welche Merkmale der IGMG wesentlich sind, um diese als islamistisch einzustufen (vgl. Innenministerium Nordrhein-Westfalen 2007, S. 208). In Österreich hingegen konnte man bis vor kurzem weder in den Verfassungsschutzberichten noch in den Medien oder in öffentlichen Publikationen etwas über die MG oder eine mit ihr zu assoziierende Organisation lesen. Die ersten WissenschaftlerInnen, die sich dieser Thematik in Österreich annahmen, waren Thomas Schmidinger und Dunja Larise (2008).

Schmidinger und Larise zeigen, dass die MG kein eingetragener Verein, sondern ein Bündnis von Moscheen ist, die sich in ganz Österreich in der Avusturya Islam Federasyonu – Österreichische Islamische Föderation in Wien (AIF) zusammengeschlossen haben. Diese von Schmidinger und Larise so genannte AIF ist eng an die deutsche Schwesterorganisation Islamische Gemeinschaft *Milli Görüs* (IGMG) angebunden (vgl. Schmidinger / Larise 2008, S. 157-158). Die deutsche Stiftung für Türkeistudien erwähnt

die *Milli Görüs* in Österreich ebenso als Bündnis von Moscheen. Dabei soll die Islamische Föderation in Österreich eine Koordinierungsfunktion innehaben. Die Ideologie der *Milli Görüs* in Österreich ist ähnlich der IGMG in Deutschland davon geprägt, alle Lebensbereiche zu islamisieren. Somit kann sie als islamistisch bezeichnet werden, weil sie den öffentlichen wie den privaten Bereich beeinflussen will. Hayrettin Aydin (2003) erläutert in einer Studie, dass die *Milli Görüs* in Österreich eine Islamisierung der Moderne anstrebt und der Islam von der *Milli Görüs* als gesellschaftspolitischer Ansatz gegenüber dem Staat Österreich verstanden wird (vgl. Aydin et al. 2003, S. 20).

Hier zeigt sich bereits ein Problem für den Forschenden, weil diese Organisation auf türkisch als *Avusturya Islam Federasyonu* bezeichnet wird, was so viel bedeutet wie „Österreichische Islamische Föderation“. Neben der AIF gibt es in Wien auch die Islamische Föderation in Wien (IFW). Bei der AIF und der IFW handelt es sich um unterschiedliche Organisationen, wobei eine enge Kooperation von beiden nicht ausgeschlossen wird. In dieser Arbeit wird die Islamische Föderation in Wien (IFW) behandelt, weil sie am ehesten mit der IGMG in Deutschland in Verbindung zu bringen ist. Inwieweit diese genannte Organisation mit der IGMG in Deutschland in Verbindung steht, zeigt ein Artikel von Stefan Beig in der Wiener Zeitung. Der Artikel beinhaltet ein Interview mit dem Vorsitzenden der Islamischen Föderation (IF), Mehmet Turhan. Beig trägt zur Verwirrung bei, weil er eine zusätzliche Bezeichnung, nämlich Islamischen Föderation (IF), verwendet (vgl. Beig 2009, S. 2). Zur Präzisierung, ob es sich nun um die AIF oder IFW handelt wurde eine Recherche im öffentlich zugänglichen zentralen Vereinsregister (ZVR) durchgeführt. Das Ergebnis zeigte, dass Mehmet Turhan der Obmann der Islamischen Föderation in Wien (IFW) ist. Daraus lässt sich schließen, dass es sich bei der von Beig genannten Islamischen Föderation um die Islamische Föderation in Wien handelt (vgl. Bundesministerium für Inneres 2010a, Vereinsdaten, Islamische Föderation in Wien, S. 1). In diesem Artikel von Beig wird eine direkte Kooperation zwischen der IGMG, also der deutschen *Milli Görüs* mit ihrem Hauptsitz im deutschen Kerpen, und der IFW in Österreich angesprochen (vgl. Beig 2009, S. 2).

„Wir kooperieren teils eng mit der *Milli Görüs*, etwa bei Pilgerfahrten nach Mekka, wo die Bewegung viel Erfahrung hat, weshalb viele Jugendliche

teilnehmen. Wir sind aber kein österreichischer Ansprechpartner von Milli Görüs.“ (Beig 2009, S. 2)

Trotzdem wird in Österreich von Seiten der IFW ein direkter Zusammenhang mit der IGMG in Deutschland eher bestritten. Der Grund dafür könnte darin liegen, dass die IGMG seit vielen Jahren in Deutschland vom Verfassungsschutz beobachtet wird und als verfassungsfeindlich, demokratiegefährdend und somit als islamistisch beschrieben wird. Um die *Milli Görüs* in Österreich besser beurteilen zu können, scheint ein Vergleich mit der *Milli Görüs* in Deutschland, die sich dort als IGMG bezeichnet, brauchbar. In den Analysen und Publikationen der deutschen Behörden sind folgende Darstellungen zur IGMG zu finden.

Der Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen kommt zum Schluss, dass die IGMG die größte in Deutschland aktive islamistische Organisation ist. Die von Necmettin Erbakan geführte Organisation veröffentlicht auch Zeitungen (unter anderem die *Milli Gazete*), betreibt einen Fernsehsender „TV5“ und bedient sich diverser Jugendorganisationen und eines Zentrums für Wirtschafts- und Sozialforschung zur Durchsetzung ihrer Ziele. Einer der Hauptpunkte, weswegen die Verfassungsschützer Deutschlands die IGMG als islamistisch einstufen, ist neben dem Antisemitismusaspekt das Manifest von Erbakan, die *adil düzen* (Gerechte Ordnung). Diese *adil düzen* gilt für die Anhänger der IGMG als unumstößlicher Fahrplan in eine bessere Welt (vgl. Innenministerium Nordrhein-Westfalen 2007, S. 207-208) In dieser Ordnung wird dargelegt, dass in jeder Epoche der Geschichte gegensätzliche Zivilisationen miteinander im Kampf lagen. Dabei wird die westliche Zivilisation als die „nichtige Ordnung“ (*badil düzen*) bezeichnet. Sie beruhe auf Gewalt und Unrecht und gehört überwunden. Bei der Überwindung dieser westlichen „nichtigen Ordnung“ wird diese durch die in *adil düzen* skizzierte Ordnung ersetzt. Diese einzuführende Ordnung ist gerecht, weil sie auf dem Islam basiert. Diese Umsetzung ist in Schritten geplant, vorerst betrifft dieses Vorhaben die Türkei, schließlich die gesamte Menschheit. Damit greift diese Bewegung unter anderem auch die deutsche Verfassungsordnung, die als Teil der „nichtigen“ Zivilisationen gelten kann, an. Dieses Manifest der „gerechten Ordnung“ enthält antisemitische Stereotype. Dieser Antisemitismus zeigte sich bei Necmettin Erbakan und anderen Personen aus der *Milli-Görüs*-Bewegung immer wieder und kommt auch in

anderen Zusammenhängen zum Vorschein. Das Innenministerium von Nordrhein-Westfalen zählt die IGMG deshalb nach wie vor zur verfassungsfeindlichen *Milli-Görüs*-Bewegung, weshalb ihre Beobachtung durch den Verfassungsschutz gemäß § 3 Absatz 1 Nr. 1 VSG NRW (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen) gerechtfertigt ist (vgl. Innenministerium Nordrhein-Westfalen 2007, S. 207-212).

Die IGMG arbeitet zur Erreichung ihrer Ziele nicht nur mit ihren eigenen Organisationsstrukturen, sondern bedient sich zusätzlich einiger Nebenorganisationen. So steht seit dem Jahr 2002 der ehemalige Generalsekretär der IGMG an der Spitze des Islamrates in Deutschland. Der Islamrat, dem auch einige nicht islamistische und somit nicht extremistische Organisationen angehören, stellt sich selbst als der größte Spitzenverband der Muslime in Deutschland dar. Die IGMG bemüht sich, zahlreiche Kontakte zu politischen, gesellschaftlichen und kirchlichen Institutionen zu knüpfen. Dabei wird ein Augenmerk darauf gelegt, dass Vertreter der IGMG auch in diesen Gremien und demokratischen Institutionen mitarbeiten können. In diesem Zusammenhang versucht die IGMG sehr weltoffen und moderat aufzutreten. Ähnlich wie die Muslimbruderschaft versucht die IGMG sich als islamischer Ansprechpartner für Behörden, die Politik und die deutsche Mehrheitsgesellschaft zu präsentieren (vgl. Innenministerium Nordrhein-Westfalen 2007, S. 208).

Die IGMG arbeitet mit den türkischen Immigranten vorwiegend von Europa aus, um auf den türkischen Staat von außen und von innen Einfluss zu nehmen. Es wurden Aufrufe durch die IGMG veröffentlicht, wobei versucht wird, die ausgewanderten Türken in die Pflicht zu nehmen und auf die islamistische Sache einzuschwören. Auf einer von der IGMG organisierten Jugendveranstaltung zeigte der langjährige Funktionär der IGMG, Hasab Damar, wie die richtige Einstellung der jungen Immigranten zu sein hat. Diese Rede wurde in der *Milli Gazete* (29.05.2006, S. 11) veröffentlicht und vom deutschen Verfassungsschutz analysiert. Dabei wird propagiert, dass die *Milli Görüs*-Regierung (das Umfeld von Erdogan) wieder an die Spitze der Türkei zu bringen wäre. Um das zu erreichen, müssten die Türken von Europa aus und die Getreuen aus der Türkei mit Herz und Seele daran arbeiten. Demnach ist die Rettung der islamischen Welt nur mit der Türkei möglich. Konkret sagte Damar auf der besagten Jugendveranstaltung, dass die in

Europa lebenden Auswanderer nur den Befehlen ihres Übervaters Erbakan zu folgen hätten (vgl. Innenministerium Nordrhein-Westfalen 2007, S. 213).

Da der Antisemitismus im Islamismus eine spezielle Rolle spielt, wird anhand der folgenden, großteils direkt zitierten Punkte dargestellt, inwieweit sich die IGMG bisher in Deutschland dieser antisemitischen Spielart bedient hat, um später in diesem Kapitel ähnliche Muster von Organisationen in Österreich darzustellen, die der Milli Görüs bzw. der IFW zuzurechnen sind.

- Eine Passage der Milli Gazete vom 21.01.1994 zeigte folgende Einstellung der IGMG. „Ein Jude unterscheidet sich von dem Satan durch nichts. [...] Die Juden sind die Quellen der bösen Taten, die sich nicht nur gegen das Volk Palästinas sondern gegen die ganze Menschheit richten. [...] Dieses Pack, welches dermaßen charakterlos ist, dass es zwecks Wahrung der eigenen Interessen die ganze Menschheit opfern würde, wirft jetzt ein Auge auf das Wasser unserer Flüsse.“ (Innenministerium Nordrhein-Westfalen 2002, S. 33)
- Dass auch im Feld des Revisionismus die IGMG ihre Anschauungen vertritt, zeigt eine Übersetzung der Milli Gazete vom 30.06.1999, in der Schriften des Autors Harun Yahya empfohlen wurden. „In den Konzentrationslagern unter der deutschen Besatzung während des zweiten Weltkrieges fand im Gegenteil der Behauptungen keine „Judenvernichtung“ statt. Das ist eine von Zionisten erfundene Lüge, um die Weltöffentlichkeit für die Errichtung eines jüdischen Staates auf ihre Seite zu bringen.“ (Innenministerium Nordrhein-Westfalen 2002, S. 35)
- „Von Erbakan von jeher vertretene antisemitische Positionen spiegeln sich exemplarisch in seiner Kommentierung des militärischen Konflikts zwischen ‚Hizb Allah‘ und dem Staat Israel im Sommer 2006 wider, [...]. Die Israelis würden mit dem Terror fortfahren, weil sie sich als ‚überlegene Rasse‘ begriffen, und um die Welt zu korrumpieren, sei ihnen ‚jedes Mittel‘ recht. Sie arbeiten auf die Weltherrschaft hin und betrachten ‚alle anderen

Nationen als Ungeziefer, welches man zertreten könne“ (Innenministerium Baden-Württemberg 2007, S. 75)

- In einer Türkei-Ausgabe der Zeitung der Milli Gazete, in der sich ein Autor in einer den Holocaust relativierenden Kolumne auf den Revisionisten Roger Garaudy und dem Holocaustleugner Fred Leuchter berief, zeigte sich die antisemitische Einstellung eindeutig (vgl. Innenministerium Baden-Württemberg 2007, S. 81).
- „Am 4. Juni 2006 in Haseselt/Belgien führte der IGMG-Buchklub an seinem Stand das aus dem Iran stammende antisemitische Propagandavideo „Zehras blaue Augen“ („Filistinli Zehra'nin Gözleri“) im Angebot [...], in dem dargestellt wird, wie Juden aus rassistischen Motiven palästinensische Kinder als menschliches Ersatzteillager missbrauchen.“ (Innenministerium Baden-Württemberg 2007, S. 81)

Anhand dieser Erläuterungen und Beispiele sollte verständlich gemacht werden, warum die österreichische Organisation IFW, die, wie oben erläutert, der IGMG nahe steht oder ihr zugerechnet werden kann, möglicherweise nicht mit ihr direkt in Verbindung gebracht werden will. Weitere Hinweise, ob es die *Milli Görüs* in Österreich gibt und wie sie mit der deutschen Organisation in Verbindung steht, zeigt Hofbauer (2009) in seinem Buch auf eher populistische Weise. Er beruft sich dabei auf Informationen aus Polizeikreisen (vgl. Hofbauer 2009, S. 174-175).

So soll die *Milli Görüs* in Österreich, die in Wien ein Gymnasium betreibt und sich islamische Föderation nennt, mit der deutschen IGMG eng kooperieren (vgl. Hofbauer 2009, S.80). Hofbauer wagt auf Grund seiner Recherchen und Interviews, die er auch mit dem Präsidenten der IGGiÖ Anas Schakfeh geführt hat, einige bemerkenswerte Aussagen. So kommt er zum Schluss, dass in Österreich das Verhältnis zwischen Muslimbruderschaft und dem Dachverband der türkischen Vereine eher kühl ist. Andererseits sagte Schakfeh in einem Interview zu Hofbauer, dass die türkische *Milli Görüs* keinerlei extremistische Tendenzen zeige und diese Vereinigung leider unter Ressentiments leide, die lange zurückliegen. Auch sei Schakfeh nichts von fragwürdigen

Transaktionen bekannt, die im Zusammenhang mit der *Milli Görüs* stehen könnten (vgl. Hofbauer 2009, S. 231).

Inwieweit es Verbindungen zwischen arabischen Muslimbrüdern und der türkischen *Milli Görüs* geben kann und ob Tendenzen, die sich in Deutschland entwickelten, ebenso in Österreich zu finden sind, zeigt ein Vergleich der Texte von Hofbauer mit den Texten von Udo Ulfkotte (2003). Ulfkotte gilt im deutschsprachigen Raum als Autor, der viele Informationen aus Geheimdienst- und Polizeikreisen bekommen soll. Ebenso wie die Texte von Hofbauer sind seine Veröffentlichungen populistisch und keinesfalls unreflektiert zu übernehmen, gerade weil er sich als extremer Kritiker des Islamismus präsentiert und dabei oft zu sehr verallgemeinernd wirkt. Dennoch zeigen einige Punkte aus seinen Texten, bei denen er sich auf Informationen des deutschen Bundeskriminalamts beruft, ein für den Forschenden interessantes Bild. So zeigen folgende Zitate Ähnlichkeiten zwischen Deutschland und Österreich sowie die Verbindungen von deutschen und österreichischen Organisationen.

Ulfkotte stellt dar, dass Ibrahim el- Zayat (einer der führenden Muslimbrüder in Deutschland, der auch bei der IGMG mitwirkt), nicht nur äußerst populär ist, sondern auch überall hin Beziehungen hat. Er arbeitete als Vorstandsmitglied der 1964 in München gegründeten Muslim Studenten Vereinigung (MSV) und ist eine der führenden Personen der Islamic Relief, Humanitäre Organisation in Deutschland e. V. Nach Auffassung des BKA, so Ulfkotte, steht die MSV den Muslimbrüdern nahe, und die Islamic Relief, Humanitäre Organisation in Deutschland e. V. soll eine Tarnorganisation dieser Bruderschaft sein. Weiters sitzt el- Zayat im Vorstand der Gesellschaft Muslimischer Sozial- und GeisteswissenschaftlerInnen e. V. (GMSG) in Köln. Will man der Selbstdarstellung dieser Organisation folgen, so handelt es sich um eine unabhängige, nicht an eine Sprache oder spezielle Nationalität gebundene Vereinigung. Das BKA hält gemäß Ulfkottes Recherchen Verbindungen der GMSG zur ägyptischen Muslimbruderschaft für wahrscheinlich. Ulfkotte weist auch darauf hin, dass sich auf der Internetseite dieser Gesellschaft noch im September 2002 ein Link zur *Milli Görüs* fand. Auch ist Ibrahim el-Zayat Generalsekretär der Islamischen Jugend in Europa e. V. sowie des Islamischen Konzils in Europa e. V. In weiteren Ausführungen zeigten sich el- Zayats weitere Vernetzungen als Vorstandsmitglied im Münchner Verein Muslime

Helfen e. V. und als Vorsitzender der Europäischen Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e. V. (EMUG). Ulfkottes Informationen aus behördlichen Ermittlungen zufolge gehört die EMUG ebenfalls zu *Milli Görüs* (vgl. Ulfkotte 2003, S. 32-33).

Ibrahim el- Zayat scheint jedenfalls oft im Fokus von Ermittlungen deutscher Behörden zu stehen. Bei einem Grundstückskauf für das *Milli-Görüs*-Gelände in Kerpen koordinierte er das Geschäft. Weitere Recherchen ergaben, dass die auf den British Virgin Islands registrierte (saudische) Akira Corporation das Gelände an die IGMG vermietet. Der Generalbevollmächtigte für diese Transaktionen in Deutschland war Ibrahim el- Zayat. Noch undurchschaubarer finden die Sicherheitsbehörden dieses Netzwerk, als sie feststellten, dass Ibrahim el- Zayat mit einem Mitglied der Familie Erbakans verheiratet ist. Seine Frau ist Sabiha el- Zayat. Sie ist die Schwester des *Milli-Görüs*-Vorsitzenden Mehmet Sabri Erbakan und leitet gemäß Ulfkotte das Zentrum für Islamische Frauenforschung und Frauenförderung (ZIF) in Köln. Weiters wird gezeigt, dass Erbakan in Deutschland längere Zeit Generalsekretär von *Milli Görüs* war. Seine Mutter, Amina Erbakan, ist eine gebürtige Deutsche, sie leitet die deutschsprachige Islamische Frauengesellschaft (DIF). Sie arbeitet ebenso mit *Milli Görüs* zusammen (vgl. Ulfkotte 2003, S. 33).

Wenn man diese Punkte mit dem Text von Hofbauer (2009), der sich mit dem Islamismus in Österreich befasst, vergleicht, stößt man ebenfalls auf den Namen Ibrahim el- Zayat. Nach einer Analyse des Textes ist es sehr wahrscheinlich, dass es sich bei dem dort angeführten Ibrahim el- Zayat um die gleiche Person wie bei Ulfkotte handelt. Im Unterschied zu Ulfkotte stellt Hofbauer allerdings einen Österreichbezug her (vgl. Hofbauer 2009, S. 277). Die Verbindungen von Muslimbruderschaft und *Milli Görüs* in Deutschland und die sehr ähnlichen strukturellen Verbindungen dieser Organisationen in Österreich werden wie folgt dargestellt:

Hofbauer zeigt, dass eine Schwester el- Zayats mit einem aus dem Irak stammenden Österreicher verheiratet ist und er verweist damit auf die Verbindungen von Deutschland nach Österreich. Österreich wird als *Milli Görüs*-Stützpunkt beschrieben. Hofbauer behauptet, dass dem el- Zayat-Erbakan-Clan Österreich große Freude bereitet, weil die hier ansässige Islamische Föderation als einer der stärksten Zweige von *Milli Görüs* in Europa

gilt. Weiters steht die *Milli Görüs* in enger Verbundenheit mit der, so wird behauptet, von Muslimbrüdern beherrschten Islamischen Glaubensgemeinschaft. Durch diese Konstellation kann diese Verbindung als politisch sehr einflussreich gelten (vgl. Hofbauer 2009, S. 277).

Die Ausführungen in den Texten von Hofbauer und Ulfkotte konnten insofern nachvollzogen werden, als Ibrahim el- Zayat in vielen Pressemeldungen als Muslimbruder genannt wurde und auch seine Verbindung zur *Milli Görüs* Erwähnung findet.

Das zeigt auch ein Bericht der Münchner Staatsanwaltschaft. Sie ermittelt gegen Spitzenfunktionäre deutscher „Islam-Vereine“. Der Generalsekretär der Islamischen Gemeinschaft *Milli Görüs*, Öguz Ücüncü, steht im Verdacht, zusammen mit dem Vorsitzenden der Islamischen Gemeinschaft Deutschland (IGD), Ibrahim el- Zayat, sowie fünf weiteren Verdächtigen an einer kriminellen Vereinigung beteiligt zu sein. Es besteht der Verdacht, dass mit dem Geld aus diesen Machenschaften islamistische Gruppen im Raum München und Ulm unterstützt worden sein könnten. Der Behördensprecher der Oberstaatsanwaltschaft Anton E. verlautbarte, dass die Ermittler direkte Bezüge von el- Zayat zur Muslimbruderschaft vermuten. Ebenso besteht zu einer auch in Deutschland agierenden türkischen Islamistengruppierung eine Verbindung (vgl. Kölner Stadt-Anzeiger 2009).

Wie bereits dargestellt, versucht sich die MG in Deutschland politisch zu betätigen und in für sie wichtige politische Organisationen zu gelangen. Inwieweit dieses Muster auch in Österreich zu finden ist, wird im folgenden Abschnitt behandelt. Die Frage, ob sich Personen aus dem Kreis der *Milli Görüs* in Österreich ähnlich wie die Muslimbrüder politisch betätigen wollen, kann gemäß der Recherchen von Hofbauer von ihm mit einem eindeutigen Ja beantwortet werden (vgl. Hofbauer 2009, S. 238-239).

Im März 2008 recherchierte Hofbauer, dass Mehmet Isikis, der ein Parteifreund von Seyf Öztürk ist, mit der Liste für unser Niederösterreich (LNÖ) zur Wahl antrat. Diese Liste konnte aber nur 0,2 Prozent der Stimmen erreichen. Dieser Personenkreis wird dem Umfeld der „religionsnationalistischen“ Islamischen Föderation (*Milli Görüs*) zugeordnet. Hofbauer bezeichnet diese Szene als „Integralisten“ und gemäß seiner Recherchen halten

diese Personen an der Taktik der Muslimbrüder fest. Die Muslimbrüder wollen mit dem Leitsatz „Integration durch Partizipation“ ihre Ziele erreichen (vgl. Hofbauer 2009, S. 239).

Welche dieser Kooperationsmuster, die durch deutsche Behörden und die angeführten Buchautoren erwähnt wurden, auch in Österreich nachvollziehbar festzustellen sind, sollte genauer hinterfragt werden. Ob in Österreich ähnlich wie in Deutschland Verbindungen von der MG zu Hilfsorganisationen bestehen, die in Verdacht der Terrorismusunterstützung stehen, oder ob Gemeinsamkeiten in deren Vorgehensweisen festzustellen sind, wird einer der Anhaltspunkte sein, um zu Rechercheergebnissen in dieser Arbeit zu gelangen.

Der folgende Textteil untersucht nun die Parallelen von Kooperationsmustern anhand des Vergleiches der Daten aus Deutschland und Österreich. Wie durch deutsche Behörden publiziert, bieten sich politische Islamisten wie die MG und die Muslimbruderschaft auf politischer Ebene im Namen der Integration als Vermittler zwischen den MuslimInnen und dem Staat an, um so auch ihre Interessen betreiben zu können (vgl. Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport 2005, S. 26).

Da Integration durch Partizipation, wie es Hofbauer im obigen Absatz anspricht, ein interessantes Erfolg versprechendes Konzept sein kann, ist auch das Amt eines Integrationsbeauftragten eine wichtige Schlüsselposition für ein gelungenes Miteinander in Österreich. In der IGGiÖ wurde so ein Amt geschaffen, das Omar al- Rawi seit einigen Jahren innehat. Omar al- Rawi fungiert ebenso seit einigen Jahren als Gemeinderat der SPÖ in Wien und engagierte sich herausragend bei der Organisation einer Demonstration für die Gaza-Aktivisten des türkischen Vereins der Internationalen Humanitären Hilfsorganisation Austria (IHHA) in Österreich. Der Verein IHHA setzte sich im Sommer 2010 gegen die Militäraktion Israels gegen türkische Schiffe mit Hilfslieferungen für Gaza ein. Aufschlussreich scheint die Gegebenheit, dass die IHH in Deutschland die „*Free Gaza Flotte*“ maßgeblich organisiert hat und diese in Deutschland wegen der Unterstützung der Hamas verboten wurde. Gleichzeitig wird von den Verantwortlichen betont, dass die Organisation IHH in Deutschland mit der IHHA in Österreich nichts zu tun oder gemeinsam hätte (vgl. Apfl 2010, S. 19). Die Hamas steht auf der Terrorliste der EU und gilt gemäß der EU als terroristische Organisation. Es muss in diesem Zusammenhang erwähnt werden, dass diese Liste der EU stark umstritten ist. Andererseits zeigen einige

Behörden ihre Vorbehalte gegenüber der Hamas auf. Gemäß den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes in Deutschland gefährden manche Anhänger dieser Organisation das friedliche Zusammenleben der Völker nach § 3 Absatz 1 Nr. 4 VSG NRW (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen) (vgl. Innenministerium Nordrhein-Westfalen 2002, S. 192).

Die islamistische Bewegung *Milli Görüs* wird seit diesen Demonstrationen in Deutschland und Österreich im Zusammenhang mit der „Free Gaza Flotte“ verdächtigt, die IHH in Deutschland als Tarnorganisation zu führen. Die IHH wiederum soll die Hamas finanziell unterstützen. Der Generalsekretär der *Milli Görüs* in Deutschland, Öguz Ücüncü, weist die Beschuldigung der (Terror-)Finanzierung der Hamas durch die IHH zurück. Er behauptet, dass durch die IHH nur bedürftige Menschen unterstützt werden und wurden (vgl. Hautkapp 2010, S. 1). Die Zeitung Die Presse schreibt dazu, dass ein IHH Aktivist 1998 an einem gescheiterten Attentat am Flughafen von Los Angeles teilgenommen habe. Er sei verhaftet worden, als er auf dem Weg war, eine Bombe zu platzieren (vgl. Die Presse 2010a). Auf Grund dieser Gegebenheiten wurde die IHH in Deutschland vom Bundesinnenminister verboten (vgl. Hautkapp 2010, S. 2). Folgende Beispiele zeigen die Begründung, auf der das Verbot beruht und auch die Verbindung der IHH zu *Milli Görüs* in Deutschland.

Der Bundesinnenminister in Deutschland veröffentlichte zu den Handlungsmustern der IHH ein Statement. Dort wird vom Bundesinnenminister die Ansicht vertreten, dass unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe die IHH finanziell seit einer langen Periode und im bedeutenden Umfang im palästinensischen Gaza-Streifen ansässige sogenannte Sozialvereine unterstützt. Diese Sozialvereine sind gemäß dem Bundesinnenminister der Hamas zuzuordnen. Damit unterstützt die IHH den Terror und die Gewalt in den palästinensischen Gebieten. Daher hat der Bundesinnenminister die Internationale Humanitäre Hilfsorganisation e. V. „mit sofortiger Wirkung“ verboten (vgl. Bundesminister Maiziere 2010, S. 1).

Um darzustellen, wie die Verbindungen von IHH zu IGMG von deutschen Behörden gesehen werden, dient folgende Aussage des Staatssekretärs im deutschen Innenministerium.

„Die IHH in Deutschland wird offensichtlich von Milli Görüs gesteuert [...]. Nach den Recherchen von Verfassungsschützern wurde die IHH, einer Tarnorganisation ähnlich, von führenden Funktionären von Milli Görüs gesteuert. [...] ‚Wir werden sehen, inwieweit diese Verbindungen auch zu einer Neubewertung von Milli Görüs führen werden‘, sagte der parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Ole Schröder.“ (Focus 2010, S. 2)

Durch diese Beispiele wird dargestellt, wie umstritten die IHH hinsichtlich ihres Agierens ist und dass sie zumindest in Deutschland mit der *Milli Görüs* eng in Verbindung steht. Inwieweit diese Gegebenheiten auch in Österreich zutreffen, wird in den nächsten Absätzen erörtert.

Um die Zusammenhänge in Österreich zu recherchieren, fehlen einige Voraussetzungen. In Österreich wurde die österreichische IHHA nicht verboten. Auch äußerte sich die Islamischen Föderation in Wien (IFW), die durch die gezeigten Darstellungen für den Autor der *Milli Görüs* entspricht, in keiner Weise so wie der Generalsekretär der IGMG Öguz Ücüncü in Deutschland zu dieser Thematik. Daher kann es sich im Fall der österreichischen Organisationen, hinsichtlich von Verbindungen und Abhängigkeiten von IHHA und *Milli Görüs*, bestenfalls um Indizien handeln. Es fehlen ausreichende öffentlich zugängliche Quellen, anhand derer Personen eindeutig identifiziert werden können. Dennoch finden sich für den Forschenden in diesem Rahmen interessante Ansätze, die auf eine Verbindung der IHHA mit der IFW (Islamische Föderation Wien) in Österreich hinweisen.

Auf der Website der IGGiÖ wird unter dem Titel „Israelischer Angriff auf Solidaritätsflotte im Mittelmeer“ auf die Ungerechtigkeit der Erstürmung der IHH Schiffe hingewiesen. Dabei spricht sich die IGGiÖ für Sanktionen gegen Israel aus. Als eine der unterstützenden Organisationen scheint die Islamische Föderation Wien an dritter Stelle von 106 Organisationen auf (vgl. Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich 2010). In den Unterlagen des öffentlich zugänglichen zentralen Vereinsregisters (ZVR) konnten hinsichtlich der IHHA (Islamische Humanitäre Hilfsorganisation Austria) in Österreich folgende Personen als Vorstandsmitglieder festgestellt werden: Toy Vahit als Obmann

sowie Arslan Hasan und Akkaya Mehmet (vgl. Bundesministerium für Inneres 2010b, Vereinsdaten, Islamische Humanitäre Hilfsorganisation Austria, S. 1).

Bei weiteren Recherchen zu den vorgefundenen Namen der Vorstände der IHHA konnte mit dem Namen Akkaya Mehmet eine Person festgestellt werden, die auch bei einer Veranstaltung der Islamischen Föderation in Wien auftrat. Diese Veranstaltung wurde anlässlich des Besuches des türkischen Botschafters abgehalten. Dabei sprach auch der Kommissionsleiter für Kindergärten der IFW, Akkaya Mehmet, vor dem Publikum (vgl. Islamische Föderation Wien 2010). Eine Kurzfassung seines Vortrages wurde auf der Homepage der IGMG in Deutschland am 07.01.2010 mit weiteren Hinweisen auf Veranstaltungen in Österreich online gestellt (vgl. Islamische Gemeinschaft Milli Görüs 2010). Am 01.06.2010 wurde ein Aufruf zur Demonstration gegen Israel für den 04.06.2010 auf der Homepage der IFW online gestellt. Es ist verständlich, dass sich türkischstämmige Muslime solidarisch zeigen, wenn ein türkisches Schiff mit Hilfslieferungen der IHH angegriffen wird. Dennoch sollte man sich von antisemitischen Agitationen von Seiten der IFW distanzieren, vor allem, wenn auf dieser Demonstration Plakate zu sehen waren, auf denen Aufschriften wie „Wach auf Hitler“ dargestellt waren oder auf Schildern der Davidstern mit dem Hakenkreuz gleichgesetzt wurde (vgl. Die Presse 2010b). In einem Zeitungsartikel wird der Politikwissenschaftler Schmidinger zitiert, der in diesen Aktionen Allianzen des politischen Islams sieht. Als bezeichnend für islamistisches Handeln (unter Aspekten des Antisemitismus) kann der Hinweis gelten, dass sich diese vorwiegend muslimischen Gruppen zur Demonstration am 04.06.2010 in Wien „aus antisemitischem Antrieb“ zusammengefunden haben (vgl. Die Presse 2010b).

Diese Beispiele lassen den Schluss zu, dass es die *Milli Görüs* in Österreich gibt. In Deutschland festgestellte Strukturen und Verbindungen sind denen in Österreich ähnlich. Ebenso zeigen sich Verbindungen der IGMG von Deutschland nach Österreich. Inwieweit in Österreich die *Milli Görüs* mit der Muslimbruderschaft wie in Deutschland kooperiert, bedarf jedoch einer eigenständigen Untersuchung.

3.1.3 Hizb ut-Tahrir

Die *Hizb ut-Tahrir* (HuT) stellt innerhalb der islamistischen Szene in Österreich eine Gruppe dar, die auch zu politischen Themen Stellung bezieht. *Hizb ut-Tahrir* bedeutet in

deutscher Sprache so viel wie „Partei der Befreiung“. Obwohl sie sich als Partei betitelt, spricht sie sich dennoch gegen die Beteiligung an demokratischen Wahlen in Europa aus (vgl. Bundesministerium des Innern Deutschland 2008, S. 34).

Inwieweit die HuT in Österreich aktiv ist, zeigt ein Blick in den Verfassungsschutzbericht des österreichischen Innenministeriums für das Jahr 2005. Darin wird die HuT als eine Organisation gesehen, die nur eine geringe Anzahl von Sympathisanten aufweist. Obwohl diese Gruppe nicht streng strukturiert zu sein scheint, tritt sie durch das Verteilen von Flugblättern in Erscheinung (vgl. Bundesministerium für Inneres Österreich 2006, S. 75-76).

Österreich dient auch als eine Basis dieser Gruppierung im deutschsprachigen Raum. Das zeigt ein im Internet abrufbares Interview mit Shaker Assem. Dabei wird der Österreicher Shaker Assem der Öffentlichkeit als eine der wichtigsten Personen der HuT vorgestellt. In diesem Text wird berichtet, dass Shaker Assem ein wichtiger Vertreter der *Hizb ut-Tahrir* ist. In dem Interview erwähnt Assem seine Integrationserfahrungen in Österreich und Deutschland und erzählt über seine Einstellung zu dieser Thematik. Shaker Assem spricht vermutlich für viele praktizierende Muslime in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland, auch wenn die *Hizb ut-Tahrir* unter einigen Muslimen umstritten ist (vgl. Integrationsnet 2010, S. 1).

Die Funktion von Assem innerhalb der HuT wird aus einer Verlautbarung auf der Internetseite islam-projekte.com, die der HuT als Plattform dient, deutlich. Dort zeichnet er als Verantwortlicher eines Textes zum „Burka-Verbot der Frauenministerin“ D. I. Shaker Assem, Mediensprecher der *Hizb ut-Tharir* für den deutschsprachigen Raum (vgl. islam-projekte.com 2009). Die Vita von Assem zeigt seine Entwicklung innerhalb der Diaspora. Lebensläufe werden in der Sozialforschung, besonders auch im Vergleich zu den Wünschen und dem Erreichten von MigrantInnen als interessanter Hintergrund in Studien über Migrationsthemen gesehen (vgl. Beck-Gernsheim 2007, S. 19-23).

Shaker Assem wurde als Sohn eines Ägypters 1964 in Kairo geboren. Seine Mutter ist Österreicherin. In Ägypten besuchte Shaker Assem die deutsche evangelische Oberschule. 1980 kehrte die Mutter nach dem Tod ihres Mannes mit ihrem Sohn nach Österreich zurück. Assem maturierte in Villach/Kärnten und studierte anschließend Maschinenbau an

der TU Wien. Nach seinem Studienabschluss war er als Lehrer tätig und machte sich schließlich selbständig. Shaker Assem arbeitete von 2002 bis 2005 in Deutschland. Derzeit lebt er mit seiner Frau in Wien und hat einen Sohn (vgl. Integrationsnet 2010, S.1).

Im Buch von Ulfkotte (2003), *Krieg in unseren Städten*, wird zu Shaker Assem Folgendes behauptet. In der Hamburger Islam AG hielt Assem einen Vortrag über den Islam und sagte zu Reportern der Süddeutschen Zeitung, dass er bereit sei, für das Kalifat sein Leben zu lassen. Die Hamburger Islam AG wurde von einem der Todespiloten des 11. September 2001, Mohammed Atta, gegründet. Auch berichtet Ulfkotte über ein Gespräch, das die Arabistin Claudia Dantschke mit Shaker Assem führte und in dem die Gewaltbereitschaft der HuT zu Tage trat. So ließ Assem keinen Zweifel daran, dass er zur Realisierung des Kalifats auch Gewalt einsetzen würde. Als eines der weiteren wichtigen Ziele der HuT hob Assem in dem Gespräch mit Dantschke die Vernichtung der Juden hervor. Die Legitimation dafür lieferte Assem der Koran (Sure 2, Vers 191), wo es sinngemäß heißt: Tötet sie, wo immer ihr auf sie stoßt und vertreibt sie, wo sie euch vertrieben haben (vgl. Ulfkotte 2003, S. 93-94).

Als Faktum kann jedoch gelten, dass die HuT in Deutschland seit dem 10. Jänner 2003 verboten ist. Als Gründe dafür wurden vor allem die Gewaltbefürwortung und Verhetzung angeführt, die von der HuT ausgingen (vgl. Bundesministerium des Innern Deutschland 2008, S. 204-205).

Zu den Verhetzungen zeigt der Verfassungsschutzbericht des österreichischen BMI ein genaueres Bild. Dabei wird auch der Österreichbezug deutlich. Darin heißt es, dass ein zentrales Thema der HuT der Staat Israel ist. In den Agitationen der HuT kommt es immer wieder zu gewaltbefürwortenden, anti-jüdischen und „anti-israelischen Aussagen“. Bei diesen antisemitischen Handlungsmustern wird die Vernichtung des Staates Israel gefordert. Auf Grund dieses Verhaltens wurde in Deutschland im Jahr 2003 gegen die HuT durch den Bundesinnenminister „ein Betätigungsverbot im Geltungsbereich des Vereinsgesetzes erlassen. Der Verfassungsschutz berichtet weiters, in welcher Form die Befreiungspartei HuT in Österreich vertreten ist. Ihre Mitglieder weisen eine formal hohe Integration auf, auch besitzen viele die österreichische Staatsangehörigkeit. Die HuT hat in Österreich eine konspirativ aufgebaute Organisationsstruktur. Sie erstellte früher eine

Monatsschrift mit dem Namen „Explizit“, die auch von österreichischen Mitgliedern mitgestaltet wurde. Seit einiger Zeit wird diese Zeitschrift nicht mehr veröffentlicht. Die zwiespältige Haltung der HuT zu Gewalt und Terrorismus erhöht die Gefahr für einzelne Aktivisten oder Gruppen der HuT, einen gewalttätigen Weg zu wählen. Dabei wird befürchtet, dass sich einzelne Mitglieder, terroristischen Gruppen im Rahmen des internationalen Dihad anschließen könnten (vgl. Bundesministerium für Inneres Österreich 2006, S. 63).

In welcher Form die HuT in Österreich islamistisch auftritt und agiert, wird im folgenden Teil der Arbeit dargestellt. Im Zuge der Diskussion um das Burka-Verbot wird in einer Presseaussendung der Austria Presse Agentur im Dezember 2009 auf eine Drohung der HuT gegen die Frauenministerin Heinisch-Hosek hingewiesen. Shaker Assem fordert dazu auf, die SPÖ nicht mehr zu wählen, weil sich ihre Ministerin gegen die Burka ausspricht. Untermalt wird diese Protestnote von Assem mit einer Koransure. Das problematische an dieser Protestnote ist die Verwendung der Koransure, in der sinngemäß verlautet wird, dass die Gläubigen wissen sollen, dass Allah streng im Strafen ist. Gemäß einiger Analysten von Sicherheitsinstitutionen und des Islamforschers Guido Steinberg wird speziell dieser Text oft in Drohvideos und Bekennerbriefen von Terrorgruppen verwendet (vgl. Austria Presse Agentur 2009, S. 1).

Laut Schmidinger und Larise (2008) teilt die HuT bzw. Shaker Assem eine gewisse antisemitische Haltung mit dem oft als rechtsextrem bezeichneten Parteivorsitzenden der NPD, Holger Apfel. So waren sich Apfel und Assem über ihren Hass gegenüber Israel einig und hoben darüber hinaus in einem gemeinsamen Interview mit einem einschlägigen Magazin noch weitere Ähnlichkeiten hervor (vgl. Schmidinger / Larise 2008, S.132).

Diese Gemeinsamkeiten von HuT und Rechtsextremen zeigen sich etwa bei rechtsesoterischem Gedankengut wie dem Verschwörungdenken. Die oft von Rechtsextremen verwendeten Themen dieser Verschwörungstheorien wurden auch von Islamisten übernommen und traten mit pseudo-islamischem Duktus wieder zu Tage. In der Zeitschrift „Explizit“, die der HuT zugeschrieben wird, findet sich folgender Artikel: „Die Freimaurerei. Ihre Wurzeln und ihr weltpolitisches Denken.“ In diesem Artikel tauchten fast alle Versatzstücke so genannter esoterischer Weltverschwörungsliteratur auf. Einer der Hauptinhalte ist die Verbindung von Freimaurern und Judentum. Auch wird die

jahrtausendalte Existenz von Geheimbünden dieser Art und ihre Durchdringung von mächtigen Staaten, allen voran die USA, beschrieben. Auf Grund dieser Gedankenkonstrukte der HuT scheint es logisch, wenn auch das damalige Kalifat der Osmanen den bösen Machenschaften der Freimaurer zum Opfer fiel (vgl. Meining 2002, S. 65-66).

„Laut Explizit gab der Logenbruder Kemal Atatürk, der Begründer der modernen Türkei, ‚dem letzten Rest politischen Wirkens des Islam den Todesstoß, eine Wunde, an der die Ummah bis in die Gegenwart leidet und blutet.‘ Nur durch die Wiedereinführung der islamischen Lebensordnung könnte die Menschheit, so die Autoren des Artikels, ‚von der Hegemonie der Freimaurerei und ihren dunklen Machenschaften befreit werden.‘ Ausfluß einer antiislamischen Verschwörung der USA war laut Explizit auch das Auftreten von AIDS.“ (Meining 2002, S. 66)

Es existiert ein Verein in Österreich, der der HuT laut Schmidinger und Larise als Vorfeldorganisation dienen soll. Dem FOKUS–Forum für Kulturelle und Soziale Interaktion stehen Vedat Kurnaz und Samir Ceromic als Obmänner vor. Kurnaz ist ebenso als Imam am Afroasiatischen Institut in Wien tätig wie Shaker Assem (vgl. Schmidinger / Larise 2008, S. 133).

Deutlich wird die Einstellung von Anhängern der HuT am Beispiel eines jungen Österreicher, der von Stefan Beig (2010) interviewt wurde. Der 23 Jahre alte Yasir Firat ist Mitglied der HuT und erklärt, der Vorteil des Islam bestehe darin, dass er eine Lebensordnung darstellt, in der alle Bereiche des Lebens, vor allem der wirtschaftliche und der soziale Bereich, geregelt werden. Seine Mitstreiter in der HuT verfügen meist über einen Universitätsabschluss. Trotz ihrer höheren Ausbildung fehlt den Mitgliedern dieser Gruppierung die Partizipation innerhalb des österreichischen Staatsgefüges, weil die HuT die Teilnahme an säkularen Wahlen ablehnt. Das liege darin begründet, dass die Teilnahmen an säkularen Wahlen im Islam verboten sind, erklärt Firat (vgl. Beig 2010).

Beig beschreibt in der Einleitung seines Artikels das Integrationsproblem, das aus einem Identitätskonflikt resultieren kann. So zeigen sich ebenfalls bei dem HuT-Mitglied Firat diese Identitätskonflikte. Beig beschreibt, dass der Sohn von Einwanderern aus der

südöstlichen Türkei früher Identitätsprobleme hatte. Im Interview sprach Firat darüber, wie er in der Schule nicht gewusst hat, ob er selber Türke, Kurde oder Österreicher ist. Heute ist das für ihn nicht mehr wichtig. Seine Identität hat er in etwas anderem gefunden. Seine neue Heimat ist der Islam. Er betrachte sich nun als Teil der Ummah, der religiösen Gemeinschaft aller Muslime auf der Welt. Weil er die *Hizb ut-Tahrir* kennen gelernt hat, konnte er seinen Identitätskonflikt überwinden. Firat begründet die Lösung seines Identitätsproblems damit, dass ihm mit Hilfe der HuT bewusst wurde, dass durch die Ideologie, die der einzelne Mensch hat oder der er anhängt, auch seine Identität bestimmt wird (vgl. Beig 2010).

Wie die Ideologie der HuT ihre Mitglieder prägt, zeigt sich im weiteren Verlauf des Artikels. Österreich betrachtet Firat als seine Heimat, in der er aufgewachsen ist. Aber so richtig zuhause fühlt er sich nicht. Er begründet dieses Gefühl damit, dass es ihm hier an einer islamischen Atmosphäre fehle und eine islamische Bildung oder Wirtschaftsstruktur in Österreich ebenso nicht bestehe. Firat erklärt, er könne seinen Glauben aufgrund dieser Umstände nur eingeschränkt ausleben. Nur seine Beziehung zu Allah könne er so gestalten, wie er es möchte. Er wünscht sich ein Kalifat, das in der Form eines islamischen Staates funktioniert. Sobald es so einen Staat gibt, würde er dort hinziehen (vgl. Beig 2010).

Die Hauptthemen der HuT sind die Errichtung des Kalifats, die Vernichtung des Staates Israel und das ideologische Verbreiten eines „islamischen Bewusstseins“. Im Artikel von Beig zeigt sich die ideologische Vorgehensweise der HuT.

„Wir streben hier keine Veränderung an. Aber dafür zu arbeiten, dass das Kalifat in einem islamischen Land gegründet wird, ist für uns genauso Pflicht wie das Gebet, verteidigt sich Assem gegen Gewaltvorwürfe. Uns geht es in Österreich darum, dass die Muslime ihre islamische Identität bewahren, ein richtiges islamisches Bewusstsein entwickeln, betont auch Firat: Wir wollen auch der österreichischen Bevölkerung ein richtiges Islamverständnis vermitteln und Vorurteile abbauen. Eine friedliche Koexistenz ist möglich, vor allem wenn man als Muslim in dem Bewusstsein lebt, dass man im Jenseits für das, was man tut, zur Verantwortung gezogen wird.“ (Beig 2010)

Auch Herbert Landolin Müller, der sich jahrelang mit der Ideologie von Islamisten beim deutschen Verfassungsschutz beschäftigt hat, zeigt klar, dass das „islamische Bewusstsein“ eines der Hauptsegmente in der ideologischen Diktion der HuT darstellt.

Müller beschreibt, wie in den vergangenen Jahren die *Hizb ut-Tahrir* und ihre Aktivitäten immer augenfälliger wurden. Mit ihrer eigenen Zeitschrift „Explizit“ und weiteren Schriften, die von den Mitgliedern bei Moscheen verteilt werden, scheint sie vor allem junge Muslime anzusprechen. Insbesondere rekrutiert die HuT Personen im akademischen Umfeld. Die Zeitschrift „Explizit“ erscheint ohne namentlich gezeichnete Artikel in sehr gutem Deutsch. Vor allem geht es inhaltlich um die Wiedererrichtung eines idealen Kalifats. Die unversöhnliche antiwestliche Haltung ist offensichtlich. Sie resultiert aus den Folgen der europäischen Aufklärung, die vor allem als schädlich für das von der HuT zu fördernde „islamische Bewusstsein“ erachtet wird. Um dieses richtige islamische Bewusstsein zu verbreiten oder zu implementieren, bedarf es noch einiges an Anstrengung durch die HuT, um ihren Identitätswahn auf weitere Personen zu übertragen, so Müller (vgl. Müller 2002, S. 21).

Eine Person, die selbst Muslim ist, in ihrer Diplomarbeit angibt, viele „islamische Aktivisten“ selbst zu kennen und die sich mit Flugblättern der HuT ebenso beschäftigt hat wie mit der Ideologie der HuT selbst, ist Armin Bibars. Bibars (2001) bearbeitet in seiner Diplomarbeit das Thema „Die Islamische Bewusstwerdung als gesellschaftlich-politische Bewegung und ihr methodisches Problem der Implementierung“. Diese Methode der Implementierung der islamischen Bewusstwerdung stellt Bibars anhand des Vergleiches der Gruppen HuT und ägyptischer Dschihad (*dschamaat ul -djidah*) dar (vgl. Bibars 2001, S. 9 und 91). Die Gruppe ägyptischer Dschihad war für das Attentat auf den damaligen ägyptischen Präsidenten Anwar as- Sadat verantwortlich sowie für weitere Attentate, bei denen viele Menschen getötet wurden (vgl. Bundesministerium für Inneres Österreich 2006, S. 67).

Eine Recherche in den Medien zu Armin Bibars ergab, dass gegen ihn wegen Verhetzung Anzeige erstattet wurde (vgl. Möseneder 2005, S. 2). In einem Artikel der Zeitung Die Presse wurde Bibars interviewt und als stellvertretender Obmann eines Vereins beschrieben, der eine Moschee in Wien führt. Im Interview selbst erklärt Bibars, dass Muslime nicht an den Wahlen in Österreich teilnehmen sollen. Er führt aus, dass er nicht

an die Demokratie glaube, weil die Offenbarung des Islams lehre, dass Gott der einzige ist, der die Gesetze macht. Auf die Frage, ob es denn auch einen (kämpferisch-gewaltbereiten) Djihaad in Österreich gebe, antwortet er, dass es keinen gebe. Bibars begründete seine Aussage damit, dass sich Österreich aus den Kampfhandlungen in den islamischen Ländern heraushält. Auf die Frage, wie er zu den Attentaten von islamistischen Terroristen in europäischen Städten wie London und Madrid stehe, erklärt Bibars folgendes:

„Ich frage sie, gibt es eine Alternative? Ich will nicht sagen, dass es keine gibt. Möglicherweise sehen die Attentäter das genauso. Ich kenne sie nicht. Ich kann nur aus dem Bekennerschreiben meine Schlüsse ziehen. Sie müssen sich vor Augen halten, dass diese jungen Leute, die diese Anschläge begehen, etwas Gutes im Sinne führen. Sie wollen die europäische Bevölkerung dazu bringen, sich gegen ihre Regierungen zu stellen und sie veranlassen, ihre Truppen aus islamischen Gebieten abzuziehen.“ (Kocina 2005, S. 3)

Inwieweit Bibars der HuT nahe steht oder stand, kann aus dem derzeitigen Quellenstand nicht eindeutig belegt werden. Dennoch zeigen sich bei der Betrachtung des Quellenmaterials spezifische Parallelen hinsichtlich der Ideologie und Wortwahl der HuT und den Argumentationen von Bibars. Diese Parallelen sind die Beschäftigung mit dem „islamischen Bewusstsein“ im Rahmen seiner Diplomarbeit, der Aufruf, nicht an demokratischen Wahlen teilzunehmen, sowie die Rechtfertigung von Gewalt. Daraus könnte man eine mögliche Identifizierung von Bibars mit zumindest einem Teil der Ideologie der HuT ableiten. In diesem Kontext will der Autor festgehalten wissen, dass eine eindeutige Zuordnung von Personen zu nur einer Szene schwierig ist. Meist sind die Übergänge der einzelnen Ideologien fließend und manche Akteure können gleichzeitig in mehreren Gruppen oder Szenen, wie sie im Theorieteil unterteilt wurden, agieren.

3.2 Salafismus in Österreich

3.2.1 Missionarischer Salafismus

Zum missionarischen Salafismus in Österreich konnte nur der Hinweis gefunden werden, dass sich ausländische Angehörige dieser Gruppierung in Österreich aufgehalten haben. In

österreichischen Medien war im Jahr 2005 zu lesen, dass sich Missionare der *Tablighis* in Linz befinden sollen. Es gebe Hinweise von deutschen Verfassungsschützern, dass diese Organisation Gläubige und vor allem Konvertiten zum Djihad inspiriere (vgl. News 2005).

3.2.2 Propagandistischer Salafismus

Als Beispiel für einen Anhänger des propagandistischen Salafismus kann der Imam oder Prediger Suk genannt werden. In einem Video, das der deutsche muslimische Starprediger Pierre Vogel bei einem Besuch in Wien zeigte, wurde eine islamische Schule präsentiert, die von einem Österreicher namens Suk geführt wird. Dabei wird von Pierre Vogel auf die außergewöhnlich vorbildhafte Form dieser islamischen Einrichtung hingewiesen. Vogel propagiert, dass er sich so etwas für Deutschland auch wünsche (vgl. Suk 2008a). Die „Zurschaustellung“ von Konvertiten, die für den Islam etwas erreicht haben, ist ein eindeutiges Handlungsmuster des propagandistischen Salafismus. Suk und Vogel sind beide selbst zum Islam konvertiert. Bei Suk handelte es sich um den Österreicher Muhammad Ismail. In seinem „früheren Leben“ als Nichtmuslim soll er gemäß seiner eigenen Erzählungen Diskothekenbesitzer gewesen sein, bis er den wahren Glauben kennenlernte. Er hielt sich einige Jahre in Pakistan auf, bevor er wieder nach Wien kam. Suk hieß, bevor er diesen Namen annahm, Bernd Matschedolnig, der 1949 in Wien geboren wurde (vgl. Podcast 2009).

Veröffentlichungen zur Person Suk mit Pierre Vogel, in denen Suk auch selber zu Wort kommt, werden auf Webseiten im Internet angeboten (vgl. Suk 2008b).

Im Rahmen dieses Aktivismus zeigen sich die Protagonisten als absolut in der salafistischen Tradition verankerte Menschen. Sie treten mit typischem kinnlangen Bart und traditioneller Bekleidung auf. Vor allem hier zeigt sich ein starker Einfluss des salafistischen Denkens, das sich an den so genannten Altvorderen der frühislamischen Phase zur Zeit des Propheten orientiert. Das äußert sich nicht nur im traditionellen Erscheinungsbild, sondern vielmehr darin, dass ein großer Teil dieser Akteure in Saudi Arabien oder an Instituten, die durch spezielle wahhabitische Einrichtungen unterstützt werden, religiös ausgebildet wurde. Gemäß den Recherchen von Christof Erhard genoss Vogel eine Ausbildung in Saudi Arabien. Dort verbrachte Vogel einige Zeit an der

Universität von Mekka, wo nach wie vor ein puristischer wahhabitische Islam gelehrt wird (vgl. Erhardt 2007).

In Österreich hielt Vogel mehrere Vorträge, die von vielen Muslimen besucht wurden, wie beispielsweise jener in Graz in der Lagergasse 57a am 16.05.2008 (vgl. Tasnim 2008, online).

In Deutschland bezeichnet man Vogel von staatlicher Seite als „problematisch“. So treibt der charismatische Konvertit Pierre Vogel, der zwar in seinen Ansprachen im Internet den Terror ablehnt, mit seinen Parolen die Radikalisierung von Muslimen voran (vgl. Jansen 2008).

Eine weitere Szene, die dem propagandistischen Salafismus zuzuordnen ist, stellt die bosnische salafistische Szene in Österreich dar, die sich nach dem Krieg am Balkan in Österreich etabliert hat. In einem Artikel der Zeitung Der Standard wird beschrieben, wie bosnische Islamisten in Österreich ein Drohvideo verbreiteten. Die Treffpunkte dieser so genannten Wahhabiten sind die *Sahaba*-Moschee im 7. Bezirk so wie die *Tehwid*-Moschee im 12. Bezirk in Wien. Die Islamisten aus Wien werden laut dem Artikel im Standard in Bosnien von der offiziell gemäßigten islamischen Gemeinschaft (IZ) schon seit geraumer Zeit kritisch beobachtet, weil sie auf die extrem radikalen Muslime am Balkan erheblichen Einfluss haben. Die so genannten Wahhabiten, die als sehr extrem gelten, werden von Wien aus gesteuert (vgl. Der Standard 2008).

Die Gruppe teilt sich derzeit in die Anhänger von Muhamad Porca, der mit den offiziellen Vertretern der islamischen Gemeinde in Bosnien einen Machtkampf führt, und die Anhänger des als unberechenbar geltenden Nedžad Balkan alias Ebu Muhammed. Nedžad Balkan verbreitete im Jahr 2008 sein religiöses Verständnis in einem Gebetsraum, der *sahaba*-Moschee genannt wird. Die Gruppe bezeichnet sich als *kelimetul Haqq*. Übersetzt bedeutet das „das wahre Wort“. Diese Gruppe gehört zu der Strömung *al-takfir wal-hijra*. Die Takfiris akzeptieren keine Muslime, die nicht streng nach ihrer übertriebenen Islamauslegung leben und lehnen diese als Ungläubige ab (vgl. Der Standard 2008).

Zur Entwicklung dieser islamistischen Szene in Bosnien und ihrem Bezug nach Österreich äußerte sich Mirko Okolić, Leiter der bosnischen Parlamentskommission zur Kontrolle der Nachrichtendienste, folgendermaßen. Die Behörden der Bosniakisch-Kroatischen

Föderation hätten die Salafisierung der Ortschaft Gornja Maoča in eine Wahhabiten-Oase zugelassen. Die Islamisten aus Gornja Maoča sind auch in einem anderen Zusammenhang zu betrachten, da sie auch wegen ihres engen Kontaktes zu Muhamad Porca, dem Leiter der Gemeinschaft der bosnischen Muslime in Wien, aufgefallen sind (vgl. ORF 2010).

Porca wird als der größte Konkurrent des muslimischen Oberhauptes in Bosnien, des Reis-ul-Ulema Mustafa Cerić, wahrgenommen. Weniger bekannte Wahhabiten-Gruppen in Bosnien sind auch in der Gegend von Sanski Most, Prijedor und Tešanj ansässig. Diese Islamisten sind in Bosnien-Herzegowina seit dem Krieg anwesend. Mehrere tausend Mudjahedin aus islamischen Staaten kämpften während des dreijährigen Bosnienkrieges von 1992 bis 1995 an der Seite der bosniakisch-muslimischen Armee. Nach dem Krieg erhielten einige Mudjahedin als Entgegenkommen für ihre Leistungen von der bosnischen Regierung die bosnische Staatsbürgerschaft. Nach den Terror-Anschlägen vom 11. September 2001 in New York wurden auch in Bosnien Anstrengungen unternommen, den Einfluss dieser radikalen Islamisten einzuschränken. Durch diese Maßnahmen der staatlichen bosnischen Institutionen gegen die Islamisten wurden mehrere radikal-islamistische Gruppen in Bosnien zerschlagen. Verboten wurde ebenso die Arbeit einiger von Sarajevo aus operierender islamischer Hilfsorganisationen (ORF 2010).

Im Februar 2008 wurde das Salafisten-Dorf Gornja Maoča von der bosnischen Polizei durchsucht. Es wurden illegale Waffen gefunden und einzelnen Personen wurde der Angriff auf die Verfassungsordnung vorgeworfen. Für die Männer mit langen Bärten gelte nur die *sharia*. Als Dorfvorsteher gilt der Imam Nusret Imamovic. Imamovic ist im Auftrag von Porca aus Wien gekommen und hat diese islamistische Gemeinde aufgebaut. Die beiden scheinen enge Vertraute zu sein. Der serbische Arbeits- und Sozialminister Rasim Ljaic behauptete nach dieser Großrazzia in Gornja Maoča, dass Wien das Zentrum dieser Salafisten sei (vgl. Schüller 2010).

Zu Nedžad Balkan und seinen Aktivitäten schrieben Schmidinger und Larise, dass seine Islaminterpretationen denen der Salafisten entsprechen. Diese Bewegung glaubt an die zeitlose Reinheit des Korans und sie fordert die Rückkehr zu den authentischen Quellen des Islams. Schmidinger und Larise zeigen, dass jede Art einer kontextgebundenen Interpretation von diesen Islamisten als Erneuerung abgelehnt wird und diese Salafisten glauben, dass nur sie eine unverfälschte Lehre des Islam vertreten. Alle anderen Muslime,

die nicht nach ihren Vorstellungen leben und somit von dieser unverfälschten Lehre abweichen, werden von ihnen diffamiert als *kuffar*, also als Abtrünnige bezeichnet. Nedžad Balkan, so analysieren Schmidinger und Larise, steht in der Tradition des Abu Muhammad al- Maqdisi, dem Autor des Buches *Demokratie ist Glaube*. In diesem Buch sieht al- Maqdisi in der westlichen Demokratie eine Religion. So wird laut al- Maqdisi jeder Muslim, der an einer demokratisch strukturierten Wahl teilnimmt, automatisch zum Ungläubigen. Diese Muslime verdienen die Verdammnis, weil sie durch die Teilnahme an den Wahlen vom Glauben abgefallen sind. Auch wird jeder Muslim als abtrünnig bezeichnet, der westliche Gerichte anerkennt (vgl. Schmidinger / Larise 2008, S. 205-206).

Eine ähnliche Ansicht wird von einer staatlichen Einrichtung Sloweniens, dem Generalstab Slovenske vojske (General Staff of the Slovenian Armed Forces), vertreten und sie weist öffentlich zugänglich auf den saudischen Einfluss auf diese Gruppe hin.

„Among Bosnian Muslims, takfeer dawa started first to appear on the web site ‘Kelimetulhaq’ (Word of Truth). The site was first affiliated with the global jihad web site ‘Islamska drzava’, and had a similar content, focusing on jihad. The main ideologue whose lectures and writings were most frequently published on ‘Kelimetulhaq’ was Ebu Muhammed. Ebu Muhammed, a former student at the University in Medina, currently living in Vienna, is a charismatic dai, who started to preach his dawa within the circles of Porca, then took a more radical direction together with the global jihadi Bosnian dais in Vienna and, at the end, turn to the takfeer dawa.” (Greif 2010, S. 222)

Diese salafistische Strömung aus Bosnien wurden als *Aktiva Islamska Omladina* (AIO) bezeichnet, was soviel wie „Aktive Islamische Jugend“ bedeutet. Sie stellt und stellt eine der wenigen salafistischen Gruppen in einem konkreten bosnischen Kontext dar. Die AIO ist gemäß dem österreichischen Verfassungsschutzbericht aus dem Jahr 2005 in Österreich stark vertreten. Allgemein formuliert diese staatliche Institution, dass die salafistische Tendenz auch in Österreich im Zunehmen begriffen ist. Es wird gezeigt, dass in Österreich in Wien, Linz und Graz Aktivitäten der AIO feststellbar waren. Das europäische Zentrum der AIO für Europa ist Wien. Der Imam dieses Zentrums ist auch der Europaverantwortliche der AIO. Der Verfassungsschutz kommt zum Schluss, dass zu den

wichtigsten Aktivitäten der AIO in Wien die Produktion und Verbreitung von islamischen Schriften, Ton- und Datenträgern sowie von Propagandamaterial zählen. Diese Materialien sind nicht nur für die bosnische Diaspora in Österreich bestimmt, sondern dienen ebenso für die Versorgung der gesamten bosnischen Diaspora in Europa. Der Verfassungsschutz bezeichnet Wien als Hauptzentrum dieser Szene und als weiterer Standort in Österreich wird Linz genannt. Als beobachtenswert gilt der direkte Zugang zu als eindeutig fundamentalistisch einzuschätzenden Diskussionsforen im Internet, der den Interessentinnen durch die AIO angeboten wird. Durch die AIO wird eine Radikalisierung muslimischer Jugendlicher gefördert und diese Tätigkeiten wird von dieser Gruppe auch in Zukunft weiter betrieben (vgl. Bundesministerium für Inneres Österreich 2006, S. 71).

In einem Artikel in den Salzburger Nachrichten wird die Politikwissenschaftlerin Dunja Larise interviewt. Sie sorgte mit ihren Veröffentlichungen für Aufregung, weil sie wichtige Mitglieder der Islamischen Glaubensgemeinde in Österreich in die Nähe des politischen Islams rückte (vgl. Salzburger Nachrichten 2009, S. 7).

„Dunja Larise spricht von etwa fünf bosnischen Vereinen in Österreich, deren Akteure Anhänger sehr konservativer Strömungen des Islam seien, vermutlich auf Unterstützung aus Saudi Arabien zählen können und wie Geheimgesellschaften operieren. [...] Die überwältigende Mehrheit der Bosnier in Österreich sei säkular. Aber die, die islamisiert wurden, wurden vor allem in Wien islamisiert und das nicht unbedingt von Bosniern.“ (Salzburger Nachrichten 2009 S.7)

Die Antwort auf die Frage, von wem und wie die säkularen Bosnier in Österreich islamisiert wurden, könnten ansatzweise die Recherchen von Hofbauer liefern. Laut Hofbauer ist die *Tawhed*-Moschee, auch bekannt als Verein zur Förderung der Islamischen Kultur, in der „Meidlinger“ Murlingengasse 61 in Wien ein Zentrum des bosnischen Salafismus, von wo aus die Szene in ganz Europa mit Propagandamaterial versorgt wird. Ein weiteres Zentrum in Österreich, von dem eine starke Indoktrinierung ausgeht, ist die *Subul Elsalam*-Moschee in der Grazer Großmarktstrasse 10 (vgl. Hofbauer 2009, S. 299-302). Weitere Recherchen von Hofbauer, der sich meist auf Informationen aus Polizeikreisen beruft, zeigen, dass sich die propagandistische Szene stark an die djihadistische, salafistische Szene annähert. Dabei stellt Hofbauer eine Vernetzung von

Ideologen und Personen dar, die eine Nähe zu Terrorgruppen haben. So ist die Hausbesitzerin der Murlingengasse 61, Muslima Moustefai-Thiba geborene Dragica Supe, die Ex-Schwiegermutter von Scheich Adnan Ibrahim (vgl. Hofbauer 2009, S. 307). Ibrahim wurde bekannt, weil ihm als Prediger nachgesagt wird, die Hamas zu unterstützen und Hasspredigten zu verbreiten (vgl. Hofbauer 2009, S. 177 und 183). Frau Muslima Moustefai-Thiba heiratete in zweiter Ehe Abdel Kader Moustefai-Thiba, der in enger Verbindung mit der algerischen Terrorgruppe FIS (Front Islamique du Salut) stehen soll (vgl. Hofbauer 2009, S. 307). Die FIS gilt als Zweig der algerischen Muslimbruderschaft und ist für ihre Verstrickung in Gewalttaten bekannt. Gemäß der Vorstellung der FIS sollen sich der Staat und die Gesellschaft strikt nach der *sharia* ausrichten (vgl. Innenministerium Nordrhein-Westfalen 2007, S. 204).

Eine weitere Verbindung zu einer islamistischen Terrorgruppe und der *Tawhed*-Moschee in der „Meidlinger“ Murlingengasse 61 beschreibt Hofbauer wie folgt. Die Anhänger der Terrorgruppe *al- Tawhed wa al- Jihad* sich schwarze Blumen. Einer dieser Terroristen, schreibt Hofbauer, soll der im Irak geborene österreichische Staatsbürger Shamal Habib Salih, wahlweise auch al- Kurdy Salih Abu genannt, sein. Recherchen ergaben, dass er zwischen Februar 1997 und Oktober 2003 in einer Gemeindefwohnung am Schöpfwerk in Wien-Meidling gemeldet war. Einer der Hauptmieter dieser Wohnung war auch Samir Kehonjic, ein österreichischer Staatsbürger, der aus Bosnien stammt und ebenfalls als Vorstandsmitglied im Verein zur Förderung der Islamischen Kultur fungiert. Kurdy war dem Vernehmen nach Generalsekretär des Vereins Saudisches Hilfskomitee für die Flüchtlinge von Bosnien-Herzegowina und der Saudi High Commission. Auch war er ein Vorstandsmitglied der Terrorgruppe *al Gamma al Islmamia*. Diese Organisationen spezialisierten sich gemäß Hofbauer auf ein besonderes soziales Engagement, dass vom Glauben an den heiligen Krieg inspiriert war (vgl. Hofbauer 2009, S. 306).

Eine Organisation, die sich des Kampfes der Muslime gegen die Serben annahm und ihre gläubigen Brüder mit Geld und religiöser Indoktrinierung unterstützte, war oder ist die Third World Relief Agency (TWRA) in der Prinz-Eugen-Strasse 36 in Wien (vgl. Hofbauer 2009, S. 301). Die salafistische Entwicklung der Bosnier wurde von einem Personenkreis aus der TWRA mitgestaltet. Jürgen Elsässer (2005) kommt in seinen Recherchen im Zusammenhang mit der TWRA und den bosnischen Mudjahedinkämpfern

zum Schluss, dass ein beachtlicher Teil dieser Unterstützung aus Wien stammte. Zwei der Hauptakteure im Zusammenhang mit diesen Organisationen waren Fatih Hassanein und Sukarno Hassanein (vgl. Elsässer 2005, S. 51).

Nähere Hintergründe zu diesen Personen und ihren Aktivitäten in Österreich wurden ebenso von Elsässer recherchiert. Demnach war Fatih Hassanein damals Angestellter der sudanesischen Botschaft im kroatischen Zagreb, er leitete die Organisation TWRA seit ihrer Gründung. Im Jahr 1992 stellte der „bosnisch-muslimische“ Außenminister Haris Silajdzic Fatih Hassanein eine Vollmacht für die Erste Österreichische Bank in Wien aus. Das ermöglichte Hassanein die Eröffnung eines Kontos, über das ab diesem Zeitpunkt alle „Schattenaktivitäten“ der TWRA abgewickelt wurden. Hassanein ist gemäß den Recherchen von Elsässer der Mittelsmann, der den damaligen bosnischen Präsidenten Izetbegovic mit Osama bin Laden in Verbindung brachte. Der Mediziner Hassanein war seit Ende der siebziger Jahre der engste Berater von Hassan al- Turabi. Al- Turabi war der Führer der Moslembrüder im Sudan. Seine Nationale Islamische Front (NIF) übernahm im Jahr 1989 durch einen Putsch die Macht im Land und führte die *sharia* ein. Somit stieg auch Hassanein zu einer der wichtigsten Personen für die islamistische Sache auf. Wie verknüpft diese Islamisten waren, kann dadurch gezeigt werden, dass das Regime von al- Turabi, Osama bin Laden ab 1991 Asyl gewährte. Im September 1995 wurden bei einer Razzia im TWRA-Hauptquartier in Wien von deutschen und österreichischen Ermittlern Unterlagen über viele finanzielle Transaktionen gefunden. Mit diesen finanziellen Mitteln wurden seit den späten 80er-Jahren viele islamistische Kämpfer unterstützt (vgl. Elsässer 2005, S. 51-52).

Osama bin Laden soll gemäß den Recherchen von Elsässer im Jahr 1993 an der bosnischen Botschaft in Wien ein Reisepass ausgestellt worden sein. Auffallend dabei ist, dass der damalige verantwortliche Botschaftsrat, Hussein Zivalj, zugleich Vizepräsident der TWRA war. Bin Laden soll in Wien mit dem Tunesier Adouni Mehrez in der Botschaft einen Reisepass erhalten haben. Mehrez war später an den Attentaten auf die US-Botschaft in Ostafrika beteiligt, bei dem es dutzende Todesopfer gab (vgl. Elsässer 2005, S. 64-65).

Als Gemeinsamkeit dieser Akteure kann neben ihrem Engagement für die „bosnische Sache“ vor allem der Islamismus in seiner populistischen salafistischen Weise gelten. Im

Rahmen dieses Abschnitts wurde dargestellt, wie der propagandistische Salafismus fließend in den djihadistischen Salafismus übergehen kann. Die speziell djihadistischen salafistischen Handlungsmuster in Österreich werden im folgenden Kapitel dargestellt.

3.2.3 Djihadistischer Salafismus

Der djihadistische Salafismus schließt in Anlehnung an den Theorieteil dieser Arbeit die Anwendung von Gewalt mit ein. Genauer gesagt, inkludiert diese Form des Salafismus auch die Androhung von oder die Aufforderung zu Gewalt. Dieses Handlungsmuster kann auch als terroristisch bezeichnet werden. Vor allem die Verurteilung von Mohamed M. und Mona S. in Österreich zeigte, dass es auch hier Personen gibt, denen ein terroristisches Handlungsmuster unter islamistischen Vorzeichen, also ein djihadistisches salafistisches Handeln zugeschrieben werden kann. Da im Theorieteil auf die Bedeutung und den Begriff Djihadismus eingegangen wurde,²⁴ wird einleitend in diesem Teil der Arbeit das djihadistische salafistische Handlungsmuster im Kontext der bestehenden österreichischen Gesetzeslage beschrieben. Nachdem sich der djihadistische Salafismus als extremistisch und terroristisch einstufen lässt, werden nun einige Aspekte, die diese Handlungsweise unter dem Blickwinkel des österreichischen Strafgesetzbuches behandeln, genauer erläutert.

Hinsichtlich der terroristischen Aspekte des djihadistischen Salafismus verdient eine Definition von Peter Waldmann (2005) Beachtung. Waldmann beschreibt den Terrorismus als planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge, die sich gegen eine politische Ordnung richten und aus dem Untergrund geplant und geführt werden. Diese Taten haben das Ziel, vor allem Unsicherheit und Schrecken zu verbreiten. Dabei versuchen die Täter auch, Verständnis sowie Sympathie zu erzeugen, und hoffen auf Unterstützungsbereitschaft von diesen Sympathisanten (vgl. Waldmann 2005, S. 12).

Konkret auf Österreich bezogen gelten terroristische und demnach djihadistisch salafistische Handlungsmuster gemäß dem österreichischen Strafgesetzbuch als strafbare

²⁴ siehe S. 40-46

Handlungen. Diese richten sich gegen den öffentlichen Frieden. Was als eine terroristische Vereinigung in Österreich gelten kann, zeigt folgendes Zitat.

„Eine terroristische Vereinigung ist ein auf längere Zeit angelegter Zusammenschluss von mehr als zwei Personen, der darauf ausgerichtet ist, dass von einem oder mehreren Mitgliedern dieser Vereinigung eine oder mehrere terroristische Straftaten (§ 278c) ausgeführt werden.“ (StGB, § 278b, Abs. 3)

Nach Paragraph § 278c ist ersichtlich, was unter einer terroristischen Straftat zu subsumieren ist. Als terroristische Straftaten im Kontext des § 278c gelten Mord, Körperverletzungen, erpresserische Entführung, schwere Nötigung, gefährliche Drohung. Auch fallen darunter Taten wie schwere Sachbeschädigung und Datenbeschädigung, aber nur wenn dadurch eine Gefahr für das Leben eines anderen oder für fremdes Eigentum in größerem Ausmaß entstehen kann. Weiters gelten solche Taten als terroristisch, die geeignet sind, eine längere Zeit anhaltende Störungen des öffentlichen Lebens zu verursachen oder eine schwere Schädigung des Wirtschaftslebens herbeizuführen. Auch gelten solche Handlungen als terroristisch, die mit dem Vorsatz begangen werden, die Bevölkerung auf schwerwiegende Weise einzuschüchtern und öffentliche Stellen oder eine internationale Organisation zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung zu nötigen oder die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staates oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu erschüttern oder zu zerstören (vgl. StGB, § 278c).²⁵

Die durch die Medien bekannt gewordenen österreichischen Personen Mohamed M. und Mona S. zeigten so ein zuvor beschriebenes Handlungsmuster und dienen als ein Beispiel für den djihadistischen Salafismus in Österreich. Die folgenden Darstellungen beruhen zu einem Großteil auf dem Text von Eva Pentz et al. (2008), der den Sachverhalt um diese Personen anschaulich darstellt.

²⁵ Nach § 278c gilt eine Tat nicht als terroristisch, wenn diese Tat darauf ausgerichtet ist, eine Wiederherstellung von demokratischen und rechtsstaatlichen Verhältnissen zu erreichen und wenn sie auf die Wahrung oder Ausübung von Menschenrechten ausgerichtet ist.

Am 10. März 2007 wird ein Drohvideo veröffentlicht, in welchem die österreichische und die deutsche Regierung dazu aufgefordert werden, ihre Soldaten aus Afghanistan abzuziehen. Dieses Video erschien in einem islamistischen Internetforum mit dem Namen Globale Islamische Medienfront, besser bekannt unter dem Kürzel GIMF. Im Zuge der Ermittlungen konnten Mohamed M., Mona S. und eine weitere Person, Umer H., als Verantwortliche für dieses Video ausgeforscht werden. Bereits vor diesem Drohvideo traten Mohamed M. und Umer H. durch Veröffentlichungen des Vereins Islamische Jugend Österreichs (IJÖ) in Erscheinung. Mohamed M. gründete diesen Verein, weil ihm die Ausrichtung des Vereins der Muslimischen Jugend Österreichs (MJÖ) zu liberal und unislamisch war (vgl. Pentz et al. 2008, S. 47-49).

Um die ideologische Einbettung und Entwicklung von Mohamed M. darzustellen, werden einige Passagen aus den Veröffentlichungen auf der Website der IJÖ angeführt. Diese Texte der IJÖ sind zum Teil nicht mehr abrufbar, sie wurden aber in dem Text von Pentz et al. vor annähernd drei Jahren anschaulich zusammengefasst. Die folgenden Punkte behandeln nur die wichtigsten Textteile, die für diese Arbeit relevant sind.

So verkündet die IJÖ, dass die in Österreich lebenden Muslime in erster Linie Muslime sind, bevor sie Österreicher sind. Weiters ist zu lesen, dass die Geringschätzung des Propheten oder seine Missachtung mit dem Tod zu bestrafen ist. Die Rasur des Bartes stellt nach Ansicht der IJÖ so eine Geringschätzung dar.²⁶ Die Androhung des Todes weist eindeutig auf ein djihadistisches salafistisches Handlungsmuster hin. Zu Beginn des Fastenmonats Ramadan zeigt eine Veröffentlichung der IJÖ ihre Freund-Feind-Geitseshaltung, indem sie Allah um Schutz für die *umma* und den Sieg über ihre Feinde bittet. Es geht nicht klar hervor, wer als Feind gemeint ist. Weiters wird von der IJÖ die Taliban-Regierung in Afghanistan, die noch vor dem Jahr 2001 bestand, als fast perfekte islamische Gesellschaft angesehen, die von den Mächtigen der Welt zerstört wurde (vgl. Pentz et al. 2008, S. 69-72).

Djihadistischer werden die Handlungsmuster von Mohamed M. und seinen Verbündeten, wenn man einen Flyer der IJÖ betrachtet, der zur Unterstützung des Widerstands im Irak, in Palästina und in Afghanistan aufruft. In diesem Kontext zeigt sich, dass keine

²⁶ Diese Veröffentlichung der IJÖ beruht auf einer *fatwa* von Safet Kuduzowic.

Einschränkungen bei der Durchführung der Unterstützung des von ihnen propagierten Widerstandes hinsichtlich einer Gewaltanwendung bestehen. Die IJÖ befürwortet alle Mittel des Widerstandes als legitim und auch als nötig. Mohammed M. wendet sich energisch gegen österreichische Muslime, die sich gegen den gewalttätigen Dihad aussprechen, weil sie Kritik an dem Vorgehen der *al- Qaida* und den *Mudschaheddin* im Irak üben. Bei einer kritischen Veröffentlichung zum FPÖ-Wahlkampf wird Österreich von Mohamed M. indirekt mit Gewalt von Seiten der Muslime gedroht. Er rät der österreichischen Regierung, keine Gewaltausbrüche zwischen Muslimen und Muslimen zu provozieren (vgl. Pentz et al. 2008, S. 72-74).

Nach der Festnahme von Mohamed M. und Mona S. verfassten sie einige Briefe, die ebenso von Pentz et al. zitiert werden. Hinsichtlich der djihadistisch salafistischen Ausrichtung dieser Personen zeigen diese Briefe nach ihrer Verhaftung Widersprüchlichkeiten betreffend ihrer Aufforderungen in den vorhergegangenen Texten. Mona S. behauptet in der Untersuchungshaft, dass ihr Mann Mohamed M. nur den Unterdrückten und Bedürftigen helfen wolle und er nur ein Kriegsgegner ist, der diese Hilfe als seine islamische Pflicht sehe. Auch vertreten sie nicht den Weg der *al- Qaida* oder einer anderen terroristischen Organisation. Beide vertreten nur den Weg des Islam. Doch der Dihad ist nach dem Verständnis von Mohamed M. und Mona S. definitiv Teil des Islam.²⁷ Aber man will weder Unschuldige töten noch, dass Selbstmordanschläge verübt werden. Pentz et al. heben den Widerspruch deutlich hervor, und zeigen, dass die vorhergehenden Texte im Widerspruch zu den Behauptungen aus der Untersuchungshaft stehen. Denn die Gewalt der *al- Qaida* und der *Mudschaheddin* im Irak, wie sie Mohamed M. mit allen Mitteln unterstützen wollte, richtet sich sehr wohl gegen Unschuldige und gegen die Zivilbevölkerung (vgl. Pentz et al. 2008, S. 74-75).

Einerlei, wo nach den Ansichten dieser Personen Gewalt anzuwenden ist und wo nicht, wird Mohamed M. vorgeworfen, dass er Dihadisten dazu aufrief, in Österreich Attentate zu verüben.

²⁷ Dabei geht nicht klar hervor, ob es sich um den großen bzw. inneren Dihad oder dem kleinen bzw. äußeren Dihad handelt. Bei dem kleinen bzw. äußeren Dihad handelt es sich um die gewalttätige Form des Dihad (vgl. Halm, 2001, S. 87).

Marion Kraske (2007) recherchierte dazu konkretere Hintergründe, die mögliche Anschlagpläne beinhalteten. Dabei ist unklar, was die Ideen für einen Terroranschlag in Mohamed M. wachsen ließ. Zur selben Zeit wurden durch kanadische Ermittler, parallel zu Österreich, Untersuchungen unternommen, um einen in Kanada lebenden Helfer von Mohamed M. und seinem Umfeld festzunehmen. Durch diesen in Kanada lebenden Islamisten und Mohamed M. wurde gemeinsam eine Liste potenzieller Terrorziele angefertigt. Das Washingtoner Terrorforschungsinstitut SITE ist im Besitz dieser Liste, auf der Ziele und Pläne für einen Selbstmordanschlag, der während der Fußball-Europameisterschaft, die 2008 in Österreich und der Schweiz ausgetragen wurde, angeführt sind (vgl. Kraske 2007).

Wie die djihadistische salafistische Szene vernetzt ist, zeigen weitere veröffentlichte Beispiele. Der Vater von Mohamed M., Sami Mohamed Shawki M., leitete bis 2003 eine Moschee, die für ihre Besucher, die aus dem extremistischen islamistischen Umfeld stammen, bekannt ist. Bei dieser Moschee handelt es sich um die *Sahaba*-Moschee in Wien (vgl. Pentz et al. 2008, S. 48).

Später wird anhand von Kraskes Recherchen noch dargestellt, dass von Seiten der Ermittler in Erwägung gezogen wird, dass Mohamed M. stark von seinem Vater beeinflusst war, der eine hohe Affinität zum djihadistisch-salafistischen Milieu habe (vgl. Kraske 2007).

In der *Sahaba*-Moschee im 7. Wiener Gemeindebezirk predigte der Imam Eugen E., der im September 2006 eine Bombe oder einen Gegenstand, von dem eine Gefahr ausgehen könnte, in Wien deponierte. Dafür wurde er verurteilt und saß eine Haftstrafe ab (vgl. OE24.at 2007).

„Nach der Verhaftung des angeblichen Terror-Paten Mohamed Mahmoud (22) war sie in aller Munde: Die als extrem eingestufte Sahaba-Moschee in der Wiener Lindengasse, in der früher auch Mahmouds Vater Shawki predigte. Jetzt warf der radikale Imam des Gebetsraums, Abu Mohammad („der Bosnier“), das Handtuch. [...] Der Nachfolger des Vorbeters ist kein Unbekannter: Der gebürtige US-Amerikaner Eugen E. (30), genannt Imam Abu Ibrahim, war früher Baptist – und ist jener Konvertit, der am 11. September 2006 eine Bombenattrappe vor einem Lokal der Muslimischen

Jugend in Wien-Fünfhaus deponierte. Mit dramatischen Folgen: Die Polizei rückte mit Sonderkommandos und dem Entminungsdienst an.“ (OE24.at 2007)

Warum er damals diesen Gegenstand genau dort deponierte, erklärt Eugen E. in einem Interview damit, dass seiner Meinung nach die MJÖ so wie die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich unislamisch sind. Beide Organisationen handeln rein politisch und sie wollen die Muslime kontrollieren. Einige dieser Muslime gehen in Moscheen und melden das, was sie nicht als richtig empfinden, dem Verfassungsschutz. Das stelle nach den Ansichten von Eugen E. die einzige Aufgabe der Glaubensgemeinschaft dar. Bei diesem Interview mit Eugen E. tritt eindeutig seine Einstellung zur Demokratie zu Tage. Er behauptete, dass für ihn Demokratie Vielgötterei sei, so lehre es auch der Prophet Mohammed. Eugen E. hält sich an die Gesetze in Österreich. Er behauptet aber mit tiefer religiöser Überzeugung, dass ihn niemand zwingen könne, sich zur Demokratie zu bekennen. Eugen E. insistiert, dass die Demokratie, wie sie in Österreich gelebt wird, nicht islamisch ist (vgl. OE24.at 2007).

Im Fall von Eugen E. zeigen sich ähnliche Argumentationen wie bei Armin Bibars, der ebenso dem Umfeld der *Sahaba*-Moschee zugerechnet werden kann. Die djihadistisch-salafistischen Handlungsmuster verschmelzen also mit dem propagandistischen Salafismus. Gut ist dieser Zusammenhang von einer staatlichen Einrichtung Sloweniens, dem Generalštab Slovenske vojske (General Staff of the Slovenian Armed Forces), dargestellt worden.

„His [Ebu Muhammed, d.V.] radical orientation was observed also by Austrian authorities and in 2005, the Austrian antiterrorism unit in Vienna asked prosecutors to bring charges against him and another cleric, Armin Bibars, for justifying London bomb attacks in the Austrian media (Kocina, Nowak, 2005). Ebu Muhammed and Bibars were preachers in the Sahaba mosque - the mosque that had already been under police surveillance for a number of radical dais that preached there.“ (Greif 2010, S. 222)

Diese Zusammenhänge könnten aus einer gemeinsamen Ideologie stammen, die bereits vor mehreren Jahren von djihadistischen Salafisten aus Ägypten und dem Sudan nach Österreich gebracht wurde. Kraske zeigt in ihrem Text, dass Mohammed M. und seine Ehefrau österreichische Staatsbürger mit ägyptischer Abstammung sind. Vor seiner

Verhaftung wurde Mohamed M. monatelang von den österreichischen Behörden observiert. Laut Kraskes Recherchen wurde von den Ermittlern viel darüber spekuliert, ob seine radikale islamistische Haltung von seinem Vater herrühren könnte. Der Vater von Mahmud M. war früher Imam und soll Mitglied oder zumindestens ein Sympathisant der ägyptischen *Gama'a Islamiya* gewesen sein, die in der Vergangenheit Terroranschläge mit vielen Todesopfern verübte (vgl. Kraske 2007).

Einen Überblick über djihadistische Salafisten aus Ägypten und dem Sudan, die sich seit den 90er-Jahren in Österreich aufhalten, liefert die Organisation „Statewatch“, die versucht die Rechte der „Zivilen Freiheit“ zu fördern. Um das zu erreichen, stellt sie auch Dokumente online, die Details über Personen und Ermittlungsergebnisse beinhalten. Dabei wurde ein Dokument online gestellt, bei dem es sich um die Ablehnung einer Einbürgerung von einem mutmaßlichen Terroristen handelt (vgl. Statewatch 2006).

Es handelt sich um Omer Masaad B., dem von österreichischen Behörden vorgeworfen wird, dass er eine Gefahr für Österreich darstellt. Genau wird beschrieben, wie das FBI herausfand, dass kurz nach dem Attentat vom 11. September 2001 ein Anruf aus den USA bei einem Lokal im 8. Wiener Gemeindebezirk erfolgte. In diesem Telefonat ging es darum, weitere Anschläge zu planen, sowie um eine Gruppe, die Osama bin Laden nahe steht und die in Österreich aktiv ist. In diesem Bericht wird neben Omer Masaad B. auch Ab el- K. als gewalttätiger Islamist genannt. Dieser Personenkreis in Österreich soll auch dafür sorgen, dass freiwillige Muslime in Terrorlagern in Afghanistan ausgebildet werden können. Diese Personen haben eine Vielzahl von Kontakten in das islamistische extremistische Milieu in Österreich. Ab el- K. gilt als hochrangiges Mitglied der Terroristengruppe *al- Jihad* und soll Attentate im Zuge eines Aufenthaltes in Jemen koordiniert und geplant haben (vgl. Statewatch 2006).

Aktueller befasste sich 2009 Kurt Kuch mit einer *al- Qaida*-Terrorzelle aus Wien, die seit 2005 in den djihadistischen Salafismus in Afghanistan involviert ist. Dabei liegen ihm Dokumente von Behörden und Nachrichtendiensten vor und er führte Interviews in Bosnien mit einem der wichtigsten Mittelsmänner. Dieser Mittelsmann ist Nihad C., er kämpfte in Tschetschenien und im Bosnienkrieg sowie in Afghanistan und Pakistan. Nihad C. wurde 2007 vom Pakistanischen Geheimdienst ISI verhaftet und gefoltert. Dabei sagte er über seine Verbindungen nach Österreich aus.

„So identifizierte er den in Mödling geborenen und in Wien aufgewachsenen Abdulrahman Hussein, der in Waziristan als Sprengstoffausbilder für al- Qaida tätig gewesen sein soll. Hussein, der mit Geburtsnamen Hilal hieß, galt als Kopf einer sechs Mann starken Zelle österreichischer al- Qaida-Leute.“ (Kuch 2009, S. 27)

Es gelang Hussein, vier Personen zu rekrutieren. Diese Personen waren in Pakistan in einem *al- Qaida* Trainingslager. In Summe bestand die Gruppe aus Hussein, der bereits in Kampfhandlungen getötet worden sein soll, sowie Jamal Uddin Q., Menderes Y., Noureddine T. und Mehmet Ö. Diese Gruppe konnte nach einem Hinweis der CIA in einer längeren Operation der österreichischen Terrorermittler ausgeforscht werden. Im Februar 2008 stand in Deutschland Aleem Nasir vor Gericht, laut der Staatsanwaltschaft war er für die Geldbeschaffung und die Rekrutierung von Terroristen zuständig. Er stand neben dem deutsch-bosnischen Nihad C. auch mit dem Österreicher Abdulrahman Hussein in Kontakt. Aleem Nasir versuchte 2007 in Wien Floridsdorf der Mutter von Abdulrahman Hussein eine Nachricht von ihrem Sohn zu überbringen (vgl. Kuch 2009, S. 27-28).

In einem Folgebericht von Kurt Kuch in der News Ausgabe 16 / 2009 konnten weitere Hinweise zu Personen gefunden werden, die der djihadistischen salafistischen Szene angehören. Nihad C. ist einer der wenigen, der zu den genannten Personen Kontakt hatte und auch in einem Interview darüber spricht. Er spricht über seine guten Kontakte zu den Djihadisten in Afghanistan und Tschetschenien und seine Kontakte zur „Austro-al- Qaida-Zelle“. Nihad C. behauptet, den Österreicher Abdulrahman Hussein zu kennen. Genau beschreibt er, dass Hussein noch lebt und welche Funktion Hussein hat. Er ist für die Rekrutierung zuständig und er ist einer der mächtigsten Djihadisten in Österreich. Über den verhafteten Mohamed M. sagt Nihad C., er wäre ein Wichtigtuer und keine wichtige Person dieser Szene in Österreich. Auf die Frage, wer wirklich in Österreich für den Dschihad wichtig ist und ob er den in Wien ansässigen Armin B. kennt, antwortete Nihad C., dass Armin B. ein wichtiger Mann ist und betont extra, wie wichtig und extrem intelligent Armin B. ist (vgl. Kuch 2009, S. 34-35). Ob es sich bei dieser genannten Person, die mit Armin B. bezeichnet wurde, um die bereits in der Arbeit mehrmals erwähnte Person mit dem Namen Armin Bibars handelt, die in Bezug zur *Sahaba*-Moschee steht, kann nicht aus den Medienberichten festgestellt werden.

Um darzustellen, wie schlagkräftig das Umfeld dieser Dihadisten ist, erwähnt Nihad C., dass er selbst 300 Leute aus Algerien, Tunesien und Marokko ausgebildet hat und diese jederzeit in Europa zuschlagen können. Anschließend stellt er dar, wie wichtig die Sahaba Moschee in Wien ist. Er behauptet, dass den Wiener Behörden vor einiger Zeit eine wichtige Person entwischt sei. Den Namen nennt er nicht. Auch der bekannte Dihadist el- Misr soll laut Nihad C. zunächst in Neu Ulm gewesen sein und wurde dann über Österreich in das Kampfgebiet geschleust (vgl. Kuch 2009, S. 34-35).

Kurt Kuch führte im Dezember 2010 ein Interview mit einer Person, die behauptet, über Anschlagziele der *al- Qaida* in Österreich Bescheid zu wissen. Wenn man die Fotos in diesem Artikel mit den Fotos der Artikel aus dem Jahr 2009 vergleicht, dürfte es sich ebenfalls um Nihad C. handeln. Es wird behauptet, dass derzeit noch Personen in den Terrorcamps in Afghanistan oder Pakistan ausgebildet werden, die dann nach Europa zurückkehren sollen. Der in Kuchs Artikel als Informant bezeichnete Gesprächspartner weiß auch, welche Terrorziele in Österreich in Frage kommen. Er behauptet, es handle sich dabei um Einrichtungen wie das Parlament oder den Sitz des Bundespräsidenten und des Kanzlers. Insbesondere verwies der Informant auch auf jüdische Einrichtungen in Österreich als Anschlagziel (vgl. Kuch 2010, S. 16.).

Diese Ansichten eines ehemaligen Dihadisten zeigen, dass neben den staatlichen Einrichtungen, die vor allem die Demokratie repräsentieren, wie das Parlament, auch jüdische Einrichtungen als Terrorziele gelten. Somit zeigt sich auch im djihadistischen Salafismus eine Art des Antisemitismus wie auch eine Ablehnung der Demokratie.

4 Ergebnisse und Diskussion

4.1 Ergebnisse

Das Hauptanliegen dieser Arbeit war es, zu untersuchen, wie und ob sich der Islamismus in Österreich darstellen lässt. Dabei wurde im Theorieteil ausgearbeitet, was als Islamismus gelten kann und wie sich diese Annahmen begründen. Um klar darzustellen, was Islamismus ist und anhand welcher Handlungsmuster diese Ideologie bestimmt werden kann, wurden konkrete Begriffsbestimmungen ausgearbeitet. Anschließend wurde im Analyseteil ein Quellenkorpus auf diese Aspekte, an denen der Islamismus zu erkennen ist, untersucht. Dass der Antisemitismus ein Handlungsmuster des Islamismus ist und welche Rolle er in diesem Kontext spielt, wurde im Theorieteil ebenso dargestellt. Im Analyseteil konnte öfter dieses antisemitische Handlungsmuster mit islamistischem Duktus in Österreich beschrieben werden.

Die Gliederung in den politischen Islamismus und in die Unterstufen des Salafismus hat sich als geeignet erwiesen. Dieser Schritt vereinfachte die Darstellung der Subkulturen, auch wenn die Handlungsmuster in den einzelnen Subkulturen mit Handlungsmustern anderer Subkulturen verschwimmen können. Ebenso konnten auch Personen mehr als einer Subkultur zugeordnet werden. Die Subkulturen konnten in der vorgenommenen Unterteilung in Österreich gut dargestellt werden. Bis auf den missionarischen Salafismus wurden in dem Datenmaterial ausreichend Beschreibungen für islamistische Handlungsmuster mit einem Bezug zu Österreich gefunden. Für den missionarischen Salafismus fand sich lediglich der Hinweis, dass sich im Jahr 2005 Personen, die sich zu dieser Subkultur zählen lassen, in Oberrösterreich aufhalten sollen. Alle anderen Subkulturen, vor allem die des politischen Islam und die des propagandistischen Salafismus und sogar die Subkultur des djihadistischen Salafismus, der als terroristisch gelten kann, ließen sich in Österreich darstellen.

Bei dieser Unterteilung der Subkulturen konnte auch die im Theorieteil beschriebene Kategorisierung nach dem Grad der Gewaltbefürwortung angewendet werden. Dabei zeigte sich im Analyseteil eine ähnliche Affinität der einzelnen Subkulturen zur Gewalt, wie im Theorieteil dargestellt wurde.

Die Erläuterungen zu den ideologischen Wurzeln des Islamismus, die durch eine Ausarbeitung der am wichtigsten erscheinenden Ideologen erfolgte, diente als Ergänzung zu den Erklärungen über den Islamismus. Die einzelnen ideologischen Muster, wie sie bei al- Wahhab, Raschid Rida und Sayyid Qutb gezeigt wurden, konnten im Analyseteil nicht exakt auf einzelne Subkulturen übertragen werden. Diese ideologischen Konzepte spiegelten sich dennoch als Mischform in den Handlungsmustern der Subkulturen wider. Speziell die ideologischen Kernpunkte von an- Nabahni und Erbakan konnten bei der *Hizb ut-Tahrir* und der *Milli Görüs* in Österreich nachgewiesen werden. Diese Kernpunkte waren bei der *Hizb ut-Tahrir* vor allem der Antisemitismus unter dem Aspekt der Zerstörung des Staates Israel so wie die Befürwortung von Gewalt. Bei der *Milli Görüs* waren die Aufrufe zur Demonstration gegen den Staat Israel, mit denen einige antisemitische Agitationen einhergingen, gut mit der Ideologie von Erbakan in Einklang zu bringen. Der Islamismus gepaart mit einer Art türkischem Nationalismus, der bereits in dem Begriff *Milli Görüs*, was so viel bedeutet wie nationale Sicht, zum Ausdruck kommt, war in Österreich tendenziell merkbar. Auf der besagten Demonstration, an der die *Milli Görüs* über die IHHA stark beteiligt zu sein gewesen scheint, wurde gegen die Erstürmung von türkischen Schiffen durch israelische Sicherheitskräfte demonstriert. Man könnte argumentieren, dass nicht nur für die Palästinenser und gegen die Gewaltanwendung Israels demonstriert wurde, weil sich fast ausschließlich muslimische Organisationen für diese Sache einsetzten und es sich daher vor allem um eine Dynamik mit muslimischen Aspekten handelte. Daher ließe sich argumentieren, dass es in erster Linie eine Art muslimische Veranstaltung war. Die Unterstützung von Organisationen mit türkischem Hintergrund könnte die nationalen Gefühle dieser Subkultur bei dieser Demonstration ebenfalls stimuliert haben.

Da zu Beginn der Kategorisierung des Datenkorpus nicht eindeutig absehbar war, zu welcher Subkultur wie viel Material gefunden werden kann, war es aus der Sicht des Autors erstaunlich, dass zum djihadistischen Salafismus anschauliche Beispiele mit Österreichbezug gefunden werden konnten. Das bedeutet, dass diese Subkultur, bei der am ehesten eine Gewaltanwendung und auch die Androhung von Gewalt zu erkennen ist, ebenso in Österreich existiert. Inwieweit von diesen verschiedenen Subkulturen eine direkte Bedrohung für die offene, demokratische Gesellschaft Österreichs ausgeht, obliegt unter anderem der Beurteilung der Sicherheitsorgane des Innenministeriums. Einen guten

Überblick, wie das österreichische Innenministerium diese Gefährdungen einschätzt, liefern die Verfassungsschutzberichte. In den Verfassungsschutzberichten Österreichs wird auf die Muslimbruderschaft sehr selten eingegangen und in den letzten Jahren wird sie auch nicht mit Österreich in Bezug gebracht. Die *Milli Görüs* wird in diesen Berichten überhaupt nicht erwähnt. Im Gegensatz dazu werden diese Subkulturen in den deutschen Verfassungsschutzberichten sehr wohl erwähnt und es wird auch darauf hingewiesen, dass sie auf Grund ihrer islamistischen Handlungsmuster unter Beobachtung stehen. Warum diese Gruppen von deutschen und österreichischen Behörden so unterschiedlich wahrgenommen wurden, konnte im Zuge dieser Arbeit nicht herausgefunden werden.

Die folgende Tabelle soll einen zusammenfassenden Überblick über die einzelnen Subkulturen geben und veranschaulichen, anhand welcher Handlungsmuster diese als islamistisch gelten können und welche dieser Handlungsmuster jeder dieser Subkulturen zugeordnet werden können. Diese Tabelle versucht, die Ergebnisse aus dem Analyseteil mit Bezug auf die angewendete Theorie aus dem ersten Teil der Arbeit übersichtlich darzustellen. Die Merkmale, die in dieser Tabelle angegeben werden, beziehen sich nur auf die Handlungsmuster, die im Datenkorpus mit einem Österreichbezug gefunden werden konnten. Das bedeutet, wenn eine Organisation (Subkultur) in einem anderen Staat, wie es oft im Analyseteil beschrieben wurde, mit einem bestimmten Handlungsmuster aufgefallen ist, sie aber nicht mit diesem Handlungsmuster in Österreich auffiel, wird dieses Handlungsmuster in der jeweiligen Spalte nicht berücksichtigt. Wenn in einem Feld kein Handlungsmuster für Österreich erkannt wurde, ist es ohne Markierung als freies Feld in der Tabelle belassen worden.

Diese Darstellungen und Zuordnungen sind ein Versuch, diese komplexe Thematik zu veranschaulichen. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass diese Tabellen-Einteilung nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann. Inwieweit ein Handlungsmuster als stark, ausgeprägt, merkbar oder latent festgestellt wurde, hängt davon ab, mit welcher Deutlichkeit das Handlungsmuster zu Tage trat. Auch richtet sich dieser Einteilungsversuch danach, ob dieses Handlungsmuster im Datenkorpus mehrmals festgestellt wurde. Ein weiterer Aspekt war, ob diese islamistischen Handlungsmuster nur latent mitschwangen oder direkt zutage traten, z. B. wenn sie sich in Interviews zeigten oder bei Veranstaltungen im öffentlichen Raum eindeutig festgestellt werden konnten.

Der Autor weist dezidiert darauf hin, dass diese Darstellung der Ergebnisse aus der Analyse in dieser Form auch subjektiv geprägt ist und weiter diskutiert werden sollte. Auffallend bei dieser Art der Darstellung ist, wie verbreitet die Kategorie des Antisemitismus in den Subkulturen ist. Antisemitismus ist bei den „politischen Islamisten“ aufgefallen, aber auch bei den djihadistischen Salafisten. Es zeigt sich somit in dieser Arbeit, dass der Antisemitismus das am häufigsten verbreitete Handlungsmuster im österreichischen Islamismus ist. Dieses Handlungsmuster wurde bei vier Subkulturen festgestellt. Die Kategorie antidemokratisch, die sich vor allem am Argumentieren gegen Wahlen zeigte, konnte bei drei Subkulturen festgestellt werden. Diese sind die propagandistischen und djihadistischen Salafisten und die *Hizb ut-Tahrir*, die nicht den Salafisten zugeordnet wurde, sondern die noch an der Grenze zum Feld des politischen Islamismus eingeordnet wurde.

Tabelle 1: Islamistische Subkulturen in Österreich und ihre im Datenkorpus erkannten bzw. vorgefundenen Handlungsmuster

Subkulturen Handlungsmuster	MB	MG	HuT	Miss	Prop	Djihad
Gegen Rechtsstaatlichkeit	L		M			M
Antidemokratisch			A		M	M
Antisemitisch	M	M	S			M
Verhetzung	L		S		L	
Generell gegen die westliche Gesellschaft			M		L	M
Handlungen gegen Muslime, weil sie nicht islamisch genug sind					M	M
Aussprechen von Drohungen (auch indirekt)			M			S
Verursachen von Panik und direkte Gewaltanwendung						M
Kooperation mit Terrororganisationen und einzelnen Personen	M	M			M	S

Abkürzungserklärungen:

Subkulturen

MB: Muslimbruderschaft
 MG: Milli Görüs
 HuT: Hizb ut-Tahrir
 Miss: Missionarischer Salafismus
 Prop: Propagandistischer Salafismus
 Djihad: Djihadistischer Salafismus

Ausprägung der Handlungsmuster/ Merkmale

S: (stark) – zeigt, dass dieses Handlungsmuster bzw. Merkmal stark aufgefallen ist;
 A: (ausgeprägt) – zeigt, dass dieses Handlungsmuster bzw. Merkmal auffällig ausgeprägt ist;
 M: (merkbar) – zeigt, dass dieses Handlungsmuster bzw. Merkmal merkbar ist;
 L: (latent) – zeigt, dass dieses Handlungsmuster bzw. Merkmal latent mitschwang, aber dennoch feststellbar war.

4.2 Diskussion

In der folgenden Diskussion werden drei Punkte erörtert, die für die Untersuchung des Islamismus wichtige Aspekte beinhalten. Erstens soll es um die Anzahl der Islamisten in Österreich gehen. Zweitens wird die Rolle der Feindbilder im Prozess der Identitätsbildung (Wir und die Anderen) diskutiert. Drittens werden Mechanismen des Machtmissbrauchs durch religiöses oder mystisch-religiöses Legitimieren in extremistischen Bewegungen aufgezeigt. Als Beispiel werden Parallelen zwischen dem Islamismus und dem Rechtsextremismus bzw. Nationalsozialismus diskutiert.

1. Anzahl der Islamisten in Österreich – Ansätze und Diskussion:

Es sollte hinterfragt werden, wie viele Personen in Österreich als Islamisten bezeichnet werden können. Dabei steht man vor demselben Problem wie bei der Suche nach Darstellungen von islamistischen Subkulturen in Österreich. Die offiziellen Stellen, die mit diesem Themenfeld in Österreich befasst sind, geben dazu nichts in ihren Veröffentlichungen an. Ein Interview mit dem ehemaligen Innenminister Österreichs könnte möglicherweise hilfreich sein, um eine Antwort zu finden. Ernst Strasser meinte, dass nur ein ganz kleiner Teil der zugewanderten Muslime den Keim des Kampfes gegen die westliche Gesellschaftsordnung in sich trägt. Strasser präziserte, was er unter einem kleinen Teil versteht und behauptete, dass es sich um 3 bis 5% der Muslime handle (vgl. Staudinger 2010, S. 66).

Wie sich nun diese Behauptung auf exakte Zahlen übertragen lässt, ist fraglich. In der Studie von Mathias Rohe (2006), in der er die Integration von muslimischen MitbürgerInnen in Österreich untersucht, geht er von einer Anzahl von ca. 340.000 MuslimInnen in Österreich aus (vgl. Rohe 2006, S. 4). Somit würde Strasser von ca. 10.200 bis 17.000 möglichen Islamisten sprechen. Wesentlich exakter legen sich die Behörden Deutschlands betreffend der Darstellung des Islamismus fest. Sie zeigen in ihren Berichten, dass nur etwa 1% der Muslime in Deutschland als Islamisten gelten. Das entspricht, so die Behörde, etwa 32.000 Personen (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2008, S. 6).

Lehnt man sich an die „publikationsfreudigeren“ deutschen Sicherheitsexperten an, kann man in Österreich bei ca. 1% Islamisten von 3.400 Personen ausgehen, auf die diese

Bezeichnung zutreffen würde. Bei der Einschätzung, wie viele gewaltbereite Islamisten, also djihadistische Salafisten, es in Österreich gibt, kann ein Artikel der Zeitung Die Presse herangezogen werden, bei dem man sich auf Daten beruft, die direkt vom österreichischen Innenministerium stammen. Demnach sollen ca. 26 islamistische Extremisten unter Beobachtung stehen, von denen angenommen wird, dass von ihnen terroristische Gewalt ausgehen kann (vgl. Wetz 2010).

Unter den Aspekten der oben erwähnten Zahlen und Größenordnungen wäre von Interesse, wie groß die Anzahl der Personen ist, die anderen extremistischen Spektren in Österreich angehören. Solch ein Vergleich übersteigt den Rahmen dieser Arbeit, wäre aber notwendig, um eine Bedrohung, die vom Islamismus ausgeht, im Verhältnis zur der Bedrohung von anderen Extremismen beurteilen zu können. Wie real nun eine Bedrohung ist und wie real sie nicht ist, kann oft nicht in der Gegenwart beurteilt werden. Meist gelingt es nur in einem historischen Rückblick zu erfassen, wie stark extremistische Strömungen ein Gesellschaftssystem verändert haben. Nach dieser Untersuchung dürfte in Österreich also nur ein sehr kleiner Prozentsatz der MuslimInnen als islamistisch gelten. Umso wichtiger ist es, exakt zu beschreiben, was Islamismus ist. Damit kann ein Teil dazu beigetragen werden, dass nicht ein Großteil der MuslimInnen in Österreich wegen einem kleinen Prozentsatz von Islamisten einem islamophoben Klima ausgesetzt wird.

2. Identitäten – Feindbilder – Das „Wir-und-die-Anderen-Gefühl“ – Missbrauch der Religion – Islamismus als Identitätsgrundlage

Der Islamismus, der in dieser Arbeit untersucht wurde, stellt zum Großteil ein Feld dar, das MuslimInnen mit Migrationshintergrund betrifft. Wie bereits im Theorieteil erläutert, richten sich Islamisten mit ihren Agitationen hauptsächlich an die Muslime selbst und wollen ihnen zeigen, wie man „richtig“ zu leben hat. Dieses Feld ist nicht nur religiös beeinflusst, sondern auch kulturell bzw. von den mitgebrachten Traditionen. Leider muss dezidiert bemerkt werden, dass die MuslimInnen in manchen Bereichen in Österreich eine zum Teil islamophobe Ablehnung erfahren. Es wäre müßig zu diskutieren, ob sich einige muslimische MigrantInnen nicht integrieren wollen oder, ob sie, egal was sie machen, immer auf eine gewisse Art eine Ablehnung erfahren werden. Hauptproblem ist vielmehr, dass, egal von welcher Gruppe aus betrachtet, ein „Wir-und-die-Anderen-Gefühl“ besteht. Dieses „Wir-und-die-Anderen-Gefühl“ ist Teil von Identitätsbildung. Dabei zeigen die in

der Arbeit erwähnten Aspekte, wie Identitäten durch islamistisches Agieren geschaffen werden können.

Wie schafft man Identitäten, die ein Wir-Gefühl vergrößern und dabei kein Feindbild schaffen, das zur Stärkung der Kohäsion in der eigenen Gruppe dient? Diese Frage wäre ein Schritt zu einem Diskurs, der „die ÖsterreicherInnen“ genauso betrifft wie die ÖsterreicherInnen mit Migrationshintergrund und nichtösterreichische MigrantInnen.

Kulturen, Traditionen und Religionen spielen in diesem Kontext eine Rolle. Elisabeth Beck-Gernsheim stützt sich in ihrem Text „*Wir und die Anderen*“ auf Studien, die belegen, dass MigrantInnen die Traditionen aus ihren Herkunftsländern stark bewahren wollen. Dabei kommt es zu Loyalitätsbekundungen gegenüber der eigenen Gruppe aus dem Herkunftsland ebenso wie gegenüber den kulturellen bzw. traditionellen Werten. Durch das Leben in der Fremde finden viele MigrantInnen einen Weg in eine Re-Traditionalisierung oder auch Re-Ethnisierung. Beck-Gernsheim spricht auch bewusst die stark ausgeprägte Form des Exil-Nationalismus und der Exil-Religion an, die zu einer Identitätssicherung des Einzelnen oder einer Gruppe dienen kann. Oft entwickelt sich bei dieser Art der überhöhten Rückbesinnung auf bestimmte Werte eine romantische Übertreibung (vgl. Beck-Gernsheim 2007, S. 19-26).

Unter diesen Aspekten könnte auch die islamistische *Milli Görüs* (Nationale Sicht) gesehen werden, die sowohl religiöse als auch nationalistische Werte vertritt.

In dieser Arbeit wurde ein besonderes Beispiel angeführt, um darzustellen, wie durch den Islamismus Identitäten geschaffen werden. In dem Interview des 23-jährigen Yasir Firat trat zu Tage, wie ihm die Ideologie der *Hizb ut-Tahrir* neuen Halt in Österreich gab und er selbst behauptete, die Lösung seines Identitätsproblems damit gefunden zu haben, weil ihm mit Hilfe der *Hizb ut-Tahrir* bewusst wurde, dass durch diese Ideologie auch seine Identität bestimmt wird (vgl. Beig 2010).

Beck-Gernsheim bezeichnet so ein Bewusstsein als Anker der Identität. Sie zeigt deutlich auf, dass die Religion stärker in das Bewusstsein rückt und somit zum Merkmal der eigenen Gruppe wird. Diese Merkmale werden zur Identität des Einzelnen und bieten Schutz in einer ungewohnten und fremden Umgebung. Vor allem dient die Religion als Anker der Identität, wenn den MigrantInnen im Aufnahmestaat Ablehnung und Diskriminierung entgegen gebracht werden. Es konnte ein deutlicher Wandel in speziellen

Szenen beobachtet werden, die begannen, den religiösen Geboten des Islam wieder mehr Bedeutung in ihrem Alltagsleben beizumessen. Dazu wurde neben der Bartracht und den Gebetszeiten auch dem Kopftuch eine Symbolmacht übertragen, indem diese Symbole neu aufgeladen wurden und sich teils zum „Aushängeschild“ der kulturellen Differenzen entwickelten (vgl. Beck-Gernsheim 2007, S. 33).

Dazu kommt eine merkbare Islamophobie oder ein Antiislamismus, der den muslimischen MigrantInnen, aber auch den muslimischen ÖsterreicherInnen mit Migrationshintergrund durch verschiedene Gruppen im Aufnahmestaat entgegen gebracht wird.²⁸ So steht eine noch größere Abgrenzung ausgehend von „beiden Seiten“ einem Wir-Gefühl aller in Österreich lebenden Menschen im Weg. Oft werden Feindbilder von VertreterInnen diverser Gruppen für deren Machtbestrebungen benutzt. In der Vergangenheit wurden Religionen und Ideologien für machtpolitische Zwecke eingesetzt. Auffallend dabei war oft die Frage der Einheit, sei es die des Volkes oder der Gläubigen (*umma*). Als Begriff für die Einheit der MuslimInnen untereinander wird *etesam* verwendet. Sayyid Qutb, dessen Lehren von gewalttätigen Dihadisten herangezogen werden, soll oft genug die Muslime dazu aufgerufen haben, sich der wesentlichsten und notwendigsten Aufgabe zu widmen, nämlich der Vereinigung der Muslime (vgl. Taghrib 2010, S. 5).

Möglicherweise sollte man die Diskussion über extremistische Handlungsmuster vor allem unter dem Aspekt eines so genannten Identitätsfundamentalismus führen. Menschen in Umbruchsphasen, also jüngere Menschen, aber auch ImmigrantInnen, dürften mit Identitätskrisen konfrontiert sein. In diesen Phasen klammert man sich an Fundamente, die die eigene Identität ausmachen, oder entdeckt neue Identitäten, die als Fundament dienen und verteidigt werden müssen.

²⁸ Der Autor macht darauf aufmerksam, dass die MuslimInnen ohne Migrationshintergrund (z. B. Konvertiten) nicht speziell in diesem Kontext erwähnt wurden, weil sie eine noch eher kleinere Gruppe darstellen. Auf keinen Fall will der Autor diese Gruppe marginalisieren, weil sie auch im Feld des Islamismus einen wichtigen Multiplikator darstellen kann, wie man im Fall des Deutschen Pierre Vogel gut sehen kann.

3. Mechanismen des Machtmissbrauchs im Vergleich – Legitimation durch religiöses und mystisch-religiöses Argumentieren – Parallelen zwischen der Entwicklung des Islamismus und dem Nationalsozialismus bzw. Rechtsextremismus

Bei einigen Islamisten steht die Festigung des *tauhids*²⁹ (Einheit Allahs) im Bewusstsein der Muslime in der Art im Vordergrund, dass Zuwiderhandelnden nach dem Leben getrachtet wird. Goodrick-Clarke (2004) zeigt, wie die Einheit des Volkes und ihre mystisch-religiöse Überhöhung, die für die Rechtfertigung von Gewaltanwendung diente, missbraucht wurde, um die extremistische Ideologie des Nationalsozialismus voranzutreiben. Folgende Parallelen fallen bei dem Vergleich von salafistischer Rückbesinnung auf die Altvorderen bzw. auf das „Goldene Zeitalter“ (vgl. Dekmeijan 1985, S. 41-44) mit dem Elitismus der Arisophen auf, die über eine Zukunftsvision für die deutsche Nation phantasierten. Das Gefühl von Einheit entwickelte sich aus dem „metaphysischen Qualitätsanspruch“ (Wir sind etwas Besseres) für das auserwählte Volk (die Deutschen) und wird von Goodrick-Clarke als Gegenreaktion auf die Moderne gesehen, die dieses Volk bedrohe. Dadurch wurde von dieser Bewegung die Vergangenheit und die Tradition überbetont und somit erlangten diese Werte mystisch-religiösen Charakter (vgl. Goodrick-Clarke 2004, S. 11-12).

Ähnlich glaubte auch Gamal ad Din al- Afgani, dass die Moderne, die durch die Kolonialisten in die islamische Welt gebracht wurde, in dieser Form abzulehnen sei, weil dadurch der reine und ursprüngliche Islam mit allerlei Fremdem verwässert und verdünnt wurde (vgl. Schulze 2003, S. 31-32).

Die Mechanismen, die zum Extremismus führen können, ähneln sich oft stark. Wenn Goodrick-Clarke sich auf die mystisch-religiösen Vorbedingungen bezieht, um zu zeigen, was auch als Nährboden für den Nationalsozialismus diente, so kann eine Passage aus seinem Text auch auf den Islamismus angewendet werden.

²⁹ Diese Einheit Allahs wird oft dazu benutzt, um damit zu argumentieren, dass jeder, der neben Allah dem Einzigen etwas Zusätzliches beigesellt, Unrecht begeht. Auch der *shirk*, also das Beigesellen eines weltlichen Gerichtes oder einer weltlichen Gesetzgebung und des freien menschlichen Willens, zu oder neben Allah ist nach dieser Ansicht absolut abzulehnen (vgl. Philips 1982, S. 11-13).

„Dieses Sich-Verlassen auf pseudoreligiöse Ideen zum Zwecke der Legitimation zeigt uns, wie notwendig absoluter Glaube nach Meinung der Ariosophen für das Funktionieren einer Gesellschaft war.“ (Goodrick-Clarke 2004, S. 13)

Ebenso gibt es Parallelen in den Argumentationen und im Symbolischen zwischen rechtsextremen und islamistischen Agitationen. Die *Hizb ut-Tahrir* verwendet ähnliche Argumentationen wie der als rechtsextrem bezeichnete Parteivorsitzende der NPD, Holger Apfel, der seinen Antisemitismus gegenüber Israel gemeinsam mit Shaker Assem in einem Interview zum Ausdruck bringt (vgl. Schmidinger / Larise 2008, S. 132).

Weitere Gemeinsamkeiten von Islamisten und Rechtsextremen zeigen sich etwa bei rechtseoterischem Gedankengut wie dem Verschwörungsdenken (vgl. Meinung 2002, S. 65-66). Somit sollte in Betracht gezogen werden, wie ähnlich die Mechanismen sind, durch die Menschen in den Bann von Extremisten gezogen werden können, egal ob religiös oder politisch motiviert. Der Missbrauch von Symbolen oder Symbolmacht ist derselbe.

Im Fall des Nationalsozialismus war es die Einheit des Volkes, im Islamismus ist es nach wie vor die Überhöhung der Einheit der Gläubigen. So wird oft die eigene Gemeinschaft überhöht, und die „Anderen“ werden als minder betrachtet. Es ist egal, ob diese Vorurteile, die sich auch gewalttätig entladen, auf so genannten mystischen Interpretationen beruhen oder durch Auslegung einer Religion legitimiert werden. Mit gleicher Skepsis sollten alle Bestrebungen betrachtet werden, die ein Wir überhöhen, um andere auszugrenzen. Somit kann deutlich gezeigt werden, dass es einerlei ist, ob behauptet wird, das Vaterland braucht es oder Gott will es.³⁰

Ähnliche Mechanismen, bei denen mit der Masse und einem überhöhten Wir-Gefühl gespielt wird, spricht Elias Canetti an. In der Masse fühlt man, so Canetti, die Einheit und das Andersartige gefährdet die Existenz dieser einheitlichen Masse. Um zu überleben,

³⁰ Der Ausdruck „Gott will es“ (Deus lo vult) stammt aus dem Jahr 1095. Mit ihm antwortete die Menschenmenge Papst Urban II., als er in einer Predigt auf der Synode von Clermont zur Befreiung Jerusalems aufrief. Mit diesem Aufschrei der Menschenmenge rechtfertigte Urban II. den ersten Kreuzzug (vgl. Barth 2003, S. 16)

muss das Andere bekämpft werden. Als ein Massensymbol erkennt Canetti die Nation und sieht in ihr eine Religion. Um die Macht der Lenker dieser Massen zu erhalten, bedarf es nach Canetti einer permanenten Bedrohung (vgl. Barnouw 1988, S. 37-51).

Auch im Islamismus wird von den IdeolInnen, die sich eine devote *umma* (in diesem Kontext als „Masse“ der Gläubigen zu verstehen) wünschen, eine ständige Bedrohung des Islam ausgerufen, sei es durch den „Westen“, den Kapitalismus oder die Menschenrechte. Ein wichtiger Schritt, um in Österreich ein besseres Miteinander zu erreichen, könnte sein, wenn man aufhört, ständig mit einer Bedrohung Österreichs durch das Andere bzw. Fremde zu argumentieren. In dieser Arbeit wurde versucht, den Islamismus vom Religiösen zu entkoppeln und dieses ideologische Phänomen auf Basis der Extremismustheorie zu erörtern. Dabei wurden Parallelen zwischen politischem und religiös konnotiertem Extremismus und ihren Ideologien dargestellt und darauf aufmerksam gemacht, wie ähnlich die Mechanismen bedient werden können.

Schlussendlich muss auch erwähnt werden, dass auch in österreichischen staatlichen Einrichtungen hinsichtlich einer Trennung von Religion und Staat immer noch ein Problem besteht. So zeigen spezielle Gegebenheiten, dass Religiöses und Säkulares auch im Österreich des 21. Jahrhundert bei wichtigen staatlichen Institutionen noch immer nicht vollends getrennt wird. Österreich ist kein Gottesstaat, könnte man provokant behaupten. Mit einem ähnlichen Buchtitel (*Dies ist kein Gottesstaat*) behandelten Eva Pentz und weitere Autoren den Terrorprozess um Mohamed M. und Mona S. Das AutorInnenteam zeigte, dass der Vorsitzende Richter Gerstberger nach einer Diskussion über das Tragen des Gesichtsschleiers durch die Angeklagte in diesem Prozess zu Mona S. sagte, dass Österreich kein Gottesstaat sei, auch wenn sie sich das vielleicht wünschen würde. Das AutorInnenteam um Pentz spricht treffend an, wie problematisch der Umgang mit der Instanz einer Gottheit im Zuge eines säkularen Gerichtsverfahrens in einem demokratischen Rechtsstaat sein kann. Die AutorInnen zeigen deutlich, wie absurd es wirkt, eine Angeklagte auf Grund der Berufung auf die säkularen Werte des österreichischen Gerichts vom Prozess auszuschließen, wenn dennoch die Geschworenen ihren Eid mit dem Schwur „So wahr mir Gott helfe“ ablegen (vgl. Pentz et al. 2008, S. 81).

Somit kann gezeigt werden, welche Herausforderungen noch von staatlicher österreichischer Seite zu bewältigen sind, wenn dasselbe von in Österreich lebenden Gruppen verlangt wird.

Die Aufklärungsarbeit über den Islamismus sollte voranschreiten und ein Diskurs über Islamismus wäre am sinnvollsten, wenn er unter den MuslimInnen selbst entsteht. Dabei wäre es wünschenswert, wenn dieser Diskurs ohne ständige Beeinflussung von Personen vonstatten ginge, die vieles nur durch ihre eigene traditionelle und eurozentristische Brille betrachten, aber dabei übersehen, dass sie selbst Teil einer sich immer schneller globalisierenden Welt sind. Inwieweit wir von globalisierter Kultur oder Identität sprechen können, hängt auch davon ab, inwieweit man als Einzelner oder Gruppe akzeptiert, dass das kulturelle, wirtschaftliche bzw. militärische „Zentrum“ der Erde immer schon weiter gewandert ist und auch weiterwandern wird.

5 Abkürzungsverzeichnis

A	(ausgeprägt) – zeigt, dass dieses Handlungsmuster bzw. Merkmal auffällig ausgeprägt ist (Verwendung in der Übersichtstabelle)
AIF	Avusturya Islam Federasyonu
AKP	Adalet ve Kalkinma Partisi
BKA	Bundeskriminalamt Deutschland
BMI	Bundesministerium für Inneres Österreich
CDU	Christlich Demokratische Union (Deutschland)
DIF	Deutschsprachige Islamische Frauengesellschaft (Deutschland)
e.V.	behördlich eingetragener Verein
EMUG	Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft in Deutschland
EU	Europäische Union
FP	Fazilet Partisi
GIMF	Globale Islamische Medienfront
GMSG	Gesellschaft Muslimischer Sozial- und GeisteswissenschaftlerInnen in Köln
HuT	Hizb ut-Tahrir
IF	Islamische Föderation
IFW	Islamische Föderation in Wien
IGD	Islamische Gemeinschaft Deutschland
IGGiÖ	Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich
IGMG	Islamische Glaubensgemeinschaft Milli Görüs in Deutschland
IHH	Internationale Humanitäre Hilfsorganisation (Deutschland)
IHHA	Islamische Humanitäre Hilfsorganisation Austria

IJÖ	Islamische Jugend Österreichs
IRH	Islamische Religionsgemeinde Hessen
IRPA	Islamische Religionspädagogische Akademie
IRPI	Islamische Religionspädagogisches Institut
L	(latent) – zeigt, dass dieses Handlungsmuster bzw. Merkmal latent mitschwang, aber dennoch feststellbar war (Verwendung in der Übersichtstabelle)
M	(merkbar) – zeigt, dass dieses Handlungsmuster bzw. Merkmal merkbar ist (Verwendung in der Übersichtstabelle)
MB	Muslimbruderschaft
MEMRI	Middle East Research Institut
MG	Milli Görüs – Gesamtorganisation international
MJÖ	Muslimische Jugend Österreichs
MNP	Mili Nizam Partisi
MSP	Mili Selamet Partisi
MSV	Muslim Studenten Vereinigung in München
RL	Religionslehrer
RU	Religionsunterricht
S	(stark) – zeigt, dass dieses Handlungsmuster bzw. Merkmal stark aufgefallen ist (Verwendung in der Übersichtstabelle)
SP	Saadet Partisi
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
ZIF	Zentrum für Islamische Frauenforschung und Frauenförderung in Köln
ZVR	Zentrales Vereinsregister Österreich

6 Literaturverzeichnis

- Abdelkarim, Aziza / Ahmad, Saja / El Khalaf, Mona / Shah, Sana (2008): Die IGGiÖ und der Politische Islam. In: Schmidinger, Thomas / Larise, Dunja (Hrsg.): *Zwischen Gottesstaat und Demokratie. Handbuch des Politischen Islam*. Deuticke, Wien.
- Al- Afghany, Abu Hamzah (2007a): *Gesetzgeber neben Allah*. Verfügbar unter: <http://www.risalatulanbiya.com>, zuletzt abgerufen: 15.02.09.
- Al- Afghany, Abu Hamzah (2007b): *Entweder Muslim oder Muschrik*. Verfügbar unter: <http://www.risalatulanbiya.com>, zuletzt abgerufen: 15.02.09.
- Abu, Ibrahim (2008): Ohne Titel. Verfügbar unter: <http://www.oe24.at/zeitung/oesterreich/chronik/wien/article130838.ece>, zuletzt abgerufen: 14.06.09.
- Anderson, Perry (1979): Das Haus des Islam. In: Anderson, Perry: *Die Entstehung des absolutistischen Staates*. Suhrkamp, Frankfurt / M.
- An- Nabhani, Taqiyyu (1953): *Die Lebensordnung des Islam*. Al-Kjalifah Publications, London.
- Apfl, Stefan (2006): Allah und er: „Nur ein Muslim“. In: *Der Falter*, vom 03.05.2006. Verfügbar unter: <http://www.falter.at/web/print/detail.php?d=268>, zuletzt abgerufen: 03.06.2010.
- Apfl, Stefan (2009): Die Islamlehrer. In: *Der Falter*, vom 28.01.2009. Verfügbar unter: <http://www.falter.at/web/print/detail.php?d=842>, zuletzt abgerufen: 07.09.2010.
- Apfl, Stefan (2010): Omar Al- Rawi und die Hetze oder: Weltpolitik zu Gast im Rathaus. In: *Der Falter*, vom 21.07.2010.
- Aydin, Hayrettin / Halm, Dirk / Sen, Faruk (2003): *Euro Islam. Das Neue Islamverständnis der Muslime in der Migration*. Stiftung Zentrum für Türkeistudien, Essen.
- Backes, Uwe (1989): *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer Normativen Rahmentheorie*. Leske & Budrich, Opladen.
- Backes, Uwe (2001): Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 46.
- Backes, Uwe (2006): Politischer Extremismus – konzeptionelle Folgerungen aus begriffsgeschichtlichen Erkenntnissen. In: *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 18.
- Barnouw, Dagmar (1988): Anthropologische Phantasie. Canetti und Freud zum Phänomen der Masse. In: Pattilo-Hess, John (Hrsg.): *Canettis Masse und Macht oder die Aufgabe des gegenwärtigen Denkens*. Passagen, Wien.

- Barth, Reinhard / Birnstein, Uwe / Ludwig, Ralph / Solker, Michael (2003): *Die Chronik der Kreuzzüge*. Chronik-Verlag, Gütersloh / München.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (2007): *Wir und die Anderen*. Suhrkamp, Frankfurt / M.
- Beig, Stefan (2007): Ägyptische Regierung hat in der Bevölkerung keinen Rückhalt. In: *Wiener Zeitung*, vom 21.07.2007. Verfügbar unter: <http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3856&Al>, zuletzt abgerufen: 23.11.2010.
- Beig, Stefan (2009): Islamische Föderation: Politisch oder religiös? In: *Wiener Zeitung*, vom 22.10.2009.
- Beig, Stefan (2010): Das Kalifat als eigentliche Heimat. Islamisten verstehen den Islam als umfassende Lebensordnung. Einige überwinden so ihre Identitätskonflikte. In: *Wiener Zeitung*, vom 20.05.2010. Verfügbar unter: <http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3941&Alias=wzo&cob=494390>, zuletzt abgerufen am: 04.10.2010.
- Berger, Christoph (2009): Volksverhetzung – Leipziger Imam unter Verdacht. In: *Focus*, vom 25.05.2009. Verfügbar unter: http://www.focus.de/politik/deutschland/volksverhetzung-leipziger-imam-unter-verdacht_aid_402279.html, zuletzt abgerufen: 12.06.2009.
- Bergmann, Kristina (1998): Das Nahziel ist der Sturz der Regierung Mubarak. Sayyid Qutb und die Terrorgruppen Jihad und Jamaa. In: *Neue Zürcher Zeitung*, vom 12.06.1998.
- Bibars, Armin (2001): *Die Islamische Bewusstwerdung als gesellschaftliche-politische Bewegung und ihr methodisches Problem der Reimplementierung*. Diplomarbeit, Universität Wien.
- Binswanger, Karl (1977): *Untersuchungen zum Status der Nichtmuslime im Osmanischen Reich des 16. Jahrhunderts mit einer Neudefinition des Begriffes „Dimma“*. Dissertation, Universität München.
- Blume, Michael (2006): *Islam in Deutschland–Erstellung einer begründeten Prognose*. Fakultät für Kulturwissenschaften, Universität Tübingen. Verfügbar unter: http://www.blume-religionswissenschaften.de/.../Islam_in_Deutschland_Prognose_2030_Seminarbericht.pdf, zuletzt abgerufen: 20.10.2010.
- Brandl, Gregor (2009): Religionslehrer will sich nach Schimpforgie an nichts mehr erinnern. In: *Kronen Zeitung*, vom 15.04. 2009.
- Brauer, Rita (2004): Grundlagen der Scharia und ihre Anwendung im 21. Jh. In: Bundesministerium für Inneres (Hrsg.): *Islamismus*. Bundesministerium für Inneres, Berlin.

Brettfeld, Katrin / Wetzels, Peter (2007): *Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt*. Bundesministerium des Innern, Berlin.

Bucher, Rainer (2008): *Hitlers Theologie*. Echter Verlag, Graz.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2008): *Islamismus aus der Perspektive des Verfassungsschutzes*. Verfügbar unter: http://www.verfassungsschutz.de/download/de/publikationen/Islamismus/broschuer_e_6_0803_islamismus/thema_0803_Islamismus.pdf, zuletzt abgerufen: 23.10.2010.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2005): *Argumentation im Rechtsextremismus*. Bundesamt für Verfassungsschutz, Köln.

Bundesminister Maiziere (2010): Bundesminister Dr. de Maiziere verbietet Hamas-Spendenverein. Pressemitteilung des Bundesministerium des Innern. Verfügbar unter: http://www.bund.de/cln_165/ScaredDocs/Presse, zuletzt abgerufen: 13.07.2010.

Bundesministerium für Inneres (2010a): ZVR – Anfrage zu Islamische Föderation in Wien. Verfügbar unter: <http://zvr.bmi.at/start>, zuletzt abgerufen: 16.06.2010.

Bundesministerium für Inneres (2010b): ZVR – Anfrage zu Internationale Humanitäre Hilfsorganisation Austria. Verfügbar unter: <http://zvr.bmi.at/start>, zuletzt abgerufen: 17.06.2010.

Bundesministerium des Innern Deutschland (2008): *Verfassungsschutzbericht 2008*. Verfügbar unter: http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_pressefassung2008.pdf, zuletzt abgerufen: 12.09.2010.

Bundesministerium für Inneres Österreich (1999): *Staatsschutzbericht 1998*. Verfügbar unter: http://www.bmi.gv.at/cms/.../Verfassungsschutzbericht_1998.pdf, zuletzt abgerufen: 14.01.2010.

Bundesministerium für Inneres Österreich (2005): *Verfassungsschutzbericht 2004*. Verfügbar unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Verfassungsschutz/Verfassungsschutzbericht_2004.pdf, zuletzt abgerufen: 11.08.2010.

Bundesministerium für Inneres Österreich (2006): *Verfassungsschutzbericht 2005*. Verfügbar unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Verfassungsschutz/Verfassungsschutzbericht_2005.pdf, zuletzt abgerufen: 14.01.2010.

Bundesministerium für Inneres Österreich (2007): *Verfassungsschutzbericht 2006*. Verfügbar unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Verfassungsschutz/Verfassungsschutzbericht_2006.pdf, zuletzt abgerufen: 18.09.2010.

- Bunzl, John / Senfft, Alexandra (Hrsg.): (2008): *Zwischen Antisemitismus und Islamophobie*. VSA Verlag, Hamburg.
- Dabbagh, Hassan (2006): Menschen bei Maischberger. Verfügbar unter: http://www.daserste.de/maischberger/sendug_din~uid,3e5evm6lqzf4ptyjk23qcuii~cm.asp, zuletzt abgerufen: 12.03.2009.
- Dekmeijan, Richard Hrair (1985): *Islam in Revolution. Fundamentalism in the Arab World*. Syracuse University Press, New York.
- Der Standard (2008): Mit Videos auf Missionierungstour. Islamistische Gruppen, die ursprünglich vom Balkan stammen, agieren von Wien aus. In: *Der Standard*, vom 18.01.2008. Verfügbar unter: <http://derstandard.at/3187079>, zuletzt abgerufen: 13.11.2010.
- Die Presse (2010a): Anti-Israel-Demo: Kultusgemeinde erstattet Anzeige. In: *Die Presse*, vom 16. 06 2010. Verfügbar unter: <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/574130/index.do?from=simarchiv>, zuletzt abgerufen: 11.08.2010.
- Die Presse (2010b): Obama verspricht Finanzhilfe für Gaza. In: *Die Presse*, vom 10.06.2010. Verfügbar unter: <http://diepresse.com/home/politik/ausenpolitik/57>, zuletzt abgerufen: 13.07.2010.
- Dietl, Wilhelm (2006): *Das Terrorismus-Lexikon. Täter, Opfer, Hintergründe*. Eichborn Verlag, Frankfurt.
- Donnelly, Thomas (2003): Brave New World – And Enduring Pax Americana. In: *American Enterprise Institute Short Publications*, vom 25. 03.2003.
- Elsässer, Jürgen (2005): *Wie der Dschihad nach Europa kam. Gotteskrieger und Geheimdienste am Balkan*. NP Buchverlag, St. Pölten / Wien / Linz.
- Erhardt, Christof (2007): Konvertiten. „ick bin ein Muslim jeworden. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, vom 06.09.2007. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/sRubF359F74E867B46C1A180E1E1197DEE/DOC>, zuletzt abgerufen: 08.10.2010.
- Farschid, Olaf (2003): Staat und Gesellschaft in der Ideologie der ägyptischen Muslimbruderschaft. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): *Islamismus*. Bundesministerium des Innern, Berlin.
- Farschid, Olaf (2005): Islam als System: Grundzüge islamistischer Ideologie. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): *Islamismus, Diskussion eines vielschichtigen Phänomens*. Bundesministerium des Innern, Berlin.
- Focus (2010): De Maiziere: Innenministerium verbietet Hamas-Spendenverein. In: *Der Focus*, vom 12.07.2010. Verfügbar unter: http://www.focus.de/politik/weitere/meldungen/demaiziere_Innenministerium_verbietet_hamas, zuletzt abgerufen: 13.07.2010.

- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2006): Türkischer Islamist der ersten Stunde. Der Hodscha Necmettin Erbakan wird achtzig. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, vom 28. 10. 2006.
- Fritsche, Peter (1993): Wandelt sich der politische Extremismus? In *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 5.
- Galgow, Rainer (2001): Die Dschihad-Tradition im Islam. In: Meier-Walser, Reinhard C. / Galgow, Rainer (Hrsg.): *Die islamische Herausforderung – Eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen*. Hanns-Seidel-Stiftung, München.
- Goodrick-Clarke, Nicholas (2004): *Die okkulten Wurzeln des Nationalsozialismus*. Matrix Verlag, Wiesbaden
- Görgü, Corry (2004): Türkische Glaubenskrieger in Bosnien, Tschetschenien und anderen Fronten. Hoffentlich war es keiner von uns. Die Anschläge auf Synagogen in Istanbul und die Rolle von Staat und Hizbullah. Verfügbar unter: <http://www.hagalil.com/antisemitismus/europa/istanbul.html>, zuletzt abgerufen: 08.10.2010.
- Haarmann, Ulrich (1987): *Geschichte der arabischen Welt*. C. H. Beck, München.
- Hafez, Farid (2006): *Die Islamische Glaubensgemeinschaft Österreich. Eine Analyse der Organisationsstruktur unter Berücksichtigung muslimischer Spitzenverbände*. Diplomarbeit, Universität Wien.
- Hafez, Farid (2009): *Islamophober Populismus. Moschee- und Minarettbauverbote österreichischer Parlamentsparteien*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Halm, Heinz (2001): *Der Islam. Geschichte und Gegenwart*. C. H. Beck, München.
- Hautkapp, Dirk (2010): Islamisten bestreiten getarnte Terror-Förderung. In: *Der Westen*. Verfügbar unter: <http://www.derwesten.de/nachrichten/politik/islamisten-bestreiten-getarnte-Terror-Förderung-id329167.html>, zuletzt abgerufen: 13.07.2010.
- Hein, Horst (1997): *Sayyid Qutb*. Edition Orient, Berlin.
- Heine, Peter (2003): *Islamismus– Ein ideologiegeschichtlicher Überblick*. Bundesministerium des Innern, Berlin.
- Heine, Peter (2004): *Terror in Allahs Namen. Extremistische Kräfte im Islam*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport (2005): *Verfassungsschutzbericht in Hessen 2004*. Verfügbar unter: <http://starweb.hessen.de/cache/hessen/vsbericht2004.pdf>, zuletzt abgerufen: 14.08.2010.

- Hitler, Adolf (1925): *Mein Kampf*. NSDAP Verlag, München.
- Hofbauer, Ernst (2009): *Inshallah Österreich. Das unheimliche Paradies*. Universitätsverlag, Wien.
- Huntington, Samuel (1996): *Kampf der Kulturen*. Europa Verlag, München.
- Husain, Ed (2007): *The Islamist*. Penguin, London.
- IGGiÖ (2009): Wahlen in der Islamischen Glaubensgemeinschaft. Verfügbar unter: <http://www.derislam.at/haber.php?sid=172&mode=flat&order=1>, zuletzt abgerufen: 02.01.09.
- Immigration and Refugee Board of Canada (2003): Document EGY41081.E. Verfügbar unter: <http://www.unher.org/refworld7country...QUERYRESPONSE;EGY,456d621e2,3f7d4d90e,0.html>, zuletzt abgerufen: 13.11.2010.
- Innenministerium Baden-Württemberg (2007): *Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2006*. Innenministerium Baden-Württemberg, Stuttgart.
- Innenministerium des Landes Bayern (2002): *Verfassungsschutzbericht des Landes Bayern 2001*. Innenministerium des Landes Bayern, München.
- Innenministerium des Landes Berlin (2006): *Verfassungsschutzbericht Berlin 2006*. Verfügbar unter: http://www.berlin.de/imperia/md/content/senin/verfassungsschutz/stand20057jb_2006_ht_ae.pdf, zuletzt abgerufen: 28.11.2010.
- Innenministerium Nordrhein-Westfalen (2002): Instrumentalisierung der Religion für politische Zwecke. Verfügbar unter: <http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/islam.pdf>, zuletzt abgerufen: 10.08.2010.
- Innenministerium Nordrhein-Westfalen (2007): *Verfassungsschutzbericht des Landesamtes für Verfassungsschutz 2006*. Innenministerium Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.
- Integrationsnet (2010): Ohne Titel. Verfügbar unter: <http://integrationsnet.de/?p=383>, zuletzt abgerufen: 02.10.2010.
- Islaminstitut (2006): Treffen der Muslimischen Vereinigung in Istanbul. Verfügbar unter: <http://www.islaminstitut.de/Nachrichtenanzeige.4+M5dce71321e2.0.html>, zuletzt abgerufen: 28.11.2010.
- Islamische Föderation Wien (2010): Türkischer Botschafter zu Besuch bei IFW. Verfügbar unter: <http://www.ifwien.at/index.php/nacgrichten/verbandsnachrichten/116-der-botschafter-republik-tuerkei-herr-kadri-ecvet-besuchte-dieifw.html>, zuletzt abgerufen: 06.08.2010.

- Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (2010): Türkischer Botschafter zu Besuch bei IFW. Verfügbar unter: <http://www.igmg.det/nacrichten/artikel/2010/03/11/tuerkischer-botschafter-zu-besuchbei--der-ifw.html>, zuletzt abgerufen: 06.08.2010.
- Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (2010): Israelischer Angriff auf Solidaritätsflotte im Mittelmeer. Verfügbar unter: <http://www.derislam.at/haber.php?sid=182&mode=flat=order=1>, zuletzt abgerufen: 13.10.2001.
- Islamologisches Institut (2009): Liste wichtiger islamischer Fachbegriffe. Verfügbar unter: <http://www.islamologie.de> oder unter: <http://www.halal.de/fachbegriffe.pdf>, zuletzt abgerufen: 02.06.2009.
- Islamophobia (2010): Ohne Titel. Verfügbar unter: <http://www.islamophobia.at/einkontakt/index.html>, zuletzt abgerufen: 09.04.2010.
- Islam-Projekte (2009): an- Nabhani. Verfügbar unter : http://www.islamprojekte.com/kalifat/kalifat/_rubric/detail.php?nr=1579&rubric=Artikel%3A_Vorbilder&PHPSESSID=ed29e4c3417c6c792c71ea7d6fe663a9, zuletzt abgerufen: 12.10.2010.
- Jacquard, Roland (2001): *Die Akte Osama bin Laden*. List Paul Verlag, München.
- Jansen, Frank (2008): Islamistischer Extremismus, Salafisten – Streng und gläubig. In: *Der Tagesspiegel*, vom 03.12.2008. Verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/salafisten-streng-und-glaebig/1386264.html>, zuletzt abgerufen: 23.10.2010.
- Jesse, Eckhard (2004): Formen des Politischen Extremismus. In Bundesministerium des Innern (Hrsg.): *Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahmen*. Bundesministerium des Innern, Berlin.
- Kepel, Gilles (1995): *Die Entwicklung des muslimischen Extremismus*. Piper, München.
- Kepel, Gilles (2004): *Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus*. Piper, München.
- Khorchide, Mouhanad (2009): *Der islamische Religionsunterricht zwischen Integration und Parallelgesellschaft*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Kleine Zeitung (2009): Islam-Lehrer soll Hass gepredigt haben. In: *Kleine Zeitung*, vom 09.04.2009. Verfügbar unter: <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/1900769/index.do>, zuletzt abgerufen: 18.09.2010.
- Kollnberger, Thomas / Six, Clemens (Hrsg.): (2007): *Fundamentalismus Terrorismus. Zur Geschichte und Gegenwart radikalisierten Religion*. Magnus Verlag, Wien.
- Kocina, Erich / Rainer, Nowak (2005): Wiener Imam – Glaube nicht an Demokratie. In: *Die Presse*, vom 21.07.2005. Verfügbar unter:

http://www.diepresse.at/textvrsion_article.aspx?id=49578, zuletzt abgerufen: 23.10.2010.

Kölner Stadt-Anzeiger (2009): Milli Görüs – Generalsekretär im Visier der Staatsanwaltschaft – Islam-Funktionäre unter mehrfachem Verdacht. Geldwäsche, Betrug, Bildung einer kriminellen Vereinigung. In: *Kölner Stadt-Anzeiger*, vom 19.03.2009. Verfügbar unter: http://www.presseportal.de/pm6674971372905/koelner_stadt_anzeiger, zuletzt abgerufen: 20.03.2010.

Kraske, Marion / Musharbash, Yassin (2007): Wiener Propaganda-Zelle besuchte radikale Moschee. In: *Der Spiegel*, vom 26.09.2007. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,507555-2,00.html>, zuletzt abgerufen: 03.09.2010.

Krauthammer, Charles (1991): The Unipolar Moment. In: *Foreign Affairs*, 1.

Kroiher, Erik (2001): *Die Nationswerdung der Bosnischen Muslime*. Diplomarbeit, Universität Wien.

Küng, Hans (2004): *Der Islam. Geschichte, Gegenwart, Zukunft*. Piper, München.

Küntzel, Matthias (2003a): *Djihad und Judenhass. Über den neuen antijüdischen Krieg*. Caira, Freiburg.

Küntzel, Matthias (2003b): Sprache der Vernichtung. Verfügbar unter: http://www.matthiaskuentzel.de/artike.l.php?artike_ID=18, zuletzt abgerufen: 08.09.2009.

Kurt Kuch (2009): Al-Qaida in Österreich. Akten des Innenministeriums beweisen: Österreicher in Al-Qaide Terrorkamp ausgebildet. In *News*, vom 9.04.2009.

Kuch, Kurt (2010): Österreich ist Terrorziel. Kontaktmann der Terrorgruppe Al Qaida spricht in News. In: *News*, vom 09.12.2010.

Lachmann, Günther (2004): *Tödliche Toleranz. Die göttliche Ideologie. Die Muslime und unsere offene Gesellschaft*. Piper, München.

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (2010): Islamistische Propaganda: Islamistischer Vordenker kritisiert in einer aktuellen Schrift die kämpfenden Gruppen. Verfügbar unter: http://verfassungsschutz-bw.de/index.php?option=com_content&view=article&id=976:reihe-islamistische-propagandaq-islamistischer-vordenker-kritisiert-in-einer-aktuellen-schrift-die-kaempfernden-gruppen&catid=144:allgemeines&Itemid=244, zuletzt abgerufen: 06.04.2010.

Lange, Klaus (1998): *Neue Formen des Terrorismus*. Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Lenk, Kurt (1985): Pipers Wörterbuch zur Politik. In: Nohlen, Dieter. (Hrsg.): *Politikwissenschaft: Theorien – Methoden – Begriffe*. Piper, München.

- Lewis, Bernard (1987): *Treibt sie ins Meer. Die Geschichte des Antisemitismus*. Ullstein, Berlin.
- Lingens, Peter (2009): „Gleiches Recht für Islam-Lehrer!“. In: *Profil*, vom 18.04.2009. Verfügbar unter: http://www.profil.at/articles/09167575/243725_s7/peter-michael-lingens-gleiches-recht-islam-lehrer, zuletzt abgerufen 14.07.2010.
- Masud, Muhammad K. (2000): *Travelers in Faith: Studies of Tabligi Jama'at as Transnational Movement for Faith Renewal*. Brill, Leiden.
- Maududi, Abu-l-A'la (1994): *Weltanschauung und Leben im Islam*. IZM, München.
- Mayring, Philip (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. In: *Forum Qualitative Sozialforschung*, 1.
- Meining, Stefan (2002): Rechte Esoterik in Deutschland – Ideenkonstrukte, Schnittstellen und Gefahrenpotentiale. In: Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): *Politischer Extremismus als Bedrohung*. Verfügbar unter: <http://www.thueringen.de/depublikationen/pic/pubdownload1104.pdf>, zuletzt abgerufen: 05.10.2010.
- Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein Westfalen (2006): Islamismus. Verfügbar unter: <http://www.im.nrw.de./sch/582.htm>, zuletzt abgerufen: 09.12.2010.
- Möseneder Michael (2005): Verfassungsschutzbericht, Risiken durch Terror auch in Österreich. In: *Der Standard*, vom 28.07.2005. Verfügbar unter: <http://derstandard.at/2125924>, zuletzt abgerufen: 04.10.2010.
- Mubarak, Harib (1998): Pieces of the Puzzle, How has Egypt's fractured Islamist movement come about. In: *Cairo Times*, vom 21.01.1998.
- Müller, Herbert Landolin (2002): Islamistische Milieus und Organisationen: Rekrutierungsfelder des internationalen Terrorismus. In: Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): *Politischer Extremismus als Bedrohung*. Verfügbar unter: <http://www.thueringen.de/depublikationen/pic/pubdownload1104.pdf>, zuletzt abgerufen: 05.10.2010.
- Neue Zürcher Zeitung (2001): Bosnien und bin Ladens Terrornetz. In: *Neue Zürcher Zeitung*, vom 20.09.2001.
- News (2005): Aufregung um Linzer Moschee: Laut Medien Herberge für radikale Wanderprediger. In: *News*, vom 19.07.2005. Verfügbar unter: www.news.at/articles/0529/10/117299, zuletzt abgerufen: 24.02.2010.
- Nohlen, Dieter (1998): *Lexikon der Politik*. C.H. Beck, München
- Nohlen, Dieter (2003): *Kleines Lexikon der Politik*. C.H. Beck, München.

- ORF (2010): Radikale Islamisten gefährden EU-Visa. In: ORF, ohne Datum. Verfügbar unter: <http://volksgruppen.orf.at/diversitaet/aktuell/stories/117520/>, zuletzt abgerufen: 19.10.2010.
- OE24.at (2007): Ehemaliger Bombenleger ist jetzt Imam in Wien. In: OE24.at, vom 19.09.2007. Verfügbar unter: <http://www.oe24.at/oesterreich/chronik/wien/Ehemaliger-Bombenleger-ist-jetzt-Imam-in-Wien/150847>, zuletzt abgerufen: 02.10.2010.
- Paxton, Robert (2006): *Anatomie des Faschismus*. Deutsche Verlags-Anstalt, München.
- Pentz, Eva / Prack, Georg / Schmidinger, Thomas / Wittek, Thomas (2008): „*Dies ist kein Gottesstaat!*“ *Terrorismus und Rechtsstaat am Beispiel des Prozesses gegen Mohamed M. und Mona S.* Passagen Verlag, Wien.
- Philips, Abu Ameenah Bilal (1982): *Tauhid der Eingottglaube im Islam*. Islamische Bibliothek. Verfügbar unter: www.way-toallah.com/.../Tauhid_der_Eingottglaube_im_Islam_Bilal_Philips-pdf, zuletzt abgerufen: 28.11.2010.
- Podcast (2009): Ohne Titel. Verfügbar unter: http://www.podcast.de/episode/1064918/Muhammad_Ismail_Suk, zuletzt abgerufen: 19.08.2010.
- Polterer, Simon (2008): Österreich im Würgegriff des Islamismus. In: *X Large News*, vom 13.05.2008. Verfügbar unter: <http://.xlarge.at/?p=231>, zuletzt abgerufen: 13.05.2010.
- Primor, Avi (2008): *Mit dem Islam gegen den Terror*. Droste Verlag, Düsseldorf.
- Puschnerat, Tania (2006): Antizionismus im Islamismus und Rechtsextremismus. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): *Feindbilder und Radikalisierungsprozesse*. Bundesministerium des Innern, Berlin.
- Qutb, Sayyid (1990): *Zeichen auf dem Weg*. Islamische Bibliothek, Berlin.
- Ramadan, Tariq (2002): *Aux sources du renouveau musulman. D'al-Afghânî à Hassan al Bannâ: un siècle de reformisme islamique*. Bayard & Centurion, Lion / Paris.
- Ramelsbeger, Annette (2008): *Der deutsche Dschihad. Islamistische Terroristen planen den Anschlag*. Ullstein, Berlin
- Reetz, Dietrich (2007): Islamische Missionsbewegungen in Europa. In: Heidrich-Blaha, Ruth / Ley, Michael / Lohlker, Rüdiger (Hrsg.): *Islam in Europa*. Diplomatische Akademie, Wien.
- Reissner, Johannes (2002): *Vom Umgang mit Islam und Muslimen*. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin. Verfügbar unter: <http://www.swp-berlin.org/de/nc/produkte/swp/browsw/35.html>, zuletzt abgerufen: 14.12.2010.

- Riedel, Sabine (2003): Der Islam als Faktor der internationalen Politik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 37.
- Rohe, Mathias (2006): *Perspektiven und Herausforderungen in der Integration muslimischer MitbürgerInnen in Österreich*. BMI-SIAK, Wien.
- Roth, Jürgen (2001): *Netzwerke des Terrors*. Eichborn Verlag, Hamburg.
- Roy, Oliver (2006): *Der islamische Weg nach Westen. Globalisierung, Entwurzelung und Radikalisierung*. Pantheon Verlag, München.
- Salzburger Nachrichten (2009): Islamisten aus Bosnien in Wien. In: *Salzburger Nachrichten*, vom 26.02.2009.
- Schenker, Ulrich (2006): *Transnationaler Terrorismus. Charakter und Hintergründe des neuen Terrorismus*. Suhrkamp, Frankfurt.
- Schiffer, Sabine / Wagner, Constantin (2009): *Antisemitismus und Islamophobie – ein Vergleich*. HWK Verlag, Wassertrüdingen.
- Schmidinger, Thomas (1999): Islamischer Integralismus in Ägypten. Verfügbar unter: home.pages.at/labotnic/oekoil/content_texte_islamintegralismusegypten.htm, zuletzt abgerufen: 22.03.2005.
- Schmidinger, Thomas (2007): Die Muslim-Brüder und die Demokratie. In: *Wiener Zeitung*, vom 04.07.2007.
- Schmidinger, Thomas / Larise, Dunja (Hrsg.) (2008): *Zwischen Gottesstaat und Demokratie. Handbuch des Politischen Islam*. Deuticke, Wien.
- Schönbohm, Wulf Ebert (2003): Die neue türkische Regierungspartei AKP – islamisch oder islamisch-demokratisch? Verfügbar unter: <http://www.kas.de/wf/de/33.1497>, zuletzt abgerufen: 14.11.2010.
- Schüller, Rainer (2010): Wiener Extremisten Connection. In: *Der Standard*, vom 07.02.2010. Verfügbar unter: <http://derstandard.at/1263706804630/Wiener-Extremisten-Connection>, zuletzt abgerufen: 15.02.2010.
- Schulze, Reinhard (2003): *Geschichte der Islamischen Welt im 20. Jahrhundert*. C. H. Beck. München.
- Seufert, Günter (2002) *Staat und Islam in der Türkei*. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.
- Solnick, Aluma, (2002): The Jews are Descendants of Apes, Pigs and other Animals Based on Koranic Verses, Interpretations, and Traditions, Muslim Clerics State. In: Middle East Research Institut, vom 11.11.2002. Verfügbar unter: <http://www.memri.org/report/en/0/0/0/0/0/0/754.html>, zuletzt abgerufen: 12.09.2009.

- Sonleitner, Barbara (2004): *Die Muslimbruderschaft in Ägypten: Zwischen Entstehung und Radikalisierung*. Diplomarbeit, Universität Wien.
- Statewatch (2006): Ohne Titel. Verfügbar unter:
<http://www.statewatch.org/cia/documents/behari-2006-10-10.pdf>, zuletzt
abgerufen: 23.09.2010.
- Staudinger, Martin / Treichler, Robert (2010): Kreuzzug gegen den Islam. In: *Profil*, vom
13.09.2010.
- Steinberg, Guido (2005): *Der nahe und der ferne Feind. Die Netzwerke des islamistischen Terrorismus*. C.H. Beck, München.
- Suk, Muhammad Ismail (2008a): Ohne Titel. Verfügbar unter:
http://www.einladungzumparadies.de/index.php?option=com_hwdvideoshare&task=viewvideo&Itemid=1&video_id=424&lang=de, zuletzt abgerufen: 09.10.2010
- Suk, Muhammad Ismail (2008b):, Ohne Titel. Verfügbar unter: www.igra.at, zuletzt
abgerufen: 25.04.2008.
- Taghrib (2010): Islamische Einheit und muslimische Intellektuelle. Verfügbar unter:
http://www.taghrib.ir/germany/index.php?option=com_content&view=article&id=161:islamische-einheit-und-muslimische-intellektuelle&catid=65:einmheit-und-annaeherung&Itemid=139, zuletzt abgerufen: 09.01.2011.
- Tamm, Berndt Georg (2005): Internationaler Djihad-Terrorismus. In: *Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik*, 6.
- Greif, Tanja (2010): Identifying the ideological variety and radical potential of Bosnian Islamists through their cyber dawa activities. In: General Staff of the Slovenian Armed Forces (Hrsg.): *Effective Coordination and Cooperation – Sine Qua None [sic] of Success Level of Terrorist Threat Reduction*. Verfügbar unter:
http://www.slovenskavojska.si/fileadmin/slovenska.../pdf/.../bildten_sv_10_1.pdf,
zuletzt abgerufen: 17.09.2010.
- Trevor-Roper, Hugh (1981): *Hitlers politisches Testament*. Albrecht Knaus Verlag, Hamburg.
- Ulfkotte, Udo (2003): *Der Krieg in unseren Städten – Wie radikale Islamisten Deutschland unterwandern*. Eichborn, Frankfurt / M.
- Tasnim, Ummu (2008): Ohne Titel. Verfügbar: unter
<http://www.quransunna.de/viewtopic.php?t=1979>, abgerufen 28.09.2010.
- Vogel, Pierre (2009): Konvertierung. Verfügbar unter:
<http://www.diewahrerreligion.de/konvertiten.swf>, zuletzt abgerufen: 23.04.2010.

- Von der Osten-Sacken, Thomas (2001): Arabischer Antisemitismus. In: Gremliza, Hermann (Hrsg.): *Hat Israel noch eine Chance? Palästina in der neuen Weltordnung*. Konkret Texte, Hamburg.
- Waldenegg, Georg (2001): Antisemitismus – Ein gefährliches Vokabel? Zur Diagnose des Begriffs. In: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, 10.
- Waldmann, Peter (2005): *Terrorismus – Provokation der Macht*. Murmann Verlag, Hamburg.
- Weißensteiner, Nina (2009): Schakfeh kündigt Islam-Lehrer. In *Der Standard*, vom 26.02.2009.
- Wetz, Andreas (2009): Islamunterricht – Antisemitismus im Unterricht. In: *Die Presse*, vom 09.02.2009. Verfügbar unter: http://diepresse.com/home/bildung/schule/451108/Islamunterricht_Antisemitismus-im-Unterricht, zuletzt abgerufen: 15.11.2010.
- Wetz, Andreas (2010): Terror: 39 Extremisten in Österreich unter Beobachtung. In: *Die Presse*, vom 24.11.2010. Verfügbar unter: <http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/613040/print.do>, zuletzt abgerufen: 15.11.2010.
- Wiktorowicz, Quintan (2006): Anatomy of the Salafi Movement. In: *Studies in Conflict and Terrorism*, 29.
- Wind, Jost (2005): *Antisemitismus in muslimisch-arabischen Staaten*. Diplomarbeit, Fachhochschule Bielefeld.
- Wittek, Thomas (2008): Die IGGiÖ und der Politische Islam. In: Schmidinger, Thomas / Larise, Dunja (Hrsg.): *Zwischen Gottesstaat und Demokratie. Handbuch des Politischen Islam*. Deuticke, Wien.

Anfrage-Services online

Austria Presse Agentur (2009): Originaltextservice vom 29.12.2009, um 21:05 Wien.

StGB, § 278b, Abs.3. Verfügbar unter: <http://www.jusline.at/index.php?cpid=ba688068a8c8a95352ed951ddb88783e&lawid=11&paid=278b&mvpa=323>, zuletzt abgerufen: 26.11.2010.

StGB, § 278c. Verfügbar unter: <http://www.jusline.at/index.php?cpid=ba688068a8c8a95352ed951ddb88783e&lawid=11&paid=278c&mvpa=3234>, zuletzt abgerufen: 26.11.2010.

Religiöse Schriften

Der Koran, übersetzt von: Ullmann, Ludwig. Goldmann Verlag, München, 1959.

Die Bibel, nach: Deissler, Alfons / Vögtle, Anton / Nützel, Johannes / Schütz, Ulrich.
Herder, Wien, 2007.

7 Zusammenfassung – Abstract

Die veröffentlichten Meinungen, die sich mit dem Islamismus beschäftigen, zeigen, wie kontrovers über religiös legitimierten Extremismus – Terrorismus seit den Attentaten vom 11. September 2001 diskutiert wird. Nach dem Kalten Krieg wurde von WissenschaftlerInnen wie Charles Krauthammer (1991) eine unipolare Weltordnung unter der Federführung der USA prognostiziert. Dabei wurde das westliche Demokratieverständnis als universell gesehen. Dem Wunsch, dieses westliche Demokratiekonzept zu verbreiten, steht oft die Kritik entgegen, es als Vorwand für Einflussnahmen in wichtigen geographischen Regionen zu verwenden. Von vielen Menschen dieser Regionen oder von Menschen die aus diesen Regionen stammen, wird diese Kritik geäußert und sie sehen diese Einflussnahme als Angriff auf ihre religiösen und kulturellen Werte.

Samuel Huntington (1998) skizzierte in seinem Text *Clash of Civilizations* neben anderen Konflikten auch die Entwicklung von Konflikten der westlichen Welt mit dem Islam. Durch die Migration aus diesen Räumen nach Europa und damit auch nach Österreich entstanden in Österreich ähnliche Konfliktpotentiale, die auf den unterschiedlichen Wertevorstellungen beruhen. Die steigende Anzahl von Attentaten im EU-Raum, die religiös motivierten Terroristen zugeschrieben wird, verursachte eine wissenschaftliche Debatte über religiös legitimierte Gewalt. Die Frage, inwieweit von so genannten Islamisten eine Gefahr für unsere demokratische Gesellschaftsform ausgeht, wurde immer häufiger gestellt.

Die Debatte zu diesem Thema verläuft in der österreichischen Öffentlichkeit oft emotionsgeladen. Dabei entstehen Verallgemeinerungen und Pauschalurteile, die eine Zunahme von islamophoben oder antiislamsichen Handlungsmustern in Österreich begünstigen. Dadurch besteht die Gefahr, diese Vorurteile auf eine ganze Bevölkerungsgruppe zu übertragen, weil nicht exakt dargestellt wurde, was Islamismus ist und durch welche Handlungsmuster er sich darstellen lässt.

Die Unterscheidung von Islam als Religion und dem Islamismus wird in dieser Arbeit dargestellt. Dabei wird gezeigt, dass der Islamismus antidemokratisch ist und in seiner Extremform auch gewalttätig sein kann. Ein brauchbares Instrument, um darzustellen, dass

der Islamismus als Antithese zu dem derzeitigen bestehenden österreichischen demokratischen System gelten kann, ist die Extremismustheorie.

Um den Islamismus in Österreich genauer zu untersuchen, erfolgte eine Unterteilung in seine Subkulturen. Neben wissenschaftlicher Literatur wurden vor allem Darstellungen aus den Medien analysiert die belegen, dass es Islamismus in verschiedenen Erscheinungsformen in Österreich gibt. Es wurde der methodische Weg gewählt, den Islamismus vom Religiösen zu entkoppeln und ihn als ideologisches Phänomen auf Basis der Extremismustheorie zu untersuchen. Daraus lassen sich die Erscheinungsformen des Islamismus einem unterschiedlichen Gewaltpotential zuordnen. Bei Konfliktpotentialen, egal welcher Ausprägung, steht die Gewalt meist am Ende einer Ideologisierungsspirale, die sich vom Denken bis hin zur Gewaltanwendung in den „Köpfen und Hirnen“ der Beeinflussten von diesen Ideologien dreht. In den Ergebnissen und der Diskussion dieser Arbeit werden Parallelen zwischen politischem und religiös konnotiertem Extremismus und ihren Ideologien dargestellt und darauf aufmerksam gemacht, wie ähnlich die Mechanismen bedient werden können, um ein positives Miteinander zu erschweren.

8 Curriculum

Geburtsdatum: 18.12.1972

Familienstand ledig

Schulbildung und Ausbildung:

1992 Lehrabschlussprüfung für Kfz Mechaniker,
Handelskammer Kärnten

1998 Reife – Diplomprüfung an der HTBL – Ferlach

03.2003 – 2011 Diplomstudium Politikwissenschaft, Universität Wien

Beruflicher Werdegang:

1992 Kfz Mechaniker, Firma Teissl und Sohn, Villach

2000 Öffentlich Bediensteter im Bundesministerium für
Landesverteidigung

Publikationen:

Schmied, Marco / Bockberger, Rainer (2009): Die Suche nach dem Massengrab in Rechnitz. In: Manoschek, Walter (Hrsg.), Der Fall Rechnitz. Das Massaker an Juden im März 1945. Braunmüller, Wien.